

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Leipzig behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Frangobahn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Frangobahn. Telefon Sammelnummer 72204. **Verkaufspreis:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Taubauer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 723 6. — **Verlag** in Leipzig, Taubauer Straße 19/21 — **Telefon** 72 10

Inseratenpreise: Die 11zeilige, Kolonellzeile 35 Pfg., bei Vorkauf 30 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Pfg. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10zeilige, Kolonellzeile 40 Pfg. bei Vorkauf 30 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Zustäger, unsere Annoncenbureau und alle Postämter entgegen

Völkerbundstaaten im Krieg!

Bolivien erobert

SPD London, 17. Dezember.

Der Außenminister Paraguays hat Kellogg mitgeteilt, daß Paraguay das Angebot der Panamerikanischen Konferenz zur Schlichtung des Streites mit Bolivien annehmen würde. Auch aus La Paz wird berichtet, daß die bolivianische Regierung bereit sei, eine Vermittlung anzunehmen, da sie mit der Eroberung einiger Forts des Gegners den „Angriff auf ihre nationale Ehre“ gerächt habe. Während beide Regierungen sich zu Verhandlungen bereit erklären, schlagen die Generale weiter los. Mehr als 200 Soldaten haben bereits ihr Leben lassen müssen. Die bolivianischen Truppen haben inzwischen sogar einen allgemeinen Angriff auf die Grenzforts Paraguays unternommen. Nach mehrstündigem Kampfe gelang es ihnen auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, die Verteidiger zum Rückzug zu zwingen. Den verstärkten Streitkräften von Paraguay gelang es bei einem Gegenangriff, nach 12stündigen heftigen Kämpfen drei der verlorenen Forts wieder zu besetzen.

Die bolivianische Regierung hat dem Völkerbundsrat inzwischen mitgeteilt, daß der Zusammenstoß bei Fort Boqueron durch die provozierende Haltung anmarschierender paraguayischer Truppen verursacht worden sei.

Kellogg gegen eine Intervention

III. Berlin, 18. Dezember.

Wie Berliner Blätter aus Washington melden, erklärte Staatssekretär Kellogg am Montag, daß die Vereinigten Staaten

an ihrer Haltung festhalten, daß eine Intervention im paraguayisch-bolivianischen Konflikt von außen her nicht stattfinden dürfe. Die panamerikanische Konferenz, die jetzt in Washington tagt, halte jedoch an ihrem von Paraguay bereits angenommenen Vermittlungsangebot fest.

Kämpfe um die Forts

SPD London, 18. Dezember.

Das paraguayische Kriegministerium meldet vom Kriegshauptquartier, daß die Truppen Paraguays drei von den bolivianischen Truppen eroberten Forts, nämlich Bolois, Abaroa und General Genes, wieder erobert haben. Die eigenen Verluste werden mit sechs Toten angegeben. Die Bolivianer sollen 2 Offiziere und zahlreiche reguläre Soldaten und Indianer verloren haben.

Eine energische Note

SPD London, 18. Dezember.

Nach einer Kabelmeldung aus Newyork hat die Regierung von Chile eine Note an Bolivien gerichtet, in der sie die Einstellung aller militärischen Operationen und sofortige Annahme der Vermittlungsvorschläge fordert. Es hätten sich sämtliche amerikanischen Staaten verpflichtet, nichts zu unternehmen, um den Frieden zu gefährden, und auch Bolivien müßte diesen Weg gehen.

Nach Informationen aus Buenos Aires gedankt auch Argentinien in den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay einzugreifen.

Troz Kellogg-Pakt und Völkerbund

Es ist in dem Grenzgebiet zwischen Bolivien und Paraguay zu regulären Gefechten gekommen. Bolivianische Truppen haben, so wird berichtet, einige Forts, die zu Paraguay gehören, nach kurzen Kämpfen genommen. In La Paz, der Hauptstadt von Bolivien, „verammelte sich, als sich die Kunde von den siegreichen Gefechten in der Stadt verbreitete, eine Menschenmenge von 20 000 Köpfen vor dem Regierungsgebäude, sang wiederholt die Nationalhymne und brachte dem Präsidenten stürmische Ovationen dar. Die ganze Stadt ist auf den Beinen, überall ertönt Musik, Fahnen werden umhergetragen und mit Hochrufen begrüßt. Die Kriegsstimmung hat ihren Höhepunkt erreicht“. Vielleicht schon wieder überschritten. Denn wie im Kriege von 1914—1918, so stehen sich jetzt schon zu Beginn dieses Krieges die Meldungen der Kriegsministerien der beiden Länder gegenüber. Aus Paraguays Hauptstadt Muncion wird gemeldet, daß die Truppen Paraguays inzwischen einige der verlorengegangenen Forts wieder zurückerobert haben. Wenn es sich dabei auch um keine Massenschlachten, wie sie für den nächsten Krieg zwischen imperialistischen Staaten vorausgesetzt werden, handelt, so soll es doch in den bisherigen Kämpfen schon einige hundert Tote gegeben haben.

Daß dieser Krieg sich im Urwaldgebiet abspielt und nicht mit dem Rieseneinsatz von Material geschlagen wird, darf kein Grund sein, über ihn etwa als über ein unbedeutendes Ereignis hinwegzusehen. Nicht erst einmal in der Geschichte haben anfänglich kleine Brände weite Gebiete verheert. Und es gilt auch für diesen Krieg, daß sein Ausbruch hätte verhindert werden können, wenn daran die größere Macht, die Bolivien in den letzten Jahren finanziert hat, ein Interesse gehabt hätte.

Es wird von einer ganzen Reihe nebeneinanderlaufender Vermittlungsaktionen berichtet. Der Präsident von Argentinien soll seine Dienste angeboten haben, ebenso der Papst, und auch Chile hat in einer Note an Bolivien erklären lassen, daß es die Wiederherstellung des Friedens fordert. Außerdem hat auch die panamerikanische Konferenz einen Beschluß gefaßt, nach dem eine Vermittlung in dem Streit versucht werden soll. Bei solcher Vermittlungsangeboten müßte es eigentlich keine allzu große Schwierigkeit sein, Bolivien und Paraguay zu veranlassen, ihren Konflikt auf friedlichem Wege auszutragen. Wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren neuer Präsident Hoover jetzt in Südamerika wirkt, nur das selbstlose Interesse an der Wiederherstellung des Friedens hätten, dann würde der Krieg wahrscheinlich sehr rasch erledigt sein. Aber es verstärkt sich der Eindruck, daß Bolivien seine kriegerische Aktivität unter ausdrücklicher Duldung und Unterstützung der nordamerikanischen Imperialisten entfaltet hat. Nicht allein, daß Bolivien im vergangenen Jahre eine Anleihe von rund 60 Millionen Mark von einer Newyorker Bankgruppe erhalten hat, die zum größten Teil in Munitionskäufen gegen Paraguay verwendet worden sein soll, noch vor wenigen Monaten erst hat Bolivien noch einmal 100 Millionen Mark Anleihe erhalten. Damit ist Bolivien mit weit über 400 Millionen Mark bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika verschuldet. Die amerikanische Finanzkommission kontrolliert übrigens, daß die bolivianischen Steuern für diese Anleihen eingetrieben werden. Daß diese Summen durch diesen Krieg für die Gläubiger gefährdet werden, ist nicht anzunehmen. Denn wie er auch ausgehen mag, die nordamerikanischen Imperialisten sind mächtig genug, um auf jeden Fall ihre Schuldsumme einzutreiben. Und es ist zu erwarten, daß Hoover bolivianischen Währungsgeber, die es kürzlich empfangen hat, nicht

im unklaren gelassen haben, daß die Vereinigten Staaten ein kriegerisches Vorgehen gegen Paraguay nicht wünschen.

So aber wird jetzt gerade das Gegenteil gemeldet, nämlich, daß die Regierung in Washington sich entschieden gegen eine Vermittlungsaktion von außenher wendet. Wahrscheinlich wird damit nicht nur die Vermittlungsaktion des Papstes und auch des Völkerbundes abgelehnt, sondern jede Vermittlungsaktion überhaupt. Die Oel- und Finanzkapitalisten der Vereinigten Staaten scheinen ziemlich sicher zu sein, daß das unter ihrem Einfluß stehende Bolivien über das viel kleinere Paraguay siegreich bleiben wird, und daß als Frucht dieses Sieges auch ihnen mühelos neue Erfolge werden. Und das Grenzgebiet, um das jetzt gekämpft wird, hätten sie sehr gern. Sowohl wegen der Petroleumvorkommen, die in ihm liegen sollen, als auch wegen der reichen Erbsitzmengen, die der dort häufig vorkommende Quebrachobaum liefert. Daß außerdem allgemein machtpolitische und strategische Erwägungen den Appetit stärken, versteht sich.

Diese Interessiertheit des nordamerikanischen Imperialismus wird auch der Völkerbund noch zu spüren bekommen, vorausgesetzt, daß die Aktion, die jetzt angefangen wird, wirklich durchgeführt wird. Für den Völkerbundsrat, der wegen dieses Krieges in aller Kürze zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufen werden soll, ist dann die Frage zu entscheiden, ob er wenigstens die Anerkennung der Völkerbundsbedingungen von seinen Mitgliedern erwirken will. Diese Satzungen schließen einen Krieg zwischen zwei Völkerbundstaaten vollkommen aus und verpflichten sie, eine „etwa entstehende Streitfrage, die zu einem Bruch führen könnte, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten“. Beides ist nicht geschehen, vielmehr ist mit dem Krieg begonnen worden, von dem es im Artikel 11 der Völkerbundsbedingungen heißt, daß „jeder Krieg“, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des Bundes ist. Und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen“ hat. Ausdrücklich heißt es im Artikel 16 noch einmal:

Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13, 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres zu angehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen.“

In diesem Falle haben dann alle Bundesmitglieder die Pflicht, jede irgendwie gearteten Beziehungen zu diesem Vertragsbrecher abzubauen, und außerdem kann der Völkerbund diesen Staat ausschließen. Diesen Beschlüssen wird wahrscheinlich die Vermittlungsaktion des Völkerbundes nicht nehmen. Denn an den Vereinigten Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören, die aber mächtiger als er sind, kann der Völkerbund nicht vorübergehen. Ja, er kann nicht einmal eine Vermittlungsaktion gegen ihren Willen zum Ziele führen. Er hat sich dieser Möglichkeit selbst begeben durch die Anerkennung der Monroe-Doktrin, wonach er kein Recht hat, sich in inneramerikanische Angelegenheiten einzumischen. Und dieser Krieg ist zu einer inneramerikanischen Angelegenheit erklärt worden.

Also nicht beim Völkerbund, sondern zuerst bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zu einem kleinen Teile auch bei den großen südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile und Brasilien liegt die Entscheidung über diesen Krieg. Und da in keinem dieser Länder die sozialistische Arbeiterbewegung Einfluß hat, so kann nicht erwartet werden, daß diese Entscheidung im Sinne der wirtschaftlichen Sicherung und Festigung der freibürgerlichen Beziehungen zwischen Völkern fällt. Sie wird fallen zugunsten der Interessen der mächtigen imperialistischen Schicht des amerikanischen Kontinents.

Die „Köpfe“ und ihre Parteien

Zu den letzten Beschlüssen des Reichsparlaments

Mit der mitterrücklichen Sonntagssitzung trat der Reichstag in eine vierwöchige Ferienpause ein. Damit wurde ein weiterer Abschnitt in der Aera des Kabinetts der Köpfe zum Abschluß gebracht. Die Wintertagung begann mit dem Kampfe um die Entscheidung in der Panzerkreuzerfrage, über deren Ausgang eingehend berichtet wurde. Die Beschlüsse des Reichstages sind in keinem Sinne den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei gerecht geworden. Der Panzerkreuzer wird gebaut, wenn nicht, wider alles Erwarten, bei dem Kampfe um die zweite Rate eine völlig veränderte politische Situation eintreten wird. Bei der Ruhrkampffrage hat die Führung des Kabinetts vollkommen versagt. In der Verantwortung der kommunistischen Interpellation über den Eisenkampf erklärte der Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, daß durch den Schiedspruch „ein rechtsgültiger Tarifvertrag“ zustande gekommen ist, und daß dieser „natürlich zu erfüllen“ sei. Der Reichsarbeitsminister könne seine Hand nicht dazu bieten, „daß der Tarifvertrag wegen einer von mir nach der geschiedenen Rechtslage für unrechtmäßig gehaltenen Kampfstellung der einen Seite abgeändert werde“. Am Ende wurde Genosse Severing als Oberschiedsrichter eingesetzt, der verbindlich erklärte Schiedspruch wurde preisgegeben. Damit hat die Reichsregierung dem Schiedsgerichtswesen selbst einen harten Stoß versetzt und obendrein, ohne daß weder die Gewerkschaften, noch auch die Reichstagsfraktion unterstützt wurden.

Dieses Gegeneinanderarbeiten der Koalitions-Parteien gegen ihre „Köpfe“ ist im Laufe der Wochen bereits zur Tradition geworden. Nur in den seltensten Fällen haben sie bei der Entscheidung über eine konkrete Frage geschlossen gestimmt. Die Sozialdemokratie wandte sich gegen die Volkspartei und umgekehrt die Partei Stresemanns wieder gegen die Partei des Reichsfinanzministers Müller, so daß die gesamte Reichspresse ihre Freude hatte. Das könnte der Sozialdemokratischen Partei letzten Endes gleichgültig sein, wenn sie dabei nicht selber unter die Räder käme. Wie aber haben sich die Dinge im einzelnen abgepielt?

In der letzten Woche entschied der Reichstag über ein Gesetz zur Abänderung der Unfallversicherung, die zweifelslos Vorteile für die arbeitenden Schichten mit sich bringt. Durch diese „Veränderungen“ wurden eine Reihe von Angestelltenkassen, so die in der Wohlfahrtspflege, in Laboratorien, bei Schauspielunternehmungen usw. tätigen in die Unfallversicherung eingegliedert. Hierzu lag ein Gesetzentwurf der Regierung vor, der also mit Zustimmung der volksparteilichen „Köpfe“ zustande gekommen sein dürfte. Bei den Abstimmungen aber hat sich ergeben, daß die Volkspartei unter Führung der Deutschnationalen gegen die Eingliederung weiter Angestelltenkassen, wie sie im Gesetz vorgesehen gewesen ist, stimmten. Die Volkspartei blieb in der Minderheit, weil das Zentrum in diesen sozialen Fragen mit den Linksparteien ging.

Die Wirtschaftspartei hatte am 5. Juli einen Antrag eingereicht, der eine andere Regelung der Gefrierfleischfrage zum Ziele hatte. Er verlangte, „daß die bevorzugte Belieferung der Konsumvereine aufgehoben“ werde, und daß „die Weiterverteilung an die Fleischereigewerbetreibenden und Konsumvereine gleichmäßig entsprechend der im vierten Quartalsjahr 1927 getätigten Umsätze vorzunehmen“ sei.

Der Reichstag hat zwar den Vorstoß der Wirtschaftsparteiler abgewehrt, und dies mit den Stimmen der Volkspartei, aber jede Aenderung im positiven Sinne fiel infolge der Gegenwehr in den bürgerlichen Parteien der Koalition. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Kontingents auf 120 000 Tonnen, wurde einstimmig und geschlossen abgelehnt.

Ein besonderes Kapitel war der Kampf um die Besteuerung der Toten Hand. Die Regierung hatte von vornherein auf die Führung verzichtet und die Entscheidung in die Hand der Fraktionsführer gelegt. Das Kabinett hätte die Möglichkeit gehabt, eine Aenderung der Gesetzestexte in den Paragraphen 10, 20 und 28 herbeizuführen. Dann wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, diese Bestimmungen aus dem Grunderwerbsteuergesetz durchzuführen, wie das in dem von Erzberger geschaffenen Gesetz für den 1. Januar 1929 vorgesehen gewesen war. Aber die Regierung verzichtete auf jede Initiative, obwohl die Deutschnationalen bereits am 24. Oktober einen Antrag stellten, nach dem die Besteuerung der Toten Hand und des gebundenen Besitzes mit all dem im Finanzausgleichgesetz bestehenden Zuschlagsmöglichkeiten radikal beseitigt werden sollte. Erst als der Antrag der Deutschnationalen im Steuerausschuß behandelt wurde, wurde der Kuhhandel unter den Parteien in die Wege geleitet, wobei sich wiederum ergab, daß die Deutsche Volkspartei und natürlich auch das Zentrum, soweit die Besteuerung der Toten Hand in Frage kommt, mit den Deutschnationalen vollkommen eines Sinnes waren. Zwar wurde auch hier erreicht, daß die vollkommene Beseitigung dieser Steuerparagraphen verhindert wurde. Aber es ist ein höchst ungenügender Trost, daß die Erhebung der Steuer bis zum

Amanullah auf der Flucht?

Der Aufstand in Afghanistan

SPD London, 17. Dezember

Die Versuche Amanullahs zur Herstellung des Friedens mit den Schiwarzen sind gescheitert. Die Aufständischen schienen die Verhandlungen abgebrochen und bei einem überreichenden Angriff auf Kabul bereits zwei Forts gestürmt zu haben. Ein Angriff auf die Stadt selbst wurde abgelenkt. Auch das von Regierungstruppen besetzte Fort Raja bei Kabul wurde von den Aufständischen besetzt. Die Revolte gegen Amanullah scheint überhaupt gefährliche Formen anzunehmen. Aus Lahore wird gemeldet, daß mehrere andere Stämme sich den Schiwarzen angeschlossen haben. Die wirklichen Ursachen für den Aufstand sind weniger die geplanten Reformen als die Rechtsansprüche des Königs.

Laut einer aus Kabul eingetroffenen, aber noch unbestätigten Meldung soll sich auch die Armee gegen Amanullah gewandt haben, der angeblich mit der Königin auf ein Fort bei Kabul geflohen ist.

SPD London, 18. Dezember

In Afghanistan sind bei Kabul und Delalabad Kämpfe im Gange, in deren Verlauf die Aufständischen zwei kleine Forts bei Kabul genommen haben.

WTB London, 17. Dezember

Die afghanische Gesandtschaft stellt die Meldung in A. d. Z., nach der das Heer sich gegen den König gewandt habe und dieser sowie die Königin in ein Fort geflüchtet seien.

Ein Sieg der Regierungstruppen?

RU Konstantinopel, 17. Dezember

Wie aus Teheran gemeldet wird, veröffentlicht die dortige afghanische Gesandtschaft ein Communiqué über die Lage in

Afghanistan während der letzten 24 Stunden. Danach ist es den Regierungstruppen gelungen, arabisch-afghanische Abteilungen in den Bezirken Dschalalabad und Dali zu schlagen. 400 Aufständische seien getötet worden. Die Nachrichten über die Belagerung Kabuls durch die afghanischen Truppen werden zunächst nicht bestätigt.

Volschewiken kämpfen für den König

RU London, 18. Dezember

Die Lage in Afghanistan wird in London mit großer Sorge verfolgt. Die Gesandten der Aufständischen in der unmittelbaren Umgebung von Kabul haben bereits die Sicherheit der ausländischen Vertreter in der afghanischen Hauptstadt in Frage gestellt. Die Revolte hat nicht mehr den Charakter von Erhebungen einzelner Stämme. Die indische Regierung hat also Vorkehrungen für eine Zurückziehung der britischen Truppen in Kabul getroffen, wenn sich dies im Verlauf der weiteren Entwicklung als notwendig erweisen sollte. Die Mittelmeer- und die afghanische Flotte oder Teile revidiert haben, wird in weiteren Berichten bestätigt. Nach dem Daily Telegraph hat sich die indische Flotte gegen die Aufständischen, vornehmlich gegen die Persen und Türken, welche russische Kisten für Amanullah in der afghanischen Küste tatsächlich russische Stabsoffiziere befinden.

Der Krieg in Arabien

SPD Paris, 18. Dezember

Die Kriegserklärung Ibn Sauds an das Königreich Irak und an die Regierung des Yemen ist nach Meldungen aus Kairo erfolgt, weil Soldaten des Irak und des Yemen Selbstmörder getötet haben.

Goesch bei Poincaré

SPD Berlin, 18. Dezember (Radio)

Im Verlauf einer längeren Unterredung, die der deutsche Botschafter in Paris, v. Goesch, mit dem Ministerpräsidenten Poincaré gehabt hat, ist eine Annäherung in der Frage des Reparationsausgleichs erreicht worden.

Die französische Antwort

SPD Paris, 18. Dezember

Ministerpräsident Poincaré wird heute im Ministerrat über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Paris berichten und dabei gleichzeitig den Text der französischen Antwort auf die deutsche Demarche vom 30. Oktober genehmigen lassen. Diese Antwort soll nun wirklich in den nächsten Tagen in Berlin überreicht werden und Briand soll den Auftrag zur Weiterleitung an die Reichsregierung erhalten.

Außerordentliche Tagung des Völkerbundes

SPD Genf, 17. Dezember

Der Generalsekretär des Völkerbundes ist am Montagmorgen mit Begleitung mehrerer Beamter des Sekretariats nach Paris abgereist. Die Reise erfolgt auf ausdrücklichen Wunsch des französischen Außenministers. Sie bezweckt im Zusammenhang mit den kriegsrechtlichen Vorgängen in Südamerika die Vorbereitung der noch für diese Woche in Aussicht genommenen außerordentlichen Tagung des Völkerbundes. Die Sitzung soll in Paris stattfinden.

Für Revision des Versailler Vertrags

WTB Paris, 17. Dezember

Der Aufruf, den über 100 französische Intellektuelle unter Führung von Victor Marguerite in der Zeitschrift Evolution zugunsten einer Revision des Friedensvertrags von Versailles erlassen haben, hat in französischen diplomatischen Kreisen Aufsehen erregt. In dem Aufruf heißt es noch: Wir fordern Revision der Verträge, um der Gerechtigkeit willen, denn die Verträge von 1919 sind unter Bedingungen abgeschlossen worden, die den elementarsten Gesetzen der Billigkeit zuwiderlaufen. Die Besiegten willigten ein, entwaffnet zu werden auf das Versprechen hin, daß der kommende Friede auf den 14 Punkten Wilsons begründet sein würde. Dieses Versprechen ist nicht beachtet worden und in gewissen Punkten haben die Alliierten es formell verletzt. Durch Artikel 231 des Versailler Vertrags zwingen die Sieger die Besiegten, ohne auch nur ihre Verteilung anzuhören zu wollen, sich allein als für den Krieg verantwortlich zu bekennen. Die Revision wird konstant gehen, weil die Erfolge der internationalen Wirtschaft alle Tage die nationalen Egoisten über den Haufen werfen.

Briand spricht über Abrüstung

(Zusätze) Krosau



Le Rond und Koch lachen sich ein

1. Januar 1931 außer Kraft gesetzt worden ist, und daß die Regierung dem Reichstag spätestens bis zum 1. April 1930 Vorschläge machen soll, „ob und in wie weit die bestehenden Vorschriften... den veränderten rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen anzupassen sind“. Damit hat die Regierung vollkommen freie Hand Dank dem Widerstand der Volkspartei. Der Reichsfinanzminister kapitulierte, und das in einer Frage, die für die Länder und Gemeinden von entscheidender Bedeutung ist. Die Grunderwerbsteuer fließt nach den Bestimmungen des Finanzvertragsgesetzes restlos den Ländern und Gemeinden zu. Die Länder sind gezwungen, den Gemeinden wenigstens die Hälfte des Ertrages zu überlassen. Außerdem sind ihnen Zuschüsse zugestanden, die für die Gemeinden von entscheidender Bedeutung ist. Die Grunderwerbsteuer fließt nach den Bestimmungen des Finanzvertragsgesetzes restlos den Ländern und Gemeinden zu. Die Länder sind gezwungen, den Gemeinden wenigstens die Hälfte des Ertrages zu überlassen. Außerdem sind ihnen Zuschüsse zugestanden, die für die Gemeinden von entscheidender Bedeutung ist.

Im gleichen Zuge aber beschloß der Reichstag eine weitere Belastung der Gemeinden, und zwar durch das Gesetz über die „Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit“. Wir haben über diese Vorgänge eingehend berichtet. Der Kampf ging um die Frage, ob Regierungsvorlage oder Kompromiß. Nach der Regierungsvorlage wird für die Saisonarbeitslosen eine besondere Fürsorge geschaffen, durch die den Betroffenen nach Absolvierung der üblichen Warteeiten eine Unterstützung in Höhe von 6 Wochen zugestanden ist. Für diese Zwecke stellt die Reichsregierung erstmalig 28 Millionen Mark zur Verfügung. Sind die 6 Wochen abgelaufen, dann tritt die Krisenfürsorge in Kraft, die erstens das Recht auf Unterstützung besetzt, die Betroffenen der Bedürfnisprüfung unterwirft und, was das Entscheidende ist, die Gemeinden außerordentlich belastet, die 20 Prozent der Krisenunterstützungssätze aufzubringen haben. Demgegenüber forderte das Kompromiß den Rechtsanspruch für die Unterstützung auch in den Zeiten der Saisonarbeitslosigkeit mit der Maßgabe, daß die Betroffenen in den Städten eine Unterstützung nach Lohnklasse VI erhalten sollten, während für die ländlichen Gebiete die Lohnklasse IV vorgesehen war. An Stelle der sechs Wochen Vollunterstützung, die dann in die Krisenfürsorge überleitet, sollte der Versicherungsanspruch für die Dauer der Saisonarbeitslosigkeit die Hälfte der genannten Sätze betragen. Ein Saisonarbeitsloser mit Frau und zwei Kindern bekäme danach während der sechs Wochen, die die Regierungsvorlage vorsieht, den Betrag von 118,80 M., nach dem Kompromiß erhielt er in etwa 13 Wochen rund 128 M. Nach der Regierungsvorlage freilich besteht der Saisonarbeitslose nach den absolvierten 6 Wochen Sonderfürsorge die Sätze der Krisenfürsorge, so daß der Arbeitslose, bei dem die Bedürfnisprüfung besetzt worden ist, weit höhere Leistungen in Anspruch nehmen kann. Die Kosten davon wird sein, daß wohl die städtischen Arbeitslosen wesentlich besser gestellt werden, wohingegen bei vielen Arbeitern in ländlichen Gebieten die Bedürfnisprüfung den Bezug von Krisenfürsorge ausschalten wird.

Die Volkspartei hatte in das Kompromiß eine Verschlechterung infolgedessen eingefügt, als der Bezug an Unterstützung nach den Sätzen der Klasse VI nur in Städten über 100 000 Einwohnern gelten sollte. Durch diese Regelung wäre zwar die Bedürfnisprüfung ausgeschaltet worden, und das war das Ziel auch der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion. Die Reichsanstalt wäre freilich dadurch um so stärker belastet worden, aber vielmehr hätte auch bei dieser Lösung die Regierung helfen müssen. Um jedoch die Bewilligung der 28 Millionen auszuschalten, verfaßt die Volkspartei, unterstützt von den Demokraten, die Kompromißvorlage, die dann im Reichstage gegen die gesamte Rechte abgelehnt worden ist. Sie hätte die Beseitigung der Bedürfnisprüfung vorgesehen, freilich, und das ergibt sich bei der Betrachtung der Auswirkungen im einzelnen, weil dadurch eine wesentlich geringere vorläufige Belastung für das Reich und die Kommunen entstanden wäre.

Also auch hier ein klaffender Zwiespalt zwischen den Koalitionsparteien, der zuletzt auch bei der Erledigung des Zuckerzolls in Erscheinung trat. Unter Führung der Deutschen Nationalen vertrat die Volkspartei einen Grundpreis von 23 Mark pro Zentner, während die Regierung 21 Mark vorgeschlagen und die Sozialdemokratie 19 Mark gefordert hatte. Nach den unwidersprochen gebliebenen Angaben in der Regierungsvorlage betrug die Magdeburger Notierung im Durchschnitt der Jahre 1926/27 21,66 Mark, im Betriebsjahre 1927/28 20,95 Mark. Die Regierung glaubte daher, nicht unter diese Sätze herabgehen zu sollen. Aber der Volkspartei genügte noch nicht einmal der Regierungsentwurf, obgleich sie sich bei der Schlussabstimmung im Reichstage dem zustandekommenen Kompromiß unterwarf. Inwiefern eine Stabilisierung des Preises durch das Gesetz herbeigeführt werden kann, ist höchst problematisch. Der Reichsfinanzminister hat zu bestimmen, wenn etwa der Zollfuß von 25 Mark außer Kraft gesetzt werden soll. Dann treten automatisch die Bestimmungen vom 17. August 1925 in Kraft, wonach der jetzt bestehende Zoll in Höhe von 15 Mark auf 10 Mark pro Zentner erniedrigt wurde. Das ist zweifellos ein kleiner Fortschritt. Die Sozialdemokratie aber verlangte die Reduktion des Zolles auf 5 Mark pro Zentner, eventuell die völlige Aufhebung der Zollbestimmungen. Dem hat sich wiederum die Volkspartei mit allem Nachdruck entgegengesetzt, so daß sich ergibt, wie hemmungslos die Volkspartei an der Arbeit ist, die Interessen ihrer Auftraggeber durchzusetzen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, welches Durcheinander bei den Parteien der „Köpfe“ vorhanden ist und daß von einer Führung des Kanzlers schwerlich zu reden ist. Kein Wunder, daß, wenn die rote Fahne recht berichtet, die Industrieverbände danach streben, diese Koalition aufrechtzuerhalten. Die Koalition der Köpfe aber ist eine Koalition der Angst. Die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste im Rahmen der großen Koalition. Leider aber haben weder die Minister, noch die Mehrheit der Fraktion den Mut aufgebracht, in auch nur einer Angelegenheit der Volkspartei die Kabinettsfrage zu stellen. Die Sozialdemokratie hatte in der Opposition erfolgreiche Arbeit geleistet. Eine Koalition hat demzufolge nur Sinn, wenn in diesem Zusammenhang für die Arbeiterklasse größere Erfolge errungen werden können. Daß dies geschehen wäre, wird bei den bisherigen Ergebnissen auch der größte Optimist nicht behaupten wollen.

Darum werden sich die Organisationen mit dieser Koalition ernsthaft befassen müssen. Dies um so mehr, als vier Fünftel der Reichstagsfraktion heute noch der Auffassung sind, vier Jahre, wie das Genosse Seuring erklärte, und selbst noch länger, dabei zu bleiben.

Japan in China

Fragen der Opposition

RU Tokio, 17. Dezember

Die japanische Oppositionspartei legte dem Ministerpräsidenten eine Interpellation über drei Fragen vor:

1. Treffen die Gerichte darüber zu, daß der Finanzminister mit der japanischen Industrie ein Geheimabkommen über den Kampf gegen die Mantschurei geschlossen habe?
 2. Worauf werden die japanischen Truppen aus der Schantungprovinz zurückgezogen werden?
 3. Trifft es zu, daß zwischen England und Japan ein Abkommen besteht über die chinesische Frage?
- Der Ministerpräsident sagte zu, diese Fragen auf der am Montag stattfindenden Eröffnung des Parlaments eingehend zu beantworten.

Amerikas Chinatruppen ziehen ab

RU Peking, 17. Dezember

Wie gemeldet wird, haben Abteilungen des amerikanischen Flugzeugschwaders und der Infanterietruppen Tan Schan verlassen und sind nach Amerika zurückgeschickt worden. Am 28. Dezember verlassen die letzten amerikanischen Truppenteile Tientsin. Die Räumung des Schanhai-Bezirks wird von den amerikanischen Truppen im Laufe des Januar ausgeführt werden. Der amerikanische Gesandte erklärte über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen, daß bis zum März, d. h. zum Zeitpunkt des Amtsantritts des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, kein amerikanischer Soldat mehr auf chinesischem Gebiet sein werde.

Senatswahlen in Rumänien

RU Bukarest, 18. Dezember

Am Montag fanden in Rumänien die Senatswahlen statt, die ebenfalls zugunsten der Repräsentantenpartei ausfielen. Obwohl die Magistrats- und die Distriktsabgeordneten, die den Senat wählen, noch unter der früheren Regierung gewählt worden sind, und zum größten Teil aus Mitgliedern der Liberalen Partei bestehen, werden die Repräsentantenpartei etwa 45 Mandate und die Liberalen 26 im Senat erhalten. — Bisher wurde nur ein einziger Zwischenfall gemeldet. In Sulau wollten Anhänger der Liberalen Partei in größerer Zahl in das Wahllokal eindringen. Die Wache gab mehrere Schüsse ab, durch die ein ehemaliger Abgeordneter verwundet wurde.

Griechenland

RU London, 17. Dezember

Der griechische Ministerpräsident Venizelos kündigte nach Berichten aus Athen gestern Abend im Zusammenhang mit der Ablehnung von zwei Regierungsvorlagen durch die zuständige Kommission der Kammer an, daß er dem Parlament nunmehr das geschlossene Regierungsprogramm zur Entscheidung vorlegen werde. Für den Fall der Ablehnung werde er die Regierung umformen und die Kammer auflösen.

Einheit ist not!

Abspaltung der holländischen Sozialdemokratie

WTB Amsterdam, 17. Dezember

Wie die Blätter berichten, haben starke Meinungsverschiedenheiten, die sich bereits seit einiger Zeit in der Landesgruppe Limburg der holländischen Sozialdemokratischen Partei bemerkbar machten, nunmehr zur Gründung einer neuen Partei, der Sozialdemokratischen Volkspartei, mit dem Sitz in Heerlen (Provinz Limburg) geführt. Gleichzeitig wurde eine neue Bergarbeitergewerkschaft unter dem Namen „Limburger Bergarbeiterbund“ errichtet.

Fürstenenteignung — in Polen

Vor dem Kattowitzer Appellationsgericht wurde dieser Tage der Prozeß des ehemaligen österreichischen Erzherzogs Friedrich Habsburg gegen den polnischen Staat um die sogenannte „Tschener Kammer“ — ein Besitztum von über 300 000 Hektar im ehemals österreichischen Teil der polnischen Woiwodschaft Schliesien — in zweiter Instanz entschieden. Dem Habsburger wurde lediglich der zweifelhafte private Anteil an den Besitztümern, der kaum ein Prozent des Gesamtareals umfaßt zugesprochen. Friedrich Habsburg und der beklagte Fiskus haben nun Revision eingelegt, so daß die Frage auch den obersten Gerichtshof in Warschau beschäftigen wird. Ein anderes Ergebnis ist jedoch kaum zu erwarten.

Ein Eugenberger-Redakteur lernt um

SPD Berlin, 18. Dezember. (Radio.) Der frühere leitende Redakteur des Eugenberger Tag, Schulte-Waelscher, hat sich mit der republikanischen Staatsform abgefunden und legt in einer im Verlag von Curtius-Berlin unter dem Titel „Politik ohne Phrasen“ erschienenen Schrift Bekenntnisse ab, die sehr wertvoll sind. Er sagt u. a.:

„Ich bin nach Jahren des Widerstandes gegen das neue Reich zu der Überzeugung gelangt, daß es wirklich da ist. Ich kann es nicht länger als ein vorläufiges Interregnum, als ein Jahr, geht noch immer nicht ab, die Wahlen bezeichnen, ich kann nicht mehr seine Eigenart leugnen. Darum stelle ich mich brüderlich und herzlich froh hinein.“

Direkt an die Adresse Eugenbergs gerichtet scheint die folgende Warnung vor einem neuen Tausch:

„Man muß die Helde kennen, die bei uns mit der Volkserhebung kramarbasieren. Revolutionäre, die triumphieren, haben zu allen Zeiten anders ausgesehen. Wie unendlich glücklicher waren ihre Chancen beim Rapp-Wulff und wie jämmerlich endete der Morgen-Feldzug über die Charlottenburger Chaussee.“

Auch die sogenannten legalen Staatsstreiche der Eugenberger und Genossen nimmt Schulte-Waelscher nicht ernst.

„Was an oppositionellen Privatentwürfen für eine neue Verfassung von der radikalen Opposition zu Papier gebracht wurde, wirkt gegenüber der Weimarer Verfassung beinahe kindlich, mögen die Worte auch noch so hochtrabend sein.“

Ja, man nimmt sich selber schon nicht mehr ganz ernst:

„Die Deutschnationalen haben die alten Standarten, die schon am Boden schleppen, wieder hochgezogen: Monarchie! Monarchie! In den vier Wänden unter sich dürfte man ruhig Republikaner sein, aber nach außen hin müßte man das majestätische Parteidelal hochhalten. Das lagte kein Wilhelm, sondern jemand, dem es ernst um die Vermittlung in seinem Lager war.“

Die Königs- und Kaiseridee... ist zu einem Lippenbekenntnis in den Freierstunden geworden.

Zur Vermeidung des Bildes gehört, was Schulte-Waelscher über die Zusammenarbeit zwischen seinen bisherigen Parteifreunden und den Kommunisten sagt:

„Die Kommunisten sehen sich nach schwarzweiliger Hilfe um, wenn sie einen verdachten Sozialdemokraten kürzen wollen, und die Nationalisten haben schon so manches Mal apollinisch belannt, jede kommunistische Wahlstimme zählt für sie.“

So erzählt man von Dr. Schulte-Waelscher, der bisher einer der prominentesten im Eugenberger-Kreis war, und noch heute einer der Wissenden ist, was von der „nationalen Rechte“ in Deutschland zu halten ist, was sie kann und — wer ihr hilft!

Vertrauensvotum für Lemmer

SPD Berlin, 18. Dezember. (Radio.)

Der Gesamt-Bundesvorstand des Reichsbundes der Deutschen Jungdemokraten hat dem Reichstagsabgeordneten Lemmer „zur weiteren Führung des Bundes in sozial-republikanischer Geistes das rückhaltlose politische und persönliche Vertrauen“ ausgesprochen und in der gleichen Sitzung der Auffassung Ausdruck gegeben, „daß der Frau von Bonerkreuzern politisch und militärisch sinn- und zwecklos sei und deshalb verhindert werden sollte.“

Wilhelm Herzog erklärt

Zu der Mitteilung in der Nummer 283 unseres Blattes über den Ausschluß des Schriftstellers Wilhelm Herzog aus der SPD erklärt uns Herzog eine Berichtigung. Er schreibt:

„Niemand habe ich persönliche Interessen der Interessen der Partei vorzuziehen. Das Gegenteil ist seit zehn Jahren, seit meiner Parteischicksaligkeit, immer der Fall gewesen. In Wahrheit wurde der Ausschluß herbeigeführt: durch die von mir im Novemberheft des Forums veröffentlichten Aufsätze gegen die nicht länger ertragbare geistige und materielle Korruption in der Führung der heutigen SPD.“

Unsere Meldung mit den Gründen für den Ausschluß war der Partei nicht überlassen, sich darüber auseinanderzusetzen, ob Wilhelm Herzog für die kommunistische Partei untrennbar wurde, weil er die „geistige und materielle Korruption in der SPD“ für nicht ertragbar erklärte.

500 000 Dollar für die Heidelberger Universität

SPD Heidelberg, 17. Dezember.

Im Rahmen eines akademischen Festaktes in der Stadthalle überreichte der amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. Shurmann, am Montag der Heidelberger Universität eine Spende von etwas über einer halben Million Dollar zur Errichtung eines neuen Lehrgebäudes der Universität. Die Hälfte der Summe hatte der amerikanische Milliardär Rockefeller gestiftet, unter den übrigen Spendern ist eine Reihe führender Persönlichkeiten des amerikanischen Wirtschaftslebens, davon ein Teil Deutschamerikaner.

Polsche Flugzeuge über deutschem Gebiet?

WTS meldet aus Warschau: Nachdem erst am 23. November drei polnische Flugzeuge die Grenze bei Tirschtiegel überflogen hatten und auf ihrem Flug bis in die Gegend von Rastatt geschickt wurden, wurden am 14. Dezember wiederum drei polnische Flugzeuge südlich von Weisloch in niedriger Höhe fliegend festgestellt. Nach Beobachtungen von Augenzeugen haben die Flugzeuge wieder die gleiche Gegend wie am 23. November überflogen. Sie freilich u. a. bei dem Kraftwerk der Uckerlandzentrale der mittleren Grenzmark und den Braunkohlegruben bei Rastatt. Eines der Flugzeuge trug wiederum die Aufschrift W.D. Bei einem anderen ist deutlich der Name „Polska“ festgestellt worden. Wie weit diesmal die Flugzeuge im Innern Deutschlands waren, konnte noch nicht ermittelt werden.

Schuldhaftversicherung für Radiohörer

Die Reichsrundfunkgesellschaft hat mit fünf deutschen Versicherungsgesellschaften für sämtliche Besitzposten sozialer Rundfunkempfangsanlagen des Deutschen Reiches und des Reichsraums Danzig eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Haftpflichtungen, bis zu denen Schäden von den Versicherungsgesellschaften ersetzt werden, belaufen sich bei Personen auf 100 000 Mark, bei Sachschäden auf 25 000 Mark. Die Versicherungsprämie wird von der Reichsrundfunkgesellschaft gezahlt. Die einzelnen Hörer erhalten also den gebotenen Versicherungsschutz vollkommen kostenlos.

Aus den Versicherungsbedingungen, die sämtlichen Rundfunkhörer noch besonders übermittelt werden, wird folgendes mitgeteilt: Die Versicherung tritt am 1. Januar 1929 in Kraft. Sie umfaßt alle Personen- und Sachschäden, die durch die Rundfunkempfangsanlage einschließlich der Hochfrequenz verursacht werden, soweit es sich um Schäden handelt, die dritten Personen entstehen und für die der Besitzer der betreffenden Empfangsanlage oder die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen haftpflichtig sind. Schäden an den Empfangsanlagen selbst, ganz gleich, auf welche Ursache sie zurückzuführen sind, fallen nicht unter die Versicherung.

Ein Opfer der Landesverrats-Justiz

Der Fall Bullerjahn

Von Felix Fehrenbach.

In den Jahren 1922 bis 1925 jagte es in Deutschland Zuchthäuser wegen „Landesverrats“. In der deutschen Justizgeschichte die Landesverrats-Suche. Sie griff um sich, wie die Pest. Der fünfte Strafakt des Reichsgerichts hatte alle Hände voll zu tun. Und in diesen dieser sogenannten „Landesverrats“-Prozesse diente die Beurteilung der Angeklagten nur dazu, ungescheitliche Vorgänge in der Reichswehr und in den sogenannten Wehrverbänden unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Nach einer Statistik, die auf der Berliner Volksausstellung im Oktober 1926 zu sehen war, wurden wegen Landesverrats und Spionage in den Jahren 1922 bis 1925 im Jahresdurchschnitt achtzigmal sozial Verurteilten als in vier Vorjahresjahren verurteilt, und zwar

Jahr	Anzahl der Personen	Freiheitsstrafen in Jahren
1922	237	564,9
1923	197	513,7
1924	638	1278,4
1925	192	645

In 4 Jahren wurden 1264 Personen zu 3002 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Wie Bullerjahn verurteilt wurde

Einer von diesen 1264 Verurteilten ist Walter Bullerjahn, Oberlagerverwalter bei den Berlin-Karlshorner Industriewerken, dem im Dezember 1925 vom Reichsgericht 15 Jahre Zuchthaus wegen Landesverrats zugesprochen wurden. Er soll ein Waffenlager seiner Firma an die französische Abteilung der Internierten Militärkontrollkommission vertragen haben. Das war lange Zeit a. o., was man über den Prozeß erfährt, da er unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt, und allen Beteiligten strengstes Schweigegedrot auferlegt wurde. Allmählich sickerten Einzelheiten durch. Mitteilungen erschienen in der Presse. Genosse Paul Levi griff im Reichstag den Fall auf, die Deutsche Liga für Menschenrechte nahm sich Bullerjahns an und schließlich veröffentlichte Paul Levi im Berliner Tageblatt wichtige Einzelheiten mit Beifügung aus der Urteilsbegründung. Damit ist der Wahn des Schweigens um Bullerjahn gebrochen.

Aus den bisherigen Veröffentlichungen ergibt sich nun folgendes: Das einzige ernsthafte Belastungsmoment in diesem Prozeß war die Aussage einer ungenannten Vertrauensperson, deren Glaubwürdigkeit und persönliche Unparteilichkeit nach dem Urteil „über jeden Zweifel erhaben“ ist. Diese unbekanntes Vertrauensperson hat beteuert, daß Bullerjahn mit dem französischen Leutnant Jost verhandelt, und von ihm für seinen Betrag 1200—1400 Mark bekommen haben soll. Das Merkwürdige an dieser Behauptung ist, daß die „unbekannte Vertrauensperson“ nicht persönlich vor Gericht erschien, daß weder der Angeklagte und sein Verteidiger, noch Oberstaatsanwalt und Richter ihn zu Gesicht bekamen, oder auch nur seinen Namen kannten. Lediglich zwei Untersuchungsrichter und ein Kriminalkommissar erklärten unter Eid, daß der ungenannte bleiben wollende Zeuge ihnen gegenüber diese Aussage gemacht habe. Fragen der Verteidigung nach Namen und Verbindlichkeit des unbekanntes Belastungszweigen ließ der Vorsitzende nicht zu. Bullerjahn wurde also auf Hörensagen von Hörensagen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Wer ist der geheimnisvolle Unbekannte?

Dem Reichstagsabgeordneten Paul Levi ist es nun gelungen, festzustellen, wer der geheimnisvolle Unbekannte ist. Er heißt Dr. Paul von Gontard und ist Generaldirektor der Berlin-Karlshorner Industriewerke, bei denen Bullerjahn tätig war und deren Waffenlager vertragen worden ist. Es heißt sich also, daß die im Urteil behauptete „Unbekannte“ des Unbekannten nicht zutrifft, denn er war ja unmittelbar betroffen. Außerdem hatte Bullerjahn mit dem gleichen Herrn von Gontard am 19. Dezember 1924 einen heftigen Konflikt. Wäre im Prozeß der Name des Herrn von Gontard genannt worden, dann hätte die Verteidigung die Möglichkeit gehabt, zu zeigen, daß der Zeuge nicht unparteilich ist, und daß sogar seine Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen werden muß. Herr von Gontard ist nämlich kein unbefangenes Blatt.

Aus dem stenographischen Protokoll des Reichstags vom 19. und 23. April 1923 geht hervor, daß er in öffentlicher Sitzung wegen eines Briefes an den Prager gestiftet wurde, den er 1907 an einen seiner Pariser Vertreter geschrieben hatte. Dieser Brief, der zu einer Zeit geschrieben wurde, als die Berlin-Karlshorner Industriewerke noch Waffen- und Munitionsfabriken hießen, hatte folgenden Wortlaut:

„Wir dräheten Ihnen soeben: „Bitte unseren heutigen Brief in Paris abwarten.“

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesesten französischen Zeitungen,

möglichst im Figaro, durchsetzen möchten, welcher folgenden Inhalt haben soll:

„Die französische Heeresleitung hat sich entschlossen, die Neuvermahnung der Armee mit Maßnahmen gemessen erheblich zu beschleunigen und eine doppelte Anzahl, als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.“

Wir bitten Sie, alles aufzubieten, um die Aufnahme eines derartigen Artikels durchzusetzen.“

Hochachtungsvoll
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.
Paul von Gontard.

Der Sinn dieser Aktion ist eindeutig. Gontard wollte selbst namhafte Aufträge für Maschinengewehre von der deutschen Heeresverwaltung bekommen und lancierte deshalb einen Artikel in die französische Presse, der seinen Absichten dienen mußte, aber zugleich eine bessere Ausstattung der französischen Armee ausgelöst haben wird. Die Juristen mögen darüber streiten, ob das Landeigentum ist oder nicht. Jedenfalls schrieb das Berliner Tageblatt damals zu diesem Brief am 22. April 1913, diese Methode stelle „den höchsten Grad geschäftlicher Sittenlosigkeit und blinder Verfolgung nackter egoistischer Interessen“ dar. Und der so genannte „Unbekannte“ Mann war Kronzeuge gegen Bullerjahn, der stets eine Unschuld beteuerte und behauptet hat, man wolle ihn nur unglücklich machen, weil er von unläuterem Mandatverwalter seiner Firma Kenntnis habe. Ueber diese Behauptung ging man einfach weg; sie hätte aber nachgeprüft werden können und müssen, wenn Gontard als Zeuge vor Gericht erschienen wäre. Das hat er aber wohlweislich unterlassen.

Der Hauptzeuge weiß nichts aus eigener Wahrnehmung

Jetzt ist außerdem noch bekannt geworden, daß Herr von Gontard seine schwerwiegenden Behauptungen gar nicht auf eigene Wahrnehmungen stützen kann. Er hat zu der Veröffentlichung des Genossen Paul Levi dem Berliner Tageblatt eine Erklärung abgegeben, in der er sagt, daß er in der Untersuchung gegen Bullerjahn dem Untersuchungsrichter gesprochenes (1) mitgeteilt habe er hätte Bullerjahn für den Schuldigen. Zu dieser Überzeugung sei er durch die Untersuchung gelangt, die in seinen Werken von Direktoren (!) angestellt worden sei.

Nun steht aber nicht einmal fest, ob von Gontard seine Behauptung, daß Bullerjahn mit dem französischen Leutnant Jost verhandelt habe, aus einer direkten Quelle hat, oder ob sein Gewissmann sein Wissen wiederum von dritter Seite herleitete, und ob diese Quelle überhaupt glaubwürdig und zuverlässig ist.

Zu allem Ueberflus veröffentlichte ein Berliner Montagsblatt noch eine aufsehenerregende Mitteilung, die ebenfalls Zweifel aufkommen läßt an der Behauptung von Gontards, daß Bullerjahn Beziehungen zu Leutnant Jost gehabt habe. Diese Mitteilung lautet:

Von früheren Mitgliedern der Internierten Militärkontrollkommission wird übereinstimmend erklärt, daß sie Bullerjahn überhaupt nicht gekannt haben. Insbesondere hat sich der französische Leutnant Jost, der Bullerjahn nach den Angaben Gontards und der „Feststellung“ des Reichsgerichtsurteils für den Partner befragt haben soll, bereit erklärt, vor jedem Gericht zu beschwören, daß er niemals mit Bullerjahn in Verbindung gekommen habe.

Vielleicht ist von Gontard von dritter Seite irreführt worden. Vielleicht liegen die Dinge auch schlimmer. Fest steht jedenfalls, daß von Gontard seine Behauptungen über angebliche Vorgänge bei der Internierten Militärkontrollkommission nur auf Grund ihm ausgegangener Mitteilungen Dritter machen konnte, daß er aber alles getan hat, seine Behauptungen gegen Bullerjahn zur Geltung zu bringen, ohne daß er genötigt war, sie auf seinen Eid zu nehmen.

Warum wollte er nicht vor Gericht erscheinen?

Warum wollte Gontard nicht schwören?

Warum durfte der Angeklagte nicht wissen, wer der geheimnisvolle Unbekannte war, der ihn aus dem Hinterhalt so schwer belastete?

Alle diese Fragen heißen Antwort und werden die Öffentlichkeit solange beschäftigen, bis das begangene Unrecht wieder gutgemacht ist.

Das Reichsgericht hätte Bullerjahn nicht verurteilen dürfen auf eine Aussage hin, die durch Dritte vermittelt wurde und deren Urheber das Gericht gar nicht kennt, von dem es nicht einmal weiß, ob er unbeteiligt und vertrauenswürdig ist.

Bullerjahn sitzt seit drei Jahren im Zuchthaus. Seine Begnadigung wurde bisher abgelehnt. Nachdem aber jetzt neue Tatsachen bekannt wurden, die das Urteil so schwer erschüttern, muß alles getan werden, um den begangenen Justizverstoß rasch zu korrigieren. Das Reichsjustizministerium muß die Entlassung Bullerjahns aus dem Zuchthaus anordnen, und der Verurteilte muß die Möglichkeit bekommen, sich durch ein Wiederaufnahmeverfahren zu rehabilitieren.

Die Warschauer Verhandlungen wieder erfolglos

TU Berlin, 18. Dezember.

Wie die Post, Ztg aus Warschau berichtet, hat Minister a. D. Heremes am Montagabend Warschau wieder verlassen, um der Reichsregierung zu berichten. Die einzige offizielle Sitzung, die diesmal mit den Polen stattfand, dauerte nur 12 Minuten und hatte ein völlig negatives Ergebnis. Der polnische Delegationsführer brachte eine Erklärung abgegeben, die sich nur auf die schriftlichen deutschen Vorlesungen vom 4. Dezember bezogen hätten, die als ungenügend erklärt worden sei. Vor der Abreise Heremes hätten die beiden Delegationsführer noch eine mehrstündige private Aussprache gehabt, in der sich doch wieder Verständigungen über die beiden Verhandlungen ergeben hätten. Heremes habe daraufhin seine Rückkehr nach Warschau für Mitte Januar in Aussicht gestellt.

4400 kommunistische Parteiantwörter untüchtig

TU Kowno, 17. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf Grund einer Revision der kommunistischen Zellen durch die Zentralkommission insgesamt 4444 Parteiantwörter aus der Partei ausgeschlossen worden. 10 978 Kandidaten sind als Mitglieder in die Partei aufgenommen worden. Die Revision ergab eine ungenügende Arbeitsleistung der einzelnen Parteizellen. In einigen Zellen betätigten sich die Kandidaten überhaupt nicht.

Kommunistenverfolgung in Lettland

WTS Riga, 17. Dezember.

Die politische Polizei hat eine weitverzweigte kommunistische Jugendorganisation aus und verhaftete die Mitglieder des Zentralkomitees dieser Organisation in Riga und deren Unterkomitees in Libau, Mitau, Wolmar und Dünaburg. Die beschlagnahmte Menge kommunistischer Propagandafchriften sowie schriftliche Briefe aus Moskau mit Verurteilungen der örtlichen Gruppe der kommunistischen Internationalen.

Rokh soll gerechtfertigt werden!

SPD Paris, 17. Dezember.

Der frühere Finanzminister und Wirtschaftsjahr Rokh, der sich zur Zeit in der Krankenabteilung des Gefängnisses von Fresnes befindet, wird erst in einigen Tagen auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden. Die ganze Behandlung der Angelegenheit durch die „große Informationspresse“ läßt jedoch schon jetzt erkennen, daß er für gestraft erklärt werden wird, wenn sich nur die geringste Handhabe bietet.

Die Regierung hat alles Interesse daran, einen Skandal zu vermeiden, der ihre Autorität und die des Parlaments künftig stark kompromittieren müßte.

Sowjetrußland und Litauen

TU Kowno, 14. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der russische Gesandte in Litauen, Krowez, von seinem Posten abberufen worden. Zu seinem Stellvertreter ist der russische Gesandte in Prag, Antonow Owsienko, ernannt, ein früherer intimer Freund Trozki. Die Abberufung Krowez wird in Moskauer diplomatischen Kreisen stark beachtet, da sie als ein Kurswechsel in der russischen Politik gegenüber Litauen ausgelegt wird.

SPD Der ehemalige Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der russisch-Oberbefehlshaber zu Beginn des Weltkrieges, in Ansbach an der Rhodera, wo er sich gegenwärtig aufhält, an einer Lungenerkrankung schwer erkrankt.

Verantwortlich für den teilsatelliten Teil der Zeitung in Leipzig: Verlagsdirektor Dr. Kurt Göttinger. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Kommunistischer Apparat“ Leipzig.

Der gesamten Stadtbevölkerung unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt von Verlagsbüchern „Kommunistischer Apparat“, Leipzig, C. I., Leipzigerstraße 10 (Telef. Apparat) bei, dem wir besonderer Beachtung empfehlen.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Verführung oder Entführung?

Es gibt im Volksmund einen Ausdruck, der da lautet: „Auf dem Mädel sitzt der Staatsanwalt!“ und damit meint man, daß es sich um ein Mädchen unter sechzehn Jahren handelt, bei der ein Geschlechtsverkehr durch gewichtige Paragrafen mit saftigen Strafandrohungen verboten ist...

Der Tatbestand ganz einfach: Ein junger Mann sieht an einer Autobushaltestelle in der Berliner Friedrichstraße ein junges, hübsches Mädchen. Er spricht sie auch unternehmenderweise an, hofft sich aber von der Schönen einen Korb. Am nächsten Tage ist er aber zu derselben Zeit wieder an der Haltestelle, spricht sie wieder an und hat mehr Glück. Er folgt seiner Einladung in eine Konditorei, wo sie sich bei Kaffee und Kuchen ergötzen und einander näherkommen. Sie verabreden sich nun für den nächsten Tag, die Geschichte geht ein paar Tage, bis eines schönen Tages der junge Mann auf den Gedanken kommt, dem jungen Mädchen vorzuschlagen, ihn doch in seinem Privatbureau zu besuchen. Sie macht das und es bleibt nicht nur bei dem Kaffeetrinken.

Die Sache hatte aber Folgen und das junge Mädchen mußte sich, sie war Witwe, ihrem Vormund anvertrauen. Wutentbrannt stürzte der zur Staatsanwaltschaft und machte dort Mitteilung, daß das Mädchen noch nicht sechzehn Jahre gewesen sei. Eine Strafanzeige gegen den Jüngling war die unmittelbare Folge. Der Staatsanwalt konnte jedoch den jungen Mann nicht wegen Verführung belangen, da das unternehmungslustige Fräulein ihrem Don Juan verschwiegen hatte, daß sie noch so jung sei. Aus diesem Grunde erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen — Entführung. Der junge Mann hätte das minderjährige Mädchen nicht ohne Erlaubnis ihres Vormundes in die Konditorei und vor allem in sein Bureau führen dürfen. Der junge Mann behauptete wiederum energisch, daß das Mädchen ihm gegenüber gesagt habe, sie sei bereits sechzehn Jahre, und da sei man ja heutzutage kein Kind mehr! Es spielte sich hierbei folgendes Zwiegespräch ab:

Amtsgerichtsrat: Woher wußten Sie eigentlich, daß die junge Dame sechzehn Jahre alt war?

Angeschuldigter: Sie sagte mir, daß sie Geburtstag hätte, und da fragte ich, wie alt sie denn würde. Siebzehn, sagte sie.

Amtsgerichtsrat: Sie werden doch nicht gleich nach dem Geburtstag fragen? Da hätten Sie doch etwas schenken müssen?

Interessant und, wie uns dünkt, nicht einmal so unethisch war die Beweisführung des Verteidigers des Angeklagten: Wenn die Ansicht des Staatsanwaltes richtig wäre, daß jedes nicht von Eltern oder Vormund gestattete Zusammensein mit einem Mädchen unter einundzwanzig Jahren, soweit es hinter geschlossenen Türen stattfindet, als „Entführung“ zu werten sei, hätten die Gerichte viel zu tun. Das Resultat war auch: Freisprechung. Aber Ahimente wirt er wohl zahlen müssen, der junge Mann!

Schwere Bluttaten

SPD Berlin, 17. Dezember.

In der Strafanstalt in Insterburg erhob am Montag der zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte Raubmörder Werner den Hauptwachmeister Zacharias, als dieser einen Verwandten des Verbrechers in dessen Zelle einlassen wollte. Der zur Hilfe herbeigeeilte Wachtmeister Naujoks wurde von dem Mörder durch einen Schuß in den Kopf lebensgefährlich verletzt. Werner stürzte nach der Tat mit seinem Besucher durch einen Seitenschießer der Anstalt. Der Verbrecher war wegen verschiedener in Litauen begangener Raubmorde im Juli 1926 in Königsberg festgenommen und dann abgeurteilt worden.

In Berlin-Niedererschöneweide an der Eisenbahnstrecke Niederschöneweide-Adlershof fanden am Montag Passanten, die mehrere Schüsse gehört hatten, zwei Männer auf einer Eisenbahnbrücke tot auf. Angeblich war der 32 Jahre alte Kaufmann Otto Stehl aus der Seestraße in Berlin mit dem Obergangschaffner Reinhold Manas aus Rottbus, der am Montagmittag einen Personenzug von Berlin nach Rottbus bringen sollte, wegen einer Frau in Streit geraten. Nach einem kurzen Wortwechsel stieß der Obergangschaffner durch drei Schüsse aus einer Selbstladepistole nieder und jagte sich dann eine Kugel durch den Kopf. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet. In der Tasche des Obergangschaffners wurden mehrere Briefe gefunden, aus denen hervorgeht, daß er zu der Frau des Mörders Beziehungen anknüpfen wollte. Stehl war früher zeitweise bei der Eisenbahnverwaltung als Hilfsarbeiter beschäftigt.

Vulkanausbruch auf Java. Nach Blättermeldungen aus Sorabaja (Java) sind in der Nacht von Sonntag zum Montag und am Sonntagvormittag ganz unerwartet zwei heftige Ausbrüche des Vulkans Bromo erfolgt. Während des zweiten Ausbruchs schoß aus dem Krater eine 50 Meter hohe Feuersäule hervor. Der Ausbruch war mit einem starken Scherregen verbunden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Rin in die Senfgrube!

Arbeitsrecht in der Praxis

ag. Zu den größten Fortschritten des modernen Arbeitsrechtes gehört der § 84 des Betriebsvertrages, der einen Einspruch gegen Klüftung „wegen unbilliger Härte“ vorsieht. Wie sich die Verhältnisse sehr oft in der Praxis gestalten, zeigt das Schicksal einer Wiedereinstellungsklage gegen die Firma Wolff Beyhold, Rauchwaren-Zurichterei in Schönau. Der Kläger war seit Januar 1926 bei dieser Firma beschäftigt gewesen und im Oktober dieses Jahres wegen angeblicher Unfähigkeit nachher hieß es wieder Arbeitsmangel, entlassen worden. Das Arbeitsgericht Leipzig, Kammer Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt, hat den Ein-

und Schutzleistung in die Senfgrube steigen, obwohl unausgeleitet Klärwasser und Fäkalien in sie eindringen. Als er am 7. November wiederum den Auftrag erhielt, in die Klärgrube hinunterzusteigen, er suchte er, jemanden anders damit zu beauftragen, der an diese appetitliche Arbeit mehr gewöhnt sei und sie auch gesundheitlich leichter ertrage. Die Antwort auf die im höflichen Tone vorgebrachten Einwand war, irrtümliche Entlassung wegen Arbeitsverweigerung!

Die Firma machte also auf diese Weise einen neuen Versuch, den Arbeiter loszuwerden, ohne siebenhundert Mark hierfür ausgeben zu müssen. Wiederum wurde durch den Kollegen Jerche Klage vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung erhoben. Ein Dreher, der mit dem Kläger gemeinsam an der Kläranlage gearbeitet hatte sagte vor Gericht — nach wörtlichem Stenogramm — folgendes aus:

„Ich habe mit dem Kläger in der Sammelgrube für Abwässer gearbeitet. Der Kläger und ich sollten einen Saugkorb herausmachen. Die Grube, in die auch die Abortwässer laufen, war nicht gereinigt. Es war ziemlich hoher Schlamm darin, so daß wir Holzbohlen legen mußten. Das Abortwasser ist dauernd zu gelassen, die Pflöhsperre ist also nicht abgestellt gewesen. Außerdem laufen noch Abwässer aus der Färberei und anderen Abteilungen in die Grube.“

Das erstmal hat sich der Kläger nicht geweigert. Als ich anfangs in die Grube kam, ist es mir auch nicht egal gewesen. Beim Kläger hatte ich Angst, daß wir ihn hochwinden mußten, denn es ist ihm dauernd aufgetrieben. Ich kann auf meinen Eid nehmen, daß während unserer Arbeit in der Grube die Abortwässer weiter in die Grube hineingelaufen sind.

Als der Saugkorb wieder eingebaut werden sollte, verhandelte der Kläger mit dem Meister und sagte diesem, er wäre bereit, diese Arbeit nochmals zu verrichten, aber er könne sie nicht machen, weil es ihm schlecht würde. Diese Arbeit ist von Rechts wegen keine Schloßarbeit.“

Diese Zeugenaussage erfolgte in einem Termin am 5. Dezember, in einem weiteren Termin, am 13. Dezember, sagte der Klemperer, hermeister Werner über den Eindruck aus, den er bei einer Besichtigung der Senfgrube gehabt hatte. Aus seiner Aussage mußte man anfänglich den Eindruck haben, daß es auf der Erde und im Himmel wenig so hübsliche und gemüßliche Orte gebe wie eine Senfgrube. Genosse Jerche gab dem Obermeister hierauf folgende treffende Antwort: „Es muß wohl eine wahre Pracht sein, in so eine Senfgrube hinunterzusteigen!“

Es stellte sich auch heraus, daß sich Werner über die Frage gar keine Gedanken gemacht hatte, ob die Grube anlässlich seiner Besichtigung in anderem Zustande gewesen sei als an dem Tage, an dem sich der Kläger geweigert hatte, hinunterzusteigen. Der Obermeister mußte aber zugeben, daß die Firma Beyhold strafbar gemacht hätte, falls die Grube damals in dem Zustande gewesen sei, den ein anderer Zeuge unter seinem Eide bezeugt hatte. Er sah sich auch zu dem Eingeständnis gezwungen, daß es bei der Tiefe der Grube ohne weiteres möglich sei, daß einem in ihr arbeitenden Menschen schlecht werde... Sensationell wirkte aber folgender Vorfall: Genosse Jerche fragte den Klemperermeister: „Sagen Sie, Herr Werner, sind Sie bei der Besichtigung auch in die Grube gestiegen?“ — Der Obermeister wird unterrot und gesteht, daß das nicht der Fall gewesen sei. Mit der Bemerkung: „Sie sind wohl so unfähig, daß Sie das alles auch so beurteilen konnten?“, versucht Dr. Schmidt ihm beizuspringen. Man sieht aus diesem Beispiel von Mißhandlung durch Herrn Werner jedenfalls, was betrieblige Sachverständigenurteilen oft wert sind!

Der Prozeß wird vertagt, damit Werner nochmals in Gegenwart beider Parteien die Senfgrube besichtigen kann. Was ist aber das Resultat, wenn der Kläger in der ersten und vor allem auch in der zweiten Instanz zu seinem Rechte kommt? Die Firma wird wiederum zur Wiedereinstellung oder zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt. Sie stellt ihn natürlich wieder ein und versucht dann von neuem, einen Vorwand zur Entlassung zu finden. Mal wird schon der Arbeiter seine Nerven verlieren, dann wird sie ihn ohne Entschädigung los. „Arbeitsrecht“ in der Praxis!

Zur Anschaffung

empfehlen wir aus unserem Verlage.

Table listing various books for sale with prices. Includes titles like 'Böttcher, Paul, Spielbuch für die arbeitende Jugend', 'Ewald, Karl, Ausgewählte Märchen', etc.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung Lauchatz Straße 19/21

spruch des Klägers für begründet erklärt und die Firma zur Wiedereinstellung oder Zahlung einer Entschädigung von siebenhundert Mark verurteilt. Das Gericht hatte sich also der Beweisführung des Prozeßvertreters des Klägers, des Genossen Jerche vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, angeschlossen.

Der weitere Verlauf der Angelegenheit war für die Firma Beyhold ein Rechenexempel: Wenn wir den Arbeiter loswerden wollen, müssen wir ihm siebenhundert Mark zahlen. Das Arbeitsgericht hat uns nämlich durch unsere Rechnung einen Strich gemacht. Geht es nicht auf gesetzlichem Wege, so stellen wir den Kläger wieder ein und das weitere wird sich schon ergeben...

Es ergab sich auch! Am 2. November wurde er wieder eingestellt, am 5. November erhielt er als qualifizierter Arbeiter den Auftrag, in der Kläranlage Arbeiten vorzunehmen. Er führte diesen Auftrag durch, bei dieser Gelegenheit stellte sich aber ein starkes Uebelfein bei ihm ein. Er mußte nämlich ohne Gasmaste

Großfeuer in Berlin

SPD Berlin, 17. Dezember.

Ein schweres Großfeuer wütete am Montag auf dem in der Nähe des Alexanderplatzes in Berlin gelegenen Grundstück Neue Friedrichstraße 36, wo ein Scherartikel- und Feuerwerksfabrik des Strönger-Konzerns in Brand geraten war. Die Flammen breiteten sich so rasch aus, daß vor dem Eintreffen der Feuerwehren bereits die Dächer mehrerer umliegender vierstöckiger Gebäude ein einziges Feuermeer bildeten. Der Brand konnte nach eineinhalbstündiger Arbeit eingedämmt werden. Insgesamt sind Lagerräume in einer Ausdehnung von etwa 800 bis 1000 Quadratmeter und mehrere Dachstühle ausgebrannt. Der Warenschaden wird auf 40 bis 50 000 Mark geschätzt. Bei den Löscharbeiten zog sich ein Feuerwehrmann eine schwere Rauchvergiftung zu.

Amol hilft

bet Rheuma, Nerven, Gelenks- Schmerzen, u. Gicht. Amol hilft in allen Krankheiten u. Drageen erhältlich.



Osram-Christbaum-Kerzen

in anschlussfertigen Ketten, die ideale, gefahrlose elektrische Christbaum-Beleuchtung.

Ihre Kinder werden sich freuen über die elektrischen Osram-Christbaum-Kerzen.

OSRAM

Die Arbeiter im bürgerlichen Staat

In der VB vom 10. Dezember verurteilte der Genosse Ernst Winkler, Vorsitzender des Steinarbeiterverbandes, eine ganze für die gegenwärtige Koalition im Reich zu brechen. Dem bisherigen unumstrittenen Minus von Erfolg dieser Politik — Nationalfeiertag, Panzerkreuzer, Geleitzfahrpläne usw. —, allwo sich der so genannte Bürgerblock in seiner ganzen Lebensfrist zeigte, stellt er als positives Ergebnis den Auszug der Metallarbeiterbewegung an der Ruhr gegenüber. Er schreibt:

„Wer glaubt, daß diese mit allen ihren Begleiterscheinungen einen für die Arbeiterschaft gleichen oder günstigeren Verlauf genommen hätte, wenn statt der vier sozialdemokratischen vier deutschnationale Minister in der Reichsregierung geblieben hätten? Wohl niemand.“

Ich will gleich von vornherein sagen, mit „glauben“ halte ich es auch in dieser Form nicht, denn das heißt zugleich, ich weiß es nicht. Und obwohl der Genosse Winkler in bestimmter Form sagt „wohl niemand“, so bleibt doch das Ungeklärte auch bei ihm bestehen. Wir werden also schon von einer anderen Seite an diesen „Glaubenssatz“ herangehen müssen.

Als die Unternehmer ihren Vorstoß ausgeführt hatten, war so ziemlich die ganze Presse — ausgenommen die der äußersten Rechten — sich darin einig, daß dieser Vorstoß zum größten Teil gegen die Regierung gerichtet war. Besonders sollte er dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell gelten. Wenn dem aber so ist, so taucht von Anfang an die Frage auf: hätten die Unternehmer das Gleiche getan, wenn kein Sozialdemokrat in der Regierung gewesen wäre? Und im ursächlichen Zusammenhang wäre der ganze Verlauf der Bewegung ein anderer gewesen. Daraus ergibt sich schon, daß es eigentlich müßig ist, die Frage so zu stellen, wie es der Genosse Winkler getan hat.

Ich will aber doch den Gedanken aufstellen und einmal voraussetzen, daß die Unternehmer auch einer rein bürgerlichen Regierung gegenüber rebelliert hätten. Hier ist es notwendig, das Interesse bestimmter bürgerlicher Parteien — Zentrum und Demokraten — an den von der Absperrung betroffenen Arbeitern zu unterstreichen. Bekanntlich war von mehr als 200.000 Ausgesperrten nur ein Teil organisiert. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte nur einen geringen Bruchteil seiner Mitglieder im Kampfe stehen. Anders die Christlichdemokratischen, und vor allem die Christen. Die letzteren waren mit einem sehr hohen Prozentsatz ihrer Mitglieder beteiligt. Für sie ging es also um Leben und Tod, um den Bestand der Organisation. Daraus erklärt sich auch ihr Radikalismus, der bis zur Enteignungsforderung vorstieß.

Kun hatte nicht die Reichsregierung die Unterstützungsaaktion für die Ausgesperrten beschlossen, sondern der Reichstag. Nachdem es aber für Zentrum und Demokraten infolge der Lage der zu ihnen gehörigen ausgesperrten Arbeiter kein Ausweichen gab, mußten sie für die Unterstützung stimmen, ob nun Sozialdemokraten in der Regierung saßen oder nicht. Sie wären noch mehr dazu gezwungen gewesen, wenn der Zentrumsmann Brauns Arbeitsminister gewesen wäre, denn dann hätte sich der Angriff der Unternehmer gegen einen der Ihren gerichtet.

Es erscheint angebracht, hier an eine Episode zu erinnern, die sich bei der Regierungsbildung abspielte. Als der Genosse Müller den Antrag angenommen hatte, die Regierung zu bilden, befragte er den ehemaligen Arbeitsminister Brauns, um ihn für die Beibehaltung seines Amtes zu gewinnen. Dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften war aber der Schreck über die schweren Wahlerluste so stark in die Glieder gefahren, daß sie dankend ablehnten. Sie luden die Verantwortung der Sozialdemokratie auf. Würde also das Zentrum durch unsere Nichtbeteiligung an der Regierung gezwungen gewesen sein, Brauns im Arbeitsministerium zu belassen, so hätte schon die Wahlniederlage ihren reichlichen Teil dazu beigetragen, daß es in dem Arbeitsministeramt an der Ruhr nicht ausgewichen wäre.

Gerade vom Standpunkt des Gewerkschafters ist das bisherige Ergebnis dieser Koalition nicht zu verteidigen. Die Schiedsprüche, die in Arbeitsstreitigkeiten bisher gefällt und verbindlich erklärt wurden, weichen um kein Haar zugunsten der Arbeiter von den früheren ab. Die beteiligten Gewerkschaften haben oft genug Grund gehabt, ihrer Mißbilligung Ausdruck zu verleihen. Und gibt es nicht zu härtesten Bedenken Anlaß, daß die Unternehmer dem Vorschlag der Reichsregierung sofort zustimmten, dem Genossen Severing das letzte Wort zu geben? Während die Gewerkschaften nur zögernd folgten und ihre Zustimmung nur gaben, weil eine Ablehnung ein Mißtrauensvotum dem Genossen Severing gegenüber bedeutet hätte! Die Zeitung des DGB versteht die Bedenken des Metallarbeiterverbandes, und sie schreibt:

„War die Regierung nicht vor allem berufen, geltendes Recht gegen Willkür und Gewalt zu schützen? Die Tatsache, daß die Regierung diese Aufgabe nicht als dringend empfand, mußte die Vermutung nahe legen, daß, als sie sich zu ihrem Schritt entschloß, politische Erwägungen des Augenblicks entscheidend mitgesprochen hätten. Und an solche Vermutung mußte sich die Frage knüpfen: Ist es extrarichtig für die Gewerkschaften, daß eine Regierung aus Gründen politischer Natur den geordneten Weg geltenden Rechts verläßt und nach freiem Ermessen, aus eigener Initiative, mitten in einem gewerkschaftlichen Kampfe eine völlig neue Situation heraufbeschwört, mit der sich die Gewerkschaften dann abzufinden haben?“

Das klingt nicht wie ein Hohelied über den Ausgang der Bewegung an der Ruhr. Es bleibt selbst dann noch reichlich Unterbilanz, wenn der Genosse Severing den Schiedspruch voll in Kraft setzt.

Als Aktium zählt bestimmt auch nicht die Gesetzesvorlage auf Aenderung der Arbeitslosenversicherung, wonach die Saisonarbeiter schlechter als bisher gestellt wurden.

Es ist also eine feststehende Tatsache, daß bisher für die Partei und damit für die Arbeiterklasse nur Nachteile aus dieser Koalition entstanden sind. Eine Koalition ist meines Erachtens für die Arbeiterklasse nur tragbar, wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen. Die Regierungsbeteiligung darf letzten Endes nicht darauf hinauslaufen, die Grundlagen unseres Aufstiegs zu zerstören. Das geschieht aber, wenn man sich mit bürgerlichen Parteien koalitiert und gezwungen ist, eine Politik zu treiben, die verwirrend bei den Wählermassen wirkt und uns nach Ablauf einer Wahlperiode auf den alten Stand zurückwirft. Ich halte eine Koalition nur für möglich, wenn das Bürgerium nicht mehr in der Lage ist, allein zu regieren, und wenn es uns dann durch das Verhalten der Kommunisten nicht gelingt, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden.

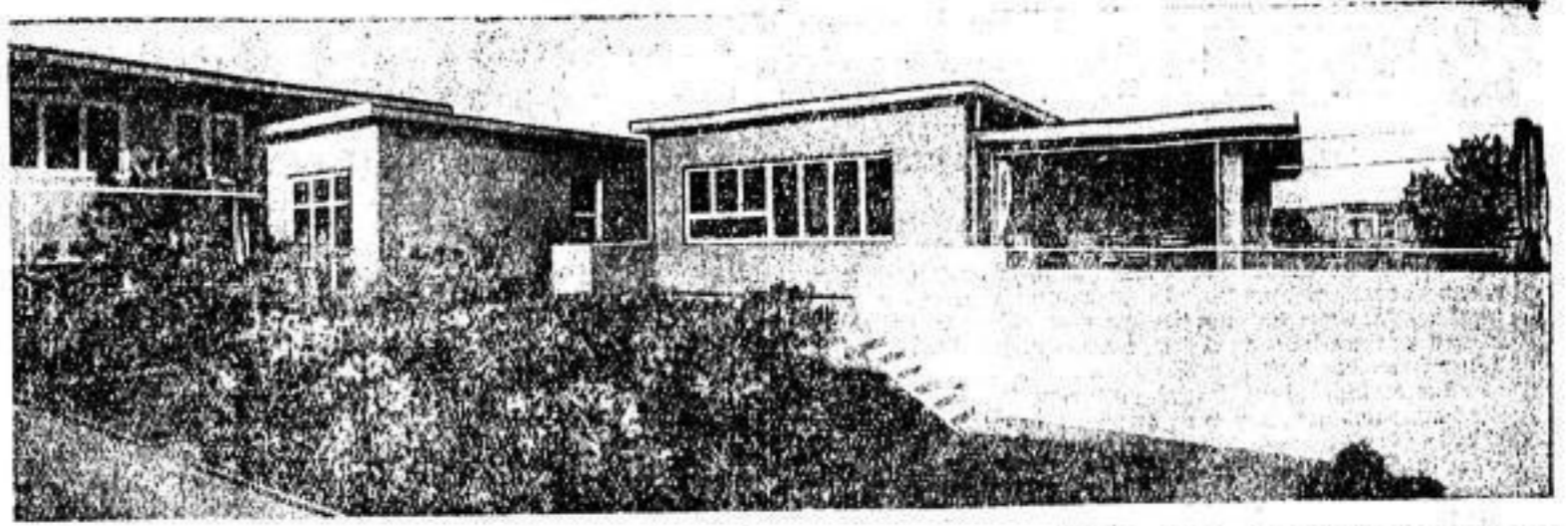
Christian Ferkel,

Gauleiter des Verbandes der Lithographen und Steinbruder.

DGB gegen AD

Der Deutsche Metallarbeiterverband schreibt uns: Die kommunistische Presse behauptet, daß im Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach Abbruch des Ruhrkampfes der Plan besprochen worden sei, in diesem Jahre ein dreizehntes Monatsgehalt zu zahlen. Die kommunistische Presse trümpft daran die hässliche Bemerkung, daß man nach den anstrengenden Verhandlungen im Ruhrkampf berechtigten Anspruch auf ein solches Weihnachtsgeschenk habe.

Richtig ist, daß weder im Verbandsvorstand noch in einer anderen Körperschaft auch nur im entferntesten daran gedacht worden ist, ein dreizehntes Monatsgehalt zu zahlen. Das kann auch schon deshalb nicht der Fall sein, weil eine solche Maßnahme nur durch den Verbandstag angeordnet werden kann. Selbstverständlich ist das auch den Kommunisten, insbesondere den Urheber des Schwindels, bekannt. Trotzdem wird feste Drauflos gelogen.



Unsere Wohnung

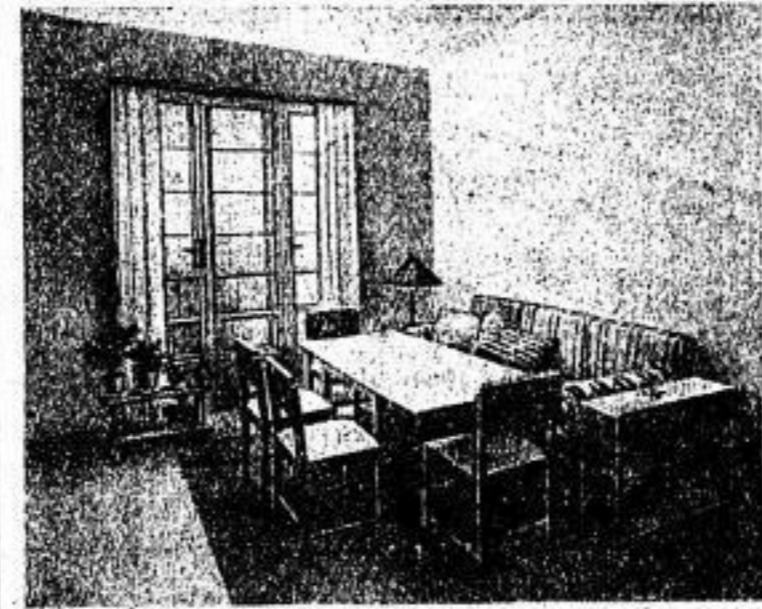
Der VDA-Bund hat in seiner lehrreichen Broschüre „Die Lebenshaltung der Angestellten“ festgestellt, daß rund 14 Prozent des Einkommens für die Wohnung ausgegeben werden müssen. Die vielen Untermieter, die infolge der Wohnungsnot vorhanden sind, werden noch erheblich höhere Ausgaben für die Wohnung haben, obgleich sie meist viel schlechter und vor allem viel unbehaglicher wohnen als die Hauptmieter. Ebenso werden kleine und kleine Wohnungen teurer sein (der VDA-Bund hatte leider nur Haushaltsbücher von verhältnismäßig gutbezahlten Angestellten zur Verfügung), denn bekanntlich wohnt der Arbeiter in seiner engen Stube leurer als der qualifiziertere Mieter einer ganzen Etage. Dank der Zwangswirtschaft ist die Miete noch immer relativ niedriger als vor dem Kriege, und doch ist sie viel zu hoch, wenn



Moderne Küche aus einer Wiener Kleinwohnung

festgestellt werden muß, daß der größte Teil der Wohnungen den Anforderungen unserer Zeit in keiner Weise genügt. Sie sind schlecht gebaut, unhygienisch, unbehaglich, ihre Reinhaltung ist oft kaum möglich oder nur unter unverhältnismäßig großen Kraft- und Zeitaufwand, kurz: die Wohnungen sind das nicht wert, was wir für sie bezahlen müssen.

Vergrößert werden ihre Mängel noch durch eine unvernünftige, nur gefühlsmäßig bestimmte Ausstattung. Heute, in der Zeit der Rationalisierung, richten sich noch immer manche Arbeiter und vor allem viele Angestellten ihre Stuben ein, als ob sie die Bedürfnisse qualitativer Bürger vom Ende des 19. Jahrhunderts hätten! Natürlich können sie sich keine wertvollen Stücke wie das Bürgerium kaufen — die, nebenbei bemerkt, genau so überflüssig wären —, sie kaufen Imitationen und „Schmuck“ damit ihr „Heim“. Dabei werden sie ihr lauer verdientes Geld los, verzichten auf wertvollere Dinge, und eine gewisse Industrie hat ein weiteres profitables Absatzgebiet für ihren Schand. In den Stuben sieht es dann oft genug aus wie in einem Trödlerladen, die Menschen verschwinden förmlich hinter den vielen Überflüssigkeiten, sie hören in ihrer eigenen Wohnung. Deshalb darf auch das größte und beste

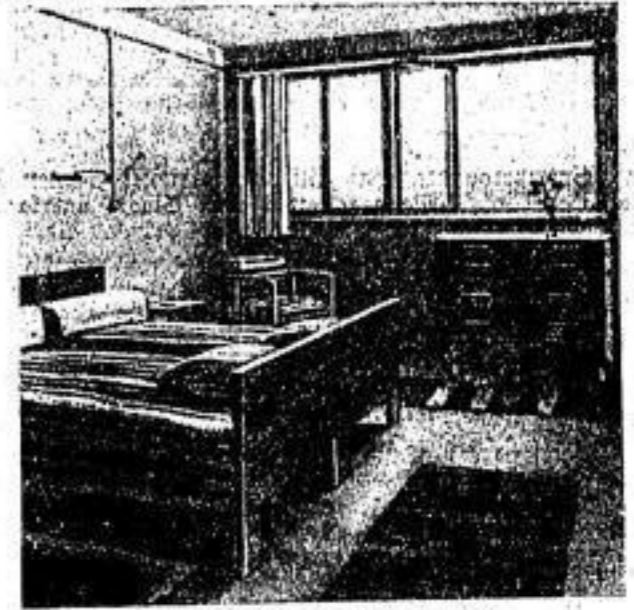


Vorbildliches Wohnzimmer, billig, zweckmäßig und von bester Raumwirkung

Zimmer, das immer „aufgeräumt“ sein soll, nicht betreten werden, es sei denn, daß man mit der „kalten Bracht“ renommierten will. Vor allem Angestellte und kleine Beamte glauben die „gute Stube“ noch nicht entstehen zu können. Wer aber durch die Not gezwungen wurde, dieses Zimmer zu benutzen oder zu vermieten, der hat in der Regel noch lange kein Recht, sich für besonders fortgeschritten zu halten, denn an der Einrichtung der Räume hat er gewöhnlich nichts geändert. Gegen eine vernünftige Organisation des Haus-

halts protestiert das deutsche Gemüt, das ohne Rippes, Sprüche auf Decken, Kissen, Wandschönern, Tassen, Brettern, ohne Blumenornamente und Gemälde auf den banalsten Gebrauchsgegenständen nun einmal nicht leben kann. Was die Qualität dieses „Schmuckes“ betrifft, ist es nicht anspruchsvoll. Unsere Wohnung ist aber für die Gestaltung unseres Lebens viel zu wichtig, als daß es noch länger angehe, Wohnungsfragen nur gefühlsmäßig zu beurteilen; wir müssen den Verstand zu Hilfe nehmen. Wir wollen die Wohnungsfrage einmal vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachten; das ist, sollte man meinen, ein Gesichtspunkt, für den jede Arbeiterfrau und jeder Arbeiter Verständnis haben muß. Von der Häßlichkeit der alten Wohnung wird man sowieso nicht viele durch bloßes Reden überzeugen können, da hilft nur das Beispiel und gute Ausstellungen.

Also fragen wir die Hausfrau nach den Unterhaltungskosten und der Arbeit der „gemühten“ Wohnung. Die vielen Decken, überflüssigen Gardinen, Wandschöner usw. verschlingen unnütze Anschaffungskosten; auch das Reinigen kostet viel Geld, selbst wenn man die Arbeit der Frau nicht in Rechnung stellt. Und schließlich sind und bleiben diese Dinge Staubfänger, die schon aus hygienischen Gründen abgeschafft werden sollten. Aber die häusliche Gemühtlichkeit fordert vor allem Arbeit und die Hausfrauen klagen: Es sieht trotz mühsamer Arbeit nie aufgeräumt aus; das Fensterputzen ist gefährlich, das Waschen so anstrengend und zeitraubend, daß die ganze Familie darunter leiden muß (besonders vor den Feiertagen, wenn die Gardinen mit gereinigt werden), und das Kochen umständlich, weil die Küche ungewöhnlich eingerichtet ist. In vielen Mietstuben muß sogar noch das Wasser auf dem Flur geholt werden, und wäscht man sich in der Stube, hat die Hausfrau — die doch meist das Mädchen für alles in der Familie ist — dauernd mit dem Wischlappen bei der Hand zu sein, denn Badestuben sind in Arbeiterhäusern selten. Noch viel mehr Dinge gibt es, über die sich eine Hausfrau mit Recht beklagen kann, wenn die Männer ihr das Recht dazu auch gewöhnlich mit dem Hinweis darauf bestreiten, daß einfach alle Hausfrauen klagen, was offenbar eine spezifisch weibliche Untugend sei. Damit ist nur nicht bewiesen, daß die Klagen grundlos sind; man wird daraus vielmehr auf allgemein verbreitete Mißstände schließen können. Die Arbeitsbelastung der Hausfrau hat eben ihren Grund in den ungewöhnlich gebauten und ungewöhnlich eingerichteten Wohnungen. Nach vorläufigen Schätzungen werden heute höchstens



gut eingerichtetes Schlafzimmer

5 Prozent aller Wohnungen so gebaut, daß sie den Anforderungen unserer Zeit einigermaßen genügen! 95 Prozent unserer Wohnungen sind also veraltet, auch wenn es sich um Neubauten handelt! Das ist ein trauriges Resultat, an dem zuletzt die Interessiertheit der Frauen am Wohnungsbau schuld ist. Es genügt durchaus nicht, daß gebaut wird, aus rein wirtschaftlichen Gründen muß verlangt werden, daß auch gute Wohnungen gebaut werden. Erst dann ist das Geld für den Wohnungsbau am besten verwandt.

Die Technik ist soweit, daß sie auch den Frauen im Haushalt helfen kann, aber sie wollen die Hilfe nicht annehmen. Sie können sich nicht umstellen, können nicht vieles Alte als veraltet anerkennen und über Bord werfen. Lieber bewältigen sie geduldig viel überflüssige Hausarbeit, oft genug noch neben dem Beruf. Die Arbeit der Hausfrau ist so billig — man braucht sie ja nicht zu bezahlen; darum beachtet man sie gar nicht. Sogar die Frauen selbst berücksichtigen sie nicht, und solange sie nur bei Geldeausgaben sparen und nicht auch mit ihrer eigenen Zeit und Kraft, werden sie aus der Sklaverei der veralteten Hauswirtschaft nicht befreit werden. Die heutige Wohnung wird der Tatsache nicht gerecht, daß zahlreiche Frauen erwerbstätig sein müssen. Ebenso fordern die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung gegenüber geringem Lohn, daß wir unsere Wohnung von wirtschaftlichen und praktischen Gesichtspunkten aus verändern. Für den modernen Menschen hat sie jetzt nur den Wert einer Behausung, eines notwendigen Unterkommens. Selbst für denjenigen, der mit seiner gefühlsmäßigen Einstellung zur Wohnung noch um ein halbes Jahrhundert zurück ist, ist sie unbehaglich, unhygienisch, zu eng und vor allem viel zu teuer. Hier liegt ein großes Arbeitsgebiet für die Frauen, auf dem sich jede sofort erfolgreich betätigen kann, denn B. Laut sagt mit Recht: „Die Frau muß bei sich anfangen und so weit kommen, wie der Mann organisatorisch vielfach im Bureau, in der Fabrik, in allen Berufen gekommen ist, in denen ein leiblicher Bewogener weilt. So wird schließlich die Frau als Schöpferin des Heimes auch die Schöpferin des Hauses.“ B. H.

Zur Tarifbewegung im Großhandel

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die am 17. Dezember vor dem schiedlichen Schlichter stattgefundenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Der Arbeitgeberverband, der nur durch seinen Spindlarsvertreter war, erhob Beschwerde gegen die Art des Schlichtungsverfahrens, das zum Schiedspruch vom 1. Dezember 1928 geführt hat. Der schiedliche Schlichter hält diese Beschwerde für so beachtenswert, daß er sich kaum in den nächsten Tagen entscheiden kann. Es ist also damit zu rechnen, daß leider kaum vor dem 29. oder 30. Dezember die endgültige Stellungnahme des Schlichters zu erwarten ist. Wir trennen auf die Bewegung nochmals an dieser Stelle zurück.

Im Lohnstreit der ostfälischen Textilindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien für den 21. Dezember zu Nachverhandlungen geladen, nachdem der Schiedspruch vom 6. Dezember von beiden Parteien abgelehnt worden ist.

Aushebung der Breslauer Frühjahrsmesse. Die Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft hat beschlossen, die Frühjahrsmesse 1929 ausfallen zu lassen. Statt dessen werden Großverkaufsstage abgehalten, die sich im November 1929 sehr bewährt haben.

Die portugiesische Polizei hat Berichten aus Lissabon zufolge in der Wohnung eines Landarbeiters in Oporto eine Anzahl von Gewehren, 3000 Schuß Munition und eine größere Zahl von Bomben beschlagnahmt.

Rebellierende Sportstudenten

Der an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen...

Die Anstalt ist im Jahre 1920 vom Deutschen Reichsaussschuß...

Die Schule ist ein Internat. Während der gesamten Studienzeit...

Das von der Schulverwaltung bisher durchgeführte Regiment...

Da die Hochschule für Leibesübungen fast gänzlich aus öffentlichen...

Die kommende Reform müßte aber vor allen Dingen mit dem...

Kommunale Anleihen ohne Ende - Dr. Rothe reißt sich an der Gemeindefammer

Ueber nicht weniger als zehn neue kommunale Anleihen...

Stadt Leipzig stand jedoch zur Genehmigung auf der Tagesordnung...

Aus der übrigen Tagesordnung ist vor allem noch erwähnenswert...

Das Ortsgesetz über das Wohlfahrtsamt der...

Schule bisher von einem bedenklichen Vorkriegsgeist befeuert war...

An die Schneeschuhläufer

Die hohe Schneelage lockt jetzt täglich ein Heer von Schneeschuhläufern...

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule

Dobla, 6 Grad Ralte, 25 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee, Sport sehr gut...

Leipziger Rundfunkprogramm

- Mittwoch, 19. Dezember. 10,50-11,00 Uhr: Dienst der Hausfrau. 14,15-14,45 Uhr: Ernst Smigolski, Komata Criska, Leipzig: Italienischer Unterricht.

Rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unheimlich. Ein wirksames Mittel dagegen ist die schneeig-weiße Creme Lador...

Wein. Hochf. echte Liköre, Fl. 3,00 u. 3,50. Deutscher Weinbrand Fl. v. 3,00 an. A. Friese Grimm Steinweg 11

KÖHLER Nähmaschinen zu denkbar günstig Zahlungsbedingungen. Köhler-Nähmaschinen G.m.b.H. Passage Specks Hof

Meinen lieben Geschäftsfreunden sowie den geehrten Vereinsvorständen zeige ich hiermit an, daß ich einen neuzeitlich eingerichteten Ausstellungsraum mit Laden...

BERÜCKSICHTIGT DIE INTERESSEN DER LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Teppiche in allen Qualitäten preiswert und schön. Teppiche ca. 200x300 ca. 165x235 ca. 130x200. Vorlagen in verschiedenen Größen...

Stellenangebote Schneidergehilfen. P. rietker Deckenmacher für Deckenmaschine zum sofortigen Antritt in dauernder Stellung bei hohem Lohn gesucht.

Kaufgesuche Gold, Silber, Brillant, Gebisse kauft Hans Dünkel Promenadenstraße 26

Ihr Anzug wird wie neu gerichtet u. gebügelt. 45 St. Abhol u. Aufrei. Kostengünstig u. Reinlilauna „Udine“ L. Hölitz-Burckhardtstr. 4

31.- Moderner Anzug oder Mantel. 39.- fertige Ich Ihnen inkl. guter Zutaten zu nebstehenden Preisen an Lieferung prompt in ca. 10 Tagen. 48.- Ein Versuch und Sie sind dauernder Kund. Eleg. Herren-Moden Fortschritt nur Weststr. 61



Aus der Umgebung

Eine Stadt ohne Wasser

Das verfallene Deltischer Wasserwerk stillgelegt.

Die dicht an der sächsisch-preussischen Grenze gelegene Stadt Deltitz ist seit einigen Tagen ohne Wasser. Die Ursache der Wasserkalamität ist darauf zurückzuführen, daß das Deltitzer Wasserwerk, mit seinen veralteten Betriebseinrichtungen, kein Wasser mehr liefern kann. Betriebe und Haushaltungen sind angewiesen, das für den täglichen Bedarf notwendige Wasser aus Brunnen zu entnehmen. Die starke Juan-Prüfung der Brunnen hat im Gefolge, daß auch diese zu erschöpfen drohen. Besonders schlimm macht sich das Verfall der Wasserleitung im Krankenhaus zu Deltitz bemerkbar. Die Heizanlage dieser Krankenanstalt mußte stillgelegt werden, weil den Heizkesseln kein Wasser zugeführt werden konnte. Die Kranken müssen in kalten Zimmern kampieren.

Sachverständige haben festgestellt, daß das vor 25 Jahren errichtete und jetzt längst überaltete Werk mindestens einige Wochen stillliegen muß, um die unbedingt notwendigen Reparaturen ausführen zu können. Die Aufsichtsbehörden haben die für das verfallene Wasserwerk verantwortliche Stadtverwaltung angewiesen, einen Kolbetrieb einzurichten, der darin besteht, daß mehrere Motorpumpen aus größeren Brunnen Wasser in das Rohrnetz drücken. Wie lange sich eine solche behelfsmäßige Wasserversorgung trotz größter Sparmaßnahme der Abnehmer durchführen läßt, ist ungewiß.

Unterlagen eines Bürgerlichen

Eine gut besuchte Einwohnerversammlung in Sehlis beschäftigte sich nach einem Referat des Genossen Frenzel mit Unregelmäßigkeiten, die sich bei der bisherigen nebenamtlichen Gemeindeführung herausgefunden haben lassen. Es fehlten rund 5000 Mark Steuererlöse in der Gemeindeführung, ein für die kleine Gemeinde hoher Betrag, der nur in einem längeren Zeitraum unterlagern sein kann. Mißstände dürften indirekt der Bürgermeister sein, der es an der nötigen Kontrolle hat fehlen lassen und nicht schon eingeschritten ist, als vor Monaten in einer Hausbesitzerversammlung belastet des Material vorgetragen wurde. Es sind auch Forderungen von Steuerpflichtigen erfolgt, die die Steuerbeiträge bezahlt hatten, wegen denen sie gepfändet wurden. Diese Steuerzahler warten heute noch auf die Kostenerstattung der zu Unrecht erfolgten Pfändungen. Wenn die Arbeitervertreter des Gemeindeparlamentes nicht auf Unterbrechung der Sache gedrängt und nicht die nötigen Schritte unternommen hätten, läge vielleicht jetzt noch Dunkel über der Affäre. Die Unterbrechung läuft jetzt bei der Staatsanwaltschaft.

Zu der Einwohnerversammlung wurden schwere Vorwürfe gegen den Bürgermeister erhoben, dem die Gemeindeordnung nach ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint. Einen Haushaltsplan haben die Gemeindeverordneten noch nicht beraten können, weil ihnen vom Bürgermeister keine vorgelegt wurde. Auch sonst läßt seine Führung der Bürgermeistergeschäfte viel zu wünschen übrig. Selbst aus den Ausführungen der politischen Freunde des Bürgermeisters klang heraus, daß man ihn nicht in allem deuten kann. Der Warrer gab zu, daß der Bürgermeister nicht immer richtig gehandelt habe. Zu erkennen war, daß die Bürger-

lichen Gemeindeverordneten mit dem Bürgermeister, hinter dessen Rücken sie auf das Gemeindeoberhaupt nicht genug schimpfen können, durch die und dann gehen, weil er einer der übrigen ist. Mit 21 gegen 17 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 14. Dezember 1928 im Gasthof versammelten Einwohner von Sehlis machen den Bürgermeister für die Fehlleistungen für die Fehlleistungen in der Gemeindeführung mit Verantwortung. Auf seine Veranlassung ist mit der Steuererhebung ein Mann nebenamtlich betraut worden, dessen schlechte wirtschaftliche Lage leicht zur Veruntreuung von Steuergeldern führen konnte. Die dem Steuereinnahmer für seine Mühewaltung gezahlte Entschädigung bot keine ausreichende Sicherung gegen die Gefahr der Veruntreuung von Steuergeldern. Die Veruntreuung können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kontrolle des Steuereinnahmers durch den Bürgermeister ungenügend war, nicht mit der Sorgfalt geführt worden ist, wie es von einem verantwortlichen Leiter der Gemeinde erwartet wird und daß der Bürgermeister die Unterhaltungen des Steuereinnahmers zu verschleiern versucht hat.

Die Versammelten erklären, daß der Bürgermeister für die Fehlleistungen nicht mehr ihr Vertrauen besitzt und erwarten, daß er freiwillig von seinem Amte zurücktritt. Wenn geheime Abstimmung über die Entschädigung erfolgt wäre, hätte sich eine größere Mehrheit ergeben.

Schwerer Autounfall

Ein Todesopfer.

Am Montagmorgen gegen 1/2 11 Uhr ereignete sich auf dem Wege zwischen Tauscha und Panitzsch ein schwerer Autounfall, dem leider auch ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Ein mit acht Personen besetztes Mietauto aus Borsdorf kam kurz vor Panitzsch auf der mit Schnee und Eis bedeckten Straße ins Rutschen, wobei der Wagen dicht an einen Baum geriet. Hierbei wurde die Windschutzscheibe zertrümmert und das Verdeck zerissen. Ein 19jähriger junger Mann aus Panitzsch, der neben dem Wagenführer saß, wurde so schwer von dem Baumstamm an den Kopf getroffen, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus St. Jakob in Leipzig seinen Verletzungen erlag. Außerdem wurde noch ein junges Mädchen aus Panitzsch erheblich verletzt; die übrigen Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Großbütteln. Aus der Gemeindeverordneten-Versammlung. Vom Eingang des Geschäftsberichts des Sächsischen Gemeindefesttages wird Kenntnis genommen. Wegen Gewährung einer Weihnachtshilfe an Kriegsgeldbesitzer, Klein- und Sozialrentner usw. wird der Finanzausschuß mit den Vorarbeiten beauftragt. — Ueber die vom Bezirksverband festgesetzten endgültigen Mieten für die durch die Gemeinde errichteten Wohnungen wird Bericht erstattet. — Das im Entwurf vorgelegte baurechtliche Ortsrecht wird bis auf eine Abänderung einstimmig genehmigt und der Amtshauptmannschaft zur Genehmigung eingereicht. — Auch das Ortsrecht über die Anlage eines Obststuhls für die Gemeinde wird genehmigt. — Weiterhin wird dem Ortsrecht über die baupolizeiliche Überwachung von Bauten durch einen Bau- und Sachverständigen Zustimmung erteilt. — Auf die Ausübung des Vorkaufsrechts für zwei Siedlungsgelände wird verzichtet.

Großsch. Aus der Partei. Sozialdemokratie und Reichsbanner laute das Thema, über das Genosse Niemann, Leipzig, in der letzten Parteiversammlung sprach. Seine Ausführungen waren in der Hauptsache Enttäuschungen der von verschiedenen Parteimitgliedern gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe. Leider ging der Referent nicht ausführlicher auf die Einstellung maßgebender sächsischer Genossen zur sogenannten Reichsbannerideologie ein. Die Absicht des Genossen Niemann, die

Großsch. Reichsbannergruppe durch werbende Worte, vor allem an die jugendlichen sozialistischen Elemente wieder fluttubekommen, möge von bestem Erfolg sein! — Ferner stand eine Notiz aus den Mitteilungen für Gemeindevertreter, Bezirk Leipzig, zur Aussprache. Dort wurde geschrieben, daß die hiesigen sozialdemokratischen Vertreter im Rats- und Stadtverordnetenkollegium entgegen den kommunalpolitischen Richtlinien unserer Partei den nicht sozialdemokratischen Bürgermeister auf 12 Jahre gewählt habe. Die fraglichen Richtlinien verlangen aber in jedem Fall nur eine Wahl von sechs Jahren. Hiergegen sagen die Sprecher unserer Kommunalpolitiker, daß sie an ein Ortsrecht gebunden sind, welches eine zwölfjährige Wahlperiode vorsieht. Die Sächsischen Gemeindeordnung enthält allerdings eine durch Ortsrecht zu regelnde Kandidatur für solche Fälle. Wollten unsere Genossen den Richtlinien entsprechen, so hätten sie in erster Linie das Ortsrecht dahingehend abändern müssen. Von hier aus läßt sich leider nicht beurteilen welche Interessen bei Formulierung des amindigen Ortsrechtparagrafen ausschlaggebend waren. Die Notiz spricht noch von einem Vertrauensvorschuß. Wir möchten den Wunsch anfügen, daß aus dem nun unabänderlichen Zustand keine belastende Vertrauenskrise für unsere sächsische Parteibewegung sich herausbilde.

— Der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes für Freidentertum ist es gelungen, den allseitig bekannten Spezialforscher, Genossen Dr. med. Johann-Berlin, für den 2. Januar 1929 zu einem Vortrag nach Großsch zu gewinnen.

Abtaundorf. Sitzung der Gemeindeverordneten. Die vorläufige Bezirksumlage beläuft sich für die Gemeinde Abtaundorf jährlich auf circa 3200 Mark. Auf Vorschlag des Finanzausschusses wird die Jahresabrechnung 1927/28 einstimmig richtiggeprüft. Einer Gemeindeamtsrevision durch die Gemeindeverordneten am 9. November 1928 folgte Ende November eine Revision durch die Amtshauptmannschaft, die mit dem Ergebnis endete, daß außer einigen formalen Angelegenheiten, alles in bester Ordnung befunden worden ist. — Zur Pflasterung der Birnenallee werden circa 800 Tonnen Klempflaster gebraucht. Die Lieferung der Pflastersteine ist dem Altenhainer Hartsteinwerk zugesprochen worden. Wegen der Anfuhr der Steine sollen Kostenanschläge eingeholt werden. — Einstimmig beschließt man das Legen der Wasserleitung nach dem neuen Gemeindehaus, unter den vom Wasserwerk Leipzig aufgestellten Bedingungen. Es entspann sich dabei eine Debatte darüber, ob ein Teil dieser Kosten auf die antwortenden Bewohner umgelegt werden soll. Die Sozialdemokraten vorzuziehen den Standpunkt, daß die Kosten des Legens der Leitung zu Lasten der Gemeinde zu gehen haben, höchstens könnten die laufenden Ausgaben (Wasserröhre) auf die Bewohner des Gemeindehauses umgelegt werden. — Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den in der Nähe liegenden Besitzern betreffs Anschlusses an das neue Netz zu verhandeln. Der Einbau eines Hydranten soll vorgesehen werden. — Der gemischte Wohlfahrtsausschuß wird beauftragt, nach den Richtlinien der Amtshauptmannschaft die Verteilung der Winterhilfe an Minderbemittelte und Bedürftige vorzunehmen. — Als Vertreter für den Elektrizitätsgemeindeverband wurde Bürgermeister Genosse von der Ag in geheimer Wahl auf die nächsten drei Jahre gewählt. — Als Schöffen zum Amtsgericht werden die Gemeindeverordneten Riebel als Hausbesitzer und Genosse Ebert als Mieter in Vorschlag gebracht.

Eilenburg. Keine Weihnachtshilfen für die städtischen Arbeiter. Bekanntlich war in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, daß den städtischen Arbeitern eine Weihnachtshilfe gewährt werden sollte. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen, diesem Beschluß nicht beizutreten, da der Stadtwahlkommission vom Mitteldeutschen Unternehmerverband im Falle der Durchführung dieses Beschlusses eine Konventionsstrafe in Höhe von 9500 Mark angedroht ist. Der Magistrat will nunmehr den städtischen Arbeitern einen zurückzahlenden Vorschuß gewähren.

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Reiker Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung
Leipzig, Tel. 34121 u. 34011, Geschäftsraum, vorm. v. 9-12 Uhr nachm., 1/5-1/7 Uhr Sonnabends vorm. 9-12 Uhr
Heizungsmonteur und Helfer Sonntag, den 23. Dezember 1928, 10 Uhr, im Volkshaus Volleversammlung. Die Versammlung findet statt an Stelle der üblichen Versammlung am 3. Feiertag.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied am Montag, dem 17. Dezember 1928 früh 1/8 Uhr, im 38. Lebensjahre mein lieber, treusorgender Gatte und innigstgeliebter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, Herr
Paul Lüdecke
Leipzig N 23, Lauhestraße 16, I.
In tiefster Trauer
Anna verw. Lüdecke geb. Müller, Tochter und Eltern.
Die Einäscherungsfeier findet Donnerstag, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des Südrindhofs statt.

Gute Drucksachen
von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in Ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenauslagen (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billigster Preisberechnung.
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Fernsprecher Nr. 7226

Bequemste Teilzahlung
Bis 8 Monate (32 Wochen) event. ohne Anzahlung
Herren- u. Damen-Bekleidung
Leib- u. Bettwäsche, Schuhwaren, Hüte, Sprechmaschinen, Schallplatten, Reformbetten
Gebr. Fuchs
Das Haus der guten Qualitäten
Nur Johannesplatz 5, I.
neben Sachsenhof
Sonntag geöffnet!

Möbel
Trotz des Stetigens der Preise verkaufe
Schlafzimmer
ladiert von: 60, 360, 675 bis 900 M.
echt Eiche v. 450, 575, 700 bis 1200 M.
echt Kirsch v. 650, 750, 1000 bis 1200 M.
Nabau u. Birke von 700 bis 1800 M.
Speisezimmer
echt Eiche und Kirschbaum
von 375, 500, 600, 750 bis 1200 M.
Herrenzimmer echt Eiche
von 300, 450, 600 bis 1500 M.
Küchen ladiert und ladiert
von 125, 180, 250, 300 bis 600 M.
Befestigung sehr haltbar
Bequeme Zahlungsweise
Zwanzigjährige Garantie. Transport frei
Bei Kassa 10%
Möbel-Raschig
Leipzig-Plagow, Karl Heinostr. 61
(früher Sattenberg)

Schirme für Damen, Herren und Kinder
das schönste Weihnachts-Geschenk
Bekannt gute Qualitäten / Große Auswahl / Beste Neuheiten / Billigste Preise
Unsere Warenhäuser sind Sonntag, den 23. Dezember von 12 bis 6 Uhr geöffnet
Konsumverein Leipzig-Plagow u. Umg. e. G. m. b. H.
Plagow-Rindenu, Josephstraße 44-46 / Reudnitz, Dredner Straße 55 / Connewitz, Südstraße 109
Gohlis, Hallische Straße 114
Abgabe nur an Mitglieder / Aufnahme in allen Verteilungsstellen



Was ist denn das nun?

Wenn eine christlich-deutsche Zeitung vorne im Leitartikel den Rückgang der Geburten als nationales Unglück beklagt und den Lesern ans Herz bindet, daß es ihre sittliche Verpflichtung sei, „Bequemlichkeit und persönlichen Egoismus“ zurückzustellen und möglichst viele Kinder in die Welt zu setzen, um sie — nach Johann Fische's Wort — „nicht nur sich, sondern auch den Gespitten und einer ganzen Stadt und Gemeinde“ zu erziehen — was ist denn das also nun, wenn dieselbe Zeitung hinten in dem Inseratenteil folgenden Ausruf ausnimmt:

„Welch ebedenkende Leute nehmen von armen, treudeutschem Mädchen Christkind als eigen an? Jesu Christen unter...“

Das treudeutsche Mädchen, das sich so hübsch in die treudeutschen Inseratenspalten fügen, ist ja ein armes, barmherziges, weiches Weib, das ganz offenbar „Bequemlichkeit und persönlichen Egoismus“ zurückgestellt hat; wer aber übernimmt nun die Erziehung des „Christkindes“ für die Gespitten und die ganze Stadt? Außerdem — wenn es vorne den Leitartikel des treudeutschen Blattes gelesen hat, der „die Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern“ kategorisch ablehnt, wie muß das hinten dem treudeutschen Mädchen ob seines Christkindes weh tun! Was ist denn das nun...?

Und was ist denn das nun, wenn dieselbe Zeitung vorne im Leitartikel die moderne Kameradschaftsehe temperamentvoll ablehnend, die Heiligkeit und Reinheit, also offenbar nur die im Himmel, aus echter Liebe geschlossene und von allen Gelddingen befreite bürgerliche Ehe verteidigt — was ist denn das nun, wenn hinten im Inseratenteil folgendes angeklagt steht:

„Kaffige Frau, Anfang der Vierziger, mit eigener Villa, vornehmes Heim, 800 M. monatlich Zinsengenuß, seht sich nach Eheleuten an der besten Kreise.“

Verstört! Suchen hinten auch schon die besten Kreise jene Kameradschaftsehe, die vorne so hart verpönt worden ist? Und was wird der temperamentvolle Leitartikel von vorne dazu sagen, wenn er die Heiligkeit der Bourgeoisie hinten für 800 Reichsmark monatlich und eine vornehme Villa verhandelt sieht?

Und was ist denn das nun, wenn die christlich-deutsche Zeitung vorne jammert, „die eigentliche Würde der Ehe würde aufgehoben“, „wenn eine Reform des Ehescheidungsrechtes das bloße Auseinanderlaufen“ ermöglichen würde — wenn da hinten in derselben Zeitung das Inserat steht:

„Ich suche Fräulein oder Witwe, um in ein Geschäft einzuhelzen. Habe 6000 M. Ersparnisse, bin geschieden (unschuldig)...“

Auseinanderlaufen, in ein Geschäft zusammenlaufen? Ob da dem Leitartikelschreiber vorne, wenn hinten solche Dinge in den besten Kreisen gesehen, nicht am Ende gar noch die Kameradschaftsehe besser zu gefallen anfängt?

Vorne — hinten, Leitartikel — Inserat, also, was ist denn das nun...? Wie nennt man denn so etwas?

Die Sexualnot der Studenten

Daß es eine sexuelle Frage gibt, hat sich inzwischen auch schon bei den Deutschen christlichen Studenten herumgesprochen. Es müßte etwas geschähen, da ansonsten die Gefahr besteht, daß so klare Köpfe wie Hobann oder Fische's die künftigen Funktionäre der herrschenden Klassen eher aufgeküßt haben, als bis die Verdummungsarbeiten ihre wohltuende Wirkung getan haben würden. So verdrückt sich denn, einem Zug der Zeit sich fügend, der Leipziger Kreis dieser christlichen Studentenvereine einen richtiggehenden Arzt; — denn ein Arzt muß das ja wohl sein. Viele Mediziner haben allerdings von Sexualpathologie so gut wie keine Ahnung, und nur darauf kommt es bei der „Aufklärung“ an; denn das Technische, das wissen selbst Studenten. Doch da der „Onkel Doktor“ für viele oberflächliche Gegenwartsfragen das selbe ist, wie für den Primitiven der Medizinmann und Zauberer — weshalb soll er nicht mal auch von Dingen reden, die ihm jerner liegen?

„Student und sexuelle Frage“ besprach im überfüllten Hörsaal Dr. med. Vermeil, Chefarzt des Diakonissenhauses in Braunschweig; es wäre besser gewesen, er hätte sich weniger als Braunschweiger und mehr als Schweizer eingeführt. Was er sagte, war zu einem Teil platt, weil selbstverständlich; zum zweiten war es falsch, weil wissenschaftlich strittig; über überholt; zum dritten war es überhaupt keine Wissenschaft, sondern religiöses Märchen. Zu den Selbstverständlichkeiten gehörten einige Daten über das Geschlechtsleben und was sich da so tut. Zu dem, was falsch dargestellt wurde, gehörte die der Schauerpädagogik des vergangenen Jahrhunderts entnommene Meinung von der Neuraufbebung durch Onanie und überhaupt das molle, was über Onanie, Homosexualität und andere „Verirrungen“ gesagt wurde. Daß „eheliche Verhältnisse, freie Liebe, Kameradschaftsehe und Prostitution in einem Topf gemorfen wurden, das nimmt uns bei unserer Vertrautheit mit christlicher Toleranz gar nicht weiter Wunder. Ueherall waren es halbe Wahrheiten, die den „Kommunikationen“ mitgeteilt wurden und die gefährlicher wären als ganze Lügen — wenn nicht selbst christliche Studenten, wie das amerikanische Beispiel nach Entbinen beweist, allmählich trotz mediznischer und christlicher Pfaffen zur Vernunft kämen.

Wir erziehen von Goern Vermeil so nebenbei, daß bewußtlose — man bedene — nicht nur Mädchen der arbeitenden Klasse nuchlos die ungeschickten Männer verführen täten, nein, sogar schon die Mädchen „un'reser Kreises“ bieten sich an! Dann wurde uns mitgeteilt, daß die deutsche Geburtenzahl unbedingt heraufgehoben müsse, weil Deutschland zur Zeit Selbstmord treibe. Früher seien vier Kinder die Regel gewesen, aber jetzt: kein Kind! Deshalb, besthende Klasse, schaffe Menschen nach deinem Bilde! „Ohne mich“ höre ich die deutschen Akademiker wie aus einem Munde rufen. Und schließlich erfahren wir, daß Enthaltsamkeit (oder das, was man so nennt) bis zum 24. Lebensjahre und darüber hinaus nichts schade. Die medizinische Fakultät der Universität Halle hat das 1917 in einem Gutachten erklärt, einstimmig; und die Herren Geheimräte müssen das ja aus ihrer eigenen Studententzeit wissen...

Die letzte Werteskunde war egal bloß von Gott, Christus, der Gnade, Sünde, Anfechtung und ähnlichen marktgängigen Waren die Rede. Wenn man es nicht besser gewußt hätte, würde man geglaubt haben, man höre einem Pfarrer zu. Wir müssen allerdings zu unserem Bedauern feststellen, daß manche schlauen Priester heute bereits mehr von der Sexualität wissen als ein christlicher Chefarzt. Was Vermeil zum „Auf seines weisen Vortrages tat, war ein grandioser Kreislauf. Der Kebe Gott ist ein Abkömmling der kindlichen Sexualität; mit ihm vor großen Kindern die sexuelle

Der Wohnungsbau in Leipzig

Nur langsam schritt bisher der Wohnungsbau in Leipzig fort. Erst in diesem Jahre ist ein etwas flotteres Tempo eingeleitet worden. Leider auch noch nicht mit dem Erfolge, sofort mehr Wohnungen fertigzustellen. Dennoch sieht zu erwarten, daß in nächsten Jahre sich ein beträchtliches Mehr an neu erstellten Wohnungen gegenüber den Vorjahren ergibt. In der bürgerlichen Presse sind wiederholte Angriffe gegen den Genossen Freitag erhoben worden.

Dabei steht fest, daß gerade Genosse Freitag in der kurzen Zeit seiner Amtsausübung alles in Bewegung gesetzt hat, den Wohnungsbau zu beschleunigen. Er hat dem Wohnungsbauprogramm für 1928 in wenigen Monaten drei Bauabschnitte hinzugefügt. Daß bei weitem nicht alle geplanten Bauten fertiggestellt werden konnten, ist nicht seine Schuld. Das liegt daran, daß auch das Hochbaupamt noch einige Zeit braucht, um die beschlossenen Bauten in Grundriß und Siedlungsgruppierung angreifbar zu machen.

Die Wohnungsnot in Leipzig ist riesengroß, am größten von ganz Sachsen. Schon bei der letzten Wohnungszählung im Jahre 1927 wurde festgestellt, daß es in Leipzig 26 000 wohnungslose Familien gibt. Heute steht es in dieser Beziehung noch nicht viel besser. Die Wohnungsnotziffer, die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 1 000 Einwohner, liegt in Leipzig hoch über dem Landesdurchschnitt. Sie beträgt 38,41, während der Landesdurchschnitt rund 22 ist. Es müßten in Leipzig über 13 000 Wohnungen errichtet werden, ehe es die Landesdurchschnittsziffer erreicht.

Die Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 hat ergeben, daß in Leipzig 178 922 Wohnungen vorhanden sind, während die Zahl der Haushalte 200 874 ist. 21 952 Haushalte sind demnach ohne eigene Wohnung. Aber zu diesen rund 22 000 Haushalten kommen noch weitere 4183 Familien, die mit anderen Familien einen gemeinsamen Haushalt führen. Die Gesamtzahl der wohnungslosen Familien betrug am Jahrtage also 26 115.

Andererseits gibt es in Leipzig 18 063 Einzelpersonen, die im Besitze von Wohnungen sind. Diese Einzelpersonen pflegen abzuvermieten. Die Mieter zahlen durchweg ganz horrenden Mietbeträge, um so mehr, als meist mit der Vermietung der Wohnräume noch einige Dienst- oder sonstige Leistungen verbunden werden, für die die Mietergrenzen so leicht nicht sichtbar sind.

Ueber alle diese Dinge unterrichtete gestern Stadtrat Genosse Freitag die Vertreter der Leipziger Presse. Er wies dabei auch darauf hin, daß, wenn man sich überdies die Hand auf diese Wohnungen der Einzelpersonen legen könnte und nur in Fällen besonderer Härte darauf verzichtete, etwa 12 000 Mieter zu Hauptmietern gemacht werden könnten.

In Leipzig gibt es 8 000 vordringlich wohnungsberechtigte Familien und überdies 2 000 bevorzugt vordringliche Familien. In 6 800 dieser Familien sind über 14 000 Kinder. In 20 333 Wohnungen hausen zwei und in 1032 sogar drei Haushaltungen.

In einem Hause in der Hildegardestraße, das noch dazu baufähig ist, hausen

13 Personen in drei Räumen.

Wohnliche Verhältnisse sind am Marktäckirchhof, in der Körnerstraße sowie in der Gerberstraße und anderswo anzutreffen. Besonders schlimm steht es um die Familien, die in Kellerwohnungen gebauet sind. Solche Familien gibt es bei in Leipzig. Von weiteren sind auch noch

1250 Wohnungen bewohnt, die seit langem abbruchreif und nur wegen der großen Wohnungsnot noch zur Bewohnung zugelassen worden sind.

Die zur Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände unternommenen Wohnungsbauten erreichen sich wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die nachfolgenden Zahlen mögen das des näheren dartun. Es sind in Leipzig

Table with 4 columns: im Jahre, städtische Wohnungen, private Bauten, fertiggestellt. Rows for years 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, and totals for each year.

Danach beträgt die Zahl der insgesamt in den Jahren 1924 bis 1928 fertiggestellten Wohnungen 4780. Im Jahre 1929 wird die Zahl der fertiggestellten Wohnungen voraussichtlich nicht unbedeutlich größer sein als in den Vorjahren. Zunächst sind noch 1694 Wohnungen aus dem diesjährigen Bauprogramm zu vollenden. Außerdem hofft Genosse Freitag auf die Mittel für reichlich 3000 neue Wohnungen.

Wenn sich keine Hoffnungen erfüllen, wird die Zahl der im nächsten Jahre zu erstellenden Neuwohnungen fast zwei Drittel der gesamten Wohnungsneubauten der Jahre 1924 bis 1928 ausmachen.

Außerdem beabsichtigt Genosse Freitag, beim Rate und bei den Stadtverordneten sich dafür einzusetzen, auch eine gewisse Anzahl von Kleinwohnungen von etwa 50 Quadratmetern zu bauen. 25 Prozent der Wohnungssuchenden verlangen Wohnungen, die Küche, Kammer und Küche enthalten. Warum solle man diesem Verlangen nicht nachkommen, da doch dadurch mit den gleichen Mitteln einer größeren Zahl von Wohnungslosen um so schneller eine Wohnung beschafft werden könnte. Man brauche nur den Grundriß dieser Kleinwohnungen so zu wählen, daß später, wenn die Wohnungsnot überwunden ist, zwei Wohnungen zu einer oder drei zu zwei Wohnungen zusammengelegt werden können. Dann bleiben diese Bauten in späteren und hoffentlich besseren Zeiten den Anforderungen entsprechend. Auch unserer Meinung nach wird es eine dankenswerte Aufgabe sein, diesem Gebante nachzugehen. Wir erinnern an die Ausführungen auf der Gemeindevorsteherkonferenz, die vor wenigen Wochen hier in Leipzig abgehalten wurde. Auch auf dieser Konferenz wurde allgemein der vorkommenden von Freitag geäußerten Auffassung zugestimmt. Die Realisierung dieses Gebantes bringt uns schneller aus den furchtbaren Tiefen des Wohnungselends heraus. Daß die Wohnungskultur, deren Pflege ohne Zweifel eine ernstlich zu lösende Aufgabe gerade der proletarischen Gemeindevorsteher ist, darunter nicht zu leiden braucht, bedarf wohl nicht besonderer Darlegung. Denn sobald die Wohlthätigkeit von heute aufgegeben werden können, ist auch die Möglichkeit gegeben, aus den heute der Wohnungsnot en'g genwirkenden Kleinwohnungen auch weitergehenden Ansprüchen gerecht werdende Wohnungen zu machen. Nur möglichst schnell vorwärts! Mit allen Kräften raus aus der Wohnungsnot!

Frage lösen zu wollen, das würde nur ein Münchhausen fertigbringen, der sich am eigenen Jopf aus dem Sumpfe zieht.

In zwanzig Jahren, wenn die heutigen Studenten selber Chefarzte, Richter, Pastoren und Regierungsräte geworden sind, will ich wieder mal einen von ihnen im überfüllten Hörsaal über die sexuelle Fragegeheimnisse reden hören (wofern wir bis dahin nicht alle infolge Geburtenrückganges ausgestorben sein sollten). Hoffen wir, daß dann die Gnade Gottes ihnen endlich endgültig die Kraft verliehen haben wird, mit der „Sünde“ fertig zu werden! Homo.

Besucht die Weihnachtsmesse im Volkshaus!

Die Weihnachtmesse der Leipziger Arbeiterschaft, über die wir noch ausführlich berichten werden, ist täglich im Volkshaus von 15 bis 19 Uhr (und am Sonntag von 15 bis 23 Uhr) geöffnet. Diese Ausstellung, die sich in früheren Jahren einer lebhaften Anteilnahme durch die organisierte Arbeiterschaft erfreute, bietet auch diesmal allen Gelegenheit, für die Weihnachtseinkäufe das Beste und Zweckmäßigste preiswert zu besorgen. Die Buchhandlung der Leipziger Buchdruckerei-A.G., Gewerkschaftsartikel, Konsumverein, Dewog u. a. sind an der Weihnachtsmesse beteiligt. Niemand verläume, sie rechtzeitig zu besuchen!

Eis- und Rodelbahnen

Das städtische Amt für Leibesübungen teilt mit: Die Stadt Leipzig wird, sobald die Witterungsverhältnisse die Voraussetzung dafür geben, wie im vergangenen Winter 10 Eisbahnen und fünf Rodelbahnen im Stadtgebiete Leipzig als Freibahnen in Betrieb nehmen. An Eisbahnen sind vorgesehen die Plätze an der Dauthe- und Kregelstraße, an der Wundtstraße, nördlich des „Streitfeldes“, an der Schönefelder und Bernburger Straße, die Teiche im Sülzinger Park, im Grotzschpark, am Rosental, der hintere Teich im König-Albert-Park und das Elster-Hochschulbad. Rodelbahnen werden betrieben im Schönefelder Volkspark, am Rosentalhöfchen, im König-Albert-Park, auf dem Spielplatz am Schloßweg in L.-Kleinmähder und in der verlängerten Hauschildstraße. Die Bahnen werden in den Abendstunden beleuchtet und von früh bis abends 10 Uhr beaufichtigt. Die kleineren Rodelbahnen in Kleinmähder und Lindenau werden nur während der Tagesstunden betrieben und beaufichtigt.

Die Vorbereitungen zur Einrichtung der Bahnen sind bereits beendet. Die Bahnen sind alle mit den nötigen Abperrungen, Einräumungen, Buden usw. versehen worden, so daß der Betrieb bei geeigneter Witterung sofort erfolgen kann.

Das Amt für Leibesübungen macht besonders darauf aufmerksam, daß zur Vermeidung von Unglücksfällen die Rodelbahnen und die auf den Flüssen, Flußinnen und Teichen entstehenden Eisflößen erst dann betreten bzw. benutzt werden dürfen, wenn sie freigegeben und unter Aufsicht gestellt worden sind. Die Stadtgemeinde Leipzig

lehnt für Schäden, die durch unberechtigtes Betreten der Bahnen entstehen, die Haftung ab. Da erfahrungsgemäß bei Einritt der Rodeler infolge Betretens der sich bildenden dünnen Eisschicht vornehmlich durch Ränder Eisbrüche vorkommen, werden die Eltern ganz besonders gebeten, ihre Kinder auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und ihnen das Betreten der Eisdecken zu unterjagen. Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß den Anordnungen der mit einem Ausweis versehenen Aufsichtspersonen unbedingt Folge zu leisten ist.

Sitzung der Stadtverordneten

Die Stadtverordneten halten ihre nächste Sitzung am Mittwoch, dem 19. Dezember 1928, 18 Uhr, ab. Tagesordnung: Uebernahme der „Städtischen Speiseanstalten Leipzig“ in eigene Verwaltung, Einlösung der Einheitsfürsorge (Einspruch), Bedarfsfälle in der offenen Fürsorge, Eintritt in die Gesellschaft sächsischer Jugendberufshilfen usw., Mißstände im Rindergarten und Tagesheim an der Dittstraße und Grundfrage für die Anstellung von Rindergärtnerinnen, Verzichtliche Verlegung der Schulen, Rindergärten usw., Nachtrag über den gemischten Schulausschuß und den gemischten Pensionsauschuß zur Schulordnung der Stadt Leipzig, Leistungsschule (Festgabe), Sondermaßnahmen für Erwerbslose (Einspruch), Labenschluß am Weihnachtsheiligabend, Verwaltungsgeschäfte für den Arbeitsnachweis, Wohnungsbauprogramm 1928 (Nachtrag), Bebauung von Leipzig-Connewitz-Nordwest, Baustelle Nr. 4 (von Baustelle D) an der Montebestraße, Stünzer Weg (Vanderwerth), Verlegung des Altpflanzwerks, Friedhof in Leipzig-Sellerhausen (Grabstellengeld), Haushaltsplan 1928 (Minderberichtigung des Rates), Mobiliar für die Grundfeuerabteilung, Theater (Kraftwagen, Chor- und Tanzpersonal), Bürgerschaften für 2 Vereine, Entschluß über den gemischten Ausschuß für das Beschäftigungsamt, Einrichtung einer öffentlichen Rechtsanwaltsstelle, Friedhofsamt (Umgestaltung usw.).

Schlägerei zwischen Vater und Sohn

Der Vater gestorben — Erwürgt oder Derschlag? Montag mittag geriet der 33 Jahre alte Maschinenarbeiter Paul Hermann Schirmer mit seinem Vater, dem 67 Jahre alten Fürsorgeempfänger Paul Sch., in der elterlichen Wohnung in Leipzig-Lindenau, Demmeringstr. 80, in Streit, der in Tötlichkeitsausartete. Hierbei hat Sch. seinen Vater am Hals gewürgt, worauf dieser zusammenbrach. Schirmer versuchte nunmehr bei verschiedenen Ärzten in L.-Lindenau Hilfe herbeizurufen. Da ihm dies nicht gelang, holte er einen Sanitätshelfer von der Sanitätsstation in der Demmeringstraße herbei, der den Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen versuchte. Ein sodann sofort herbeigerufenen Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Nach den kriminalpolizeilichen Erörterungen soll der Gestorbene schon seit Jahren mit seinen Familienangehörigen — die Frau ist j. Z. verweist — in Streitigkeiten gelockt haben. Die Familienverhältnisse sollen stark zerrüttet sein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und an das Institut für gerichtliche Medizin überwiesen, wo die wirkliche Todesursache festgestellt werden wird. Der Täter wurde festgenommen. Er wird der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Wo ruft die Pflicht?

Ordnungsverbände der SPD Groß-Leipzig.
Die Uhr ab 11 findet Sonntag, den 6. Januar, von 9-14 Uhr
Rat. Bitte um Angabe der Wahllokale.

Politische Betriebskomitee.

Heute ist an euch Material gelandt. Jeder tue seine Pflicht.
SPD Groß-Leipzig.

Jungsozialisten.

Mosau. Heute Dienstag, 20 Uhr, im Rathaus, Fortsetzung
der Arbeitsgemeinschaft „Kommunistisches Manifest“. Erscheint alle.

Sozialistische Studentengruppe.

Vor den Ferien wollen wir uns noch einmal am Donnerstag,
den 20. Dezember 1928, 20 Uhr, im Heim zu einem zwanglosen Bei-
sammenkommen treffen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Blagowj Widenau-Schleswig. Gruppe Artur spielt Freitag
in der Wetzburger Straße 30.

West-Bezirk. Donnerstag, den 20. Dezember, 20 Uhr. Helfet-
sichtigung in der Bibliothek, Wetzburger Straße.

Mitglieder-Veranstaltungen

Entscheid. Der Ausspracheabend fällt morgen Mittwoch aus.
Alles geht in die Funktionär-Sitzung.

Böhlitz-Ehrenberg. Die Mitgliederversammlung fällt aus.
Die Funktionäre besuchen die Funktionärsitzung im Sanssouci.

Müden. Die Versammlung fällt morgen Mittwoch aus. Alles
geht zur Funktionär-Sitzung.

Das Feuer am Brühl

Die von der Brandpolizei geführten Ermittlungen über die
Entstehungsurache des Großfeuers am Brühl haben bis
jetzt noch kein Ergebnis gebracht. Die von der Leipziger
Landpost angegebene vermutliche Ursache, daß ein elektrischer
Dien, der vergessen wurde auszuschalten, den Brand verschuldet
habe, entspricht, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, in keiner
Weise den Tatsachen. Der Dien hat überhaupt nicht gebrannt.

Anfälle in Leipzig

Von einem Lastkraftwagen überfahren wurde gestern kurz nach
10 1/2 Uhr an der Kreuzung Seltener- und Pegauer Straße ein
15 Jahre alter Mechaniker beim Überqueren der Fußgängerbahn. Der
Verunglückte wurde mit einer Gehirnerschütterung und inneren Ver-
letzungen nach seiner Wohnung gebracht.

Gasvergiftung. In der Brühlstraße wurde gestern um 20 1/2 Uhr
ein 68 Jahre alter Rentner bewußtlos aufgefunden. Er hatte ver-
mutlich vergessen, den Gashahn der Lampe zu schließen und war
durch das austretende Gas vergiftet worden. Der Verunglückte
wurde sofort nach dem Krankenhaus St. Georg überführt.

Kinderergärten und -tagesheime

Der Rat hat nach Prüfung der Eingabe wegen Mißständen
am Kinderergarten und -tagesheim an der Oststraße den Stadter-
ordneten mitgeteilt, daß gegen die beschuldigte Kindertagesheim-
leiterin Lydia Burghardt das Dienststrafverfahren eingeleitet ist.
Das Verfahren wurde bei dem großen Umfang der erhobenen Vor-
würfe geraume Zeit dauern. Die ihres Amtes enthobene Lydia
Burghardt sei, um ihre Arbeitskraft nicht ungenutzt beizubehalten
zu können, in das Kantienangelegenheitsverfahren für das sie die vor-
geschriebene Prüfung bestanden habe, übernommen worden.

Die Frage der Stadterordneten, nach welchen Grundrissen die
Anstellung von Kinderergärtnerinnen in den städtischen Kinder-
ergärten und Kindertagesheimen erfolge, beantwortet der Rat per hin:
Das Schulamt legt die Leitung der Kindertagesheimen und Kinder-
tagesheime in die Hände einer Jugendleiterin, zu bestimmten
werden entweder ebenfalls Jugendleiterinnen oder Kinderergär-
tnerinnen genommen. Praktikantinnen müssen die staatliche Prüfung
als Kindertagesheimleiterin oder Hortleiterin bestanden haben. Das Jugend-
amt verfährt bei den Kindertagesheimen ähnlich, nur verlangt es
auch den Nachweis der Anerkennung erfolgreicher Heimtätigkeit.
Für kleinere Kinder werden auch geeignete Pflegerinnen eingesetzt.

Ohne Umschlag veränderte gedruckte einfache Weihnachts- und
Neujahrskarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke
den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, sollten sowohl
im Ortsbereich des Aufgabebereichs als auch im Fernverkehr 3 Bg.
Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absender-
angaben (Abendungsname, Name, Stand und Wohnort nebst Wohn-
angabe des Absenders) noch weitere 5 Worte, die mit dem gedruckten
Vorlaut im Zusammenhang stehen müssen, handgeschrieben hinzuge-
fügt werden. Als solche zulässige Nachtragsangaben gelten z. B. die
üblichen Zusätze „senbei“, „Ihre“, „Dein Freund“, „senbei Dir“,
„senbei mit besten Grüßen“ usw. Werden solche Karten im
offenen Umschlag verandt, so sollten sie sowohl im Ortsbereich
des Aufgabebereichs als auch nach außerhalb 5 Bg. Unzulässig freige-
machte Sendungen werden mit Nachgebühr befristet. Es kann
daher den Versendern nur geraten werden, die Bestimmungen zu
beachten.

183. Im Alten Theater heute, 19.15 Uhr, Aufführung des
Urgen. Karten sind noch am Eingang zu haben. — Sonntag,
den 20. Dezember, Weihnachtsmärchen: Die Zauberfische.

Aufflieferung der Neujahrskartensendungen. Der Postverkehr
zum Jahreswechsel wird sich glatter ab, wenn die Neujahrskartensendungen
möglichst frühzeitig aufgegeben werden. Das Postamt
Leipzig C 2 (Brandenburger Straße) — Stempelsaal — nimmt
Massenauflieferungen von Neujahrskartensendungen bereits jetzt entgegen,
verfährt sie mit dem Aufgabestempel vom 31. 12., bringt sie jedoch
erst am 31. 12. zur Versendung. Massenversender tun gut daran,
von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen. Bei Auflieferung
solcher Massenauflieferungen wäre ausdrücklich mündlich oder schriftlich
um Ausdruck zu bringen, daß es sich um Neujahrspost handelt, die
erst am 31. Dezember abzugeben ist.

Deutsches Jugendbrot. Am Mittwoch, dem 19. De-
zember, 20 Uhr (Einlaß 19.30 Uhr), findet im Saale des Städtischen
Jugendheims Leipzig-Mitte, Töpferstr. 2, III, ein Lichtbildvortrag:
„Deutsches Volk und deutscher Wald“ von Schuldirektor Dr. Paul
Hind. Vorsitzender des Vereins für Volks- und Heimatkunde, statt.
Der Eintritt ist frei.

Im Naturkundlichen Heimatmuseum am Fleischerplatz (Ein-
gang Fortstraße 3) findet Mittwoch, 19. Dezember, 19.45 Uhr
eine öffentliche Führung in der Schausammlung (linker Treppenauf-
gang) statt: Entdecken und Vergleichen der mitteldeutschen Alpen
(R. Gieseler). Damit schließt die Führungsreihe „Ein Gang durch
die heimatische Erde“ ab. Eine neue Reihe von Führungs-
vorlesungen beginnt Mitte Januar. — Die Teilnahme an den Führun-
gen ist für jedermann frei.

Elternabend. 27. Volksschule: Donnerstag, den 20. Dezember,
19.30 Uhr, im Schulsaal, Märchenabend. Ein Tanz... Vorzüge,
Kinderchöre und Märchenpiel „Die blaue Blume“. Mit Vor-
spruch. Reigen und Gesängen. Programm für 30 Bg. sind im
Vorwort in der Schule zu haben.

Weihnachtsfeiern in der 15. Volksschule. Weihnachtsaufführung
„Schlaraffenland“, von Balajus-Börner. Dienstag, den 18. De-
zember, 19.30 Uhr. Mittwoch, den 19. Dezember, 19.30 Uhr.
Donnerstag, den 20. De- zember, 19.30 Uhr.

Wohlfühlverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, dem
19. Dezember, an der Freibank I, Nr. 4001 bis 5000 und Nr. 1 bis
1050; an der Freibank II Nr. 2361 bis 3100. Von 10 Uhr an freier
Verkauf.

Eine Niederlage der sächsischen Helfden

Am 13. Dezember ist der sächsischen Helfden-Koalition der
Urteil des Reichsgerichts gegen die Rechtsgültigkeit der umstürz-
ten Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes zugestimmt worden.
Drei Tage haben die gewählten „Juristen-Staatsmänner“ ge-
braucht, um sich von dem Schicksal über die Entscheidung des Reichs-
gerichts zu erholen; denn so lange hat es gedauert, bis durch die
Nachrichtsstelle der Staatskanzlei die Niederlage der Helfden vor
dem Reichsgericht an die Presse berichtet wurde.

Der Berlegenheitskommentar der sächsischen Regierung

hat folgenden Wortlaut:

„Bekanntlich hat der Landtag Anfang Oktober 1928 ein Wende-
rungsgezet zum Landeswahlgezet verabschiedet, durch das u. a. die
Zusatzung von Wahlvorschlügen neuer Parteien von der Einzahlung
eines Betrages von 3000 Mark abhängig gemacht wird. Diese vom
Landtage nahezu einstimmig angenommenen Vorschriften, deren
Verfassungsmäßigkeit von der Reichsregierung seinerzeit wieder-
holt bejaht worden ist, sind hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit um-
stritten, nachdem der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich äh-
nliche Vorschriften anderer Länder als unverträglich mit der Reichs-
verfassung erklärt hat. Unter Hinweis auf diese Rechtsprechung
des Staatsgerichtshofes hatten sich belänntlich die Zentrumspartei
und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an den Staats-
gerichtshof mit dem Antrage gewandt, festzustellen, daß auch die
sächsischen Vorschriften gegen die Reichsverfassung verstößen. Jedoch
ist in keiner der beiden Streitfragen eine Entscheidung des Staats-
gerichtshofes über den Streitgegenstand selbst erlangt. Die Zent-
rumpartei hatte ihren Klageantrag vor der mündlichen Verhand-
lung zurückgenommen, während der Klageantrag der Unabhängigen
Sozialdemokratischen Partei am 7. Juli vom Staatsgerichtshof aus
prozessualen Gründen zurückgewiesen worden ist. Ein weiteres
Verfahren ist von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die im
letzten Landtage der Vorchrift ausdrücklich zugestimmt hatte, beim
Staatsgerichtshof anhängig gemacht worden. Dieses Verfahren
schwebt noch.“

Die Regierung aber hat mit Rücksicht auf die Zweifel, die gegen
die Rechtsgültigkeit jener sächsischen Vorschriften gestäubert worden
sind, auf Grund des Artikels 13, Absatz 2 der Reichsverfassung von
sich aus die Entscheidung des Reichsgerichts darüber angeregt, ob
jene Vorschriften mit dem Reichsrecht vereinbar sind oder nicht. Da
dessen Entscheidung die Wirkung eines Gesetzes hat. Außerdem hat
sie, um die Hand dazu zu bieten, daß die umstrittenen Vorschriften
um der Zweifel willen, die gegen ihre Gültigkeit gestäubert worden
sind, aus der Welt geschafft werden, dem Landtage einen Geheißent-
wurf zur Beschlußfassung vorgelegt, in dem u. a. die Aufhebung
jener Vorschriften vorgeschlagen ist.

Am 13. Dezember ist nun der Regierung die Entscheidung des
Reichsgerichts zugangen, daß jene Vorschriften nicht mit dem
Reichsrecht vereinbar sind. Es ist hierauf zu erwarten, daß auch
der Landtag alsbald nach seinem Wiederzusammentritt die Auf-
hebung jener Vorschriften entsprechend der Regierungsvorlage be-
schließen wird, um auch den Inhalt des sächsischen Gesetzblattes mit
der Rechtslage in Einklang zu bringen.“

Nach Mitte November hat die sächsische Regierung in der Be-
gründung der Vorlage über die Aenderung des Wahlgesetzes be-
hauptet, die angefochtenen Bestimmungen seien nicht verfassungswidrig.
So „zuverlässig juristisch“ haben die Helfdenjuristen die
Rechtslage verkannt. Kein Wunder, daß sich die Regierung nun
bemühen muß, die Niederlage zu vertuschen.

War schon die Einbringung der Aenderungsvorlage zum
sächsischen Landtag ein politischer Erfolg der sozialdemokratischen
Klage vor dem Staatsgerichtshof,

so ist die Entscheidung des Reichsgerichts gegen die sächsische Re-
gierung ein weiterer Erfolg der Sozialdemokratie.

Sicherlich hofft die Helfden-Koalition, die Entscheidung des
Reichsgerichts werde eine Entscheidung des Amtsgerichtshofes in
der gleichen Sache verhindern. Diese Hoffnung steht aber auf
sehr schwachen Füßen, denn die von der Sozialdemokratie beim
Staatsgerichtshof anhängig gemachte Klage verlangt, der Staats-
gerichtshof soll erkennen, daß der gegenwärtige Landtag ver-
fassungswidrig ist und aufgelöst werden muß. Dazu muß der
Staatsgerichtshof Stellung nehmen, solange er sich auch bemühen
mag, die Verhandlung über die Klage hinauszuschieben.

Mit dieser Entscheidung des Reichsgerichts sind die verfassungs-
widrigen Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes außer Kraft
gesetzt. Das gilt von dem Augenblick an, wo die Entscheidung des
Reichsgerichts im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist.

Damit ist die Aktion der sächsischen Regierung auf Aenderung
des sächsischen Wahlgesetzes im Landtage erledigt. Der Landtag
kann nicht mehr beschließen, das Wahlgesetz zu ändern, weil es
durch das Reichsgerichtsurteil geändert worden ist. Es ist also
eine Freisprechung der Reichsregierung, wenn die Staatskanzlei
schreibt, der Landtag werde alsbald nach seinem Wiederzusammen-
tritt die Anhebung jener Vorschriften entsprechend der Regierungsvor-
lage beschließen.

Der Landtag hätte nach der klaren Rechtslage sehr wohl die
Möglichkeit, sich als verfassungswidrig zu erklären und aussein-
anderzugehen. Sicherlich wird sich die Landtagsmehrheit gegen
diese Konsequenz des Reichsgerichtsurteils sträuben. Was dann
geschehen soll, liegt bei der Sozialdemokratischen Partei.

Interessante Vergleiche.

Seit Juli ist die Klage der Sozialdemokratie beim Staats-
gerichtshof anhängig gemacht. Daß der Staatsgerichtshof bisher
keine Zeit gefunden hat, über die Klage zu entscheiden, zwingt zu
der Vermutung eines inneren Zusammenhangs mit der Aktion,
die von der sächsischen Regierung beim Reichsgericht unternommen
wurde. Durch die Verzögerung der Entscheidung über die sozial-
demokratischen Klage hat der Staatsgerichtshof ermöglicht, daß das
Reichsgericht vor dem Staatsgerichtshof über dieselbe staatsrecht-
liche Frage entscheiden konnte.

Der Staatsgerichtshof trat also in einer Sache vor dem Reichs-
gericht zurück, die zweifellos der Kompetenz des Staatsgerichts-
hofs unterliegt. Das höchste deutsche Gericht, das sich ausschließlich
mit staatsrechtlichen Fragen zu beschäftigen hat. In diesem
Falle dem andern Gericht den Vortritt, in dessen Kompetenz ver-
gleichsweise oft recht unbedeutende Sachen fallen (so z. B. Dieb-
stahlsachen und einfache Verleumdungssachen).

Diese Praxis des Staatsgerichtshofs kann natürlich nicht ge-
rade dazu beitragen, sein Ansehen zu heben. Wenn er sich jetzt
bedenkt, während wegen der Befehle des Verwaltungsrats der
Eisenbahn an den Reichspräsidenten gewandt hat, der sein Ansehen
schützen soll, so klafft zwischen dieser Beschwerde des Staatsgerichts-
hofs und seinem Verhalten in Falle der sozialdemokratischen
Klage ein unföhrbarer Widerspruch, der nicht zugunsten des Staats-
gerichtshofs spricht.

Interessant ist auch die Haltung der sächsischen Regierung. Sie
hat jetzt bei der Reichsregierung „schärfsten Protest“ eingelegt, weil
die Reichsregierung bei der Ernennung der Verwaltungsratsmit-
glieder der Reichseisenbahn die Entscheidung des Staatsgerichts-
hofs nicht abgewartet hat. Bei der sozialdemokratischen Klage vor
dem Staatsgerichtshof hatte die sächsische Regierung nicht so viel
Respekt vor dem Staatsgerichtshof; sie rief das Reichsgericht an,
weil sie hoffte, in ihrem Kampf um ihre Existenz den Staats-
gerichtshof ausschalten zu können.

Streit um die sächsische Hochschulpolitik

In der bekannten Denkschrift, die die Stadt Leipzig vor einigen
Monaten zum Problem „Leipzig und Mitteldeutschland“ ver-
öffentlichte, waren auch Angriffe auf die sächsische Hochschulpolitik
der gegenwärtigen Regierung erhoben worden. Es wurde dem
Wissenschaftsministerium vorgeworfen, daß es die Technische Hoch-
schule Dresden und die beiden anderen sächsischen Hochschulen gegen-
über der Universität Leipzig begünstige. Gegenüber diesen Vor-
würfen veröffentlichte jetzt das Kultusministerium eine um-
fassende Gegenchrift, in der die Vorwürfe der Leipziger Denk-
schrift als unzulässig bezeichnet werden. Es wird mit ins Einzelne
gehenden Zahlenangaben dargelegt, daß sich die Universität Leipzig
in keiner Weise beschweren könne und daß die Notwendigkeit der
übrigen sächsischen Hochschulen neben der Universität Leipzig nicht
zu bestreiten sei. Das Kultusministerium werde sich durch
solche Angriffe nicht davon hindern lassen, allen sächsischen Hoch-
schulen Verständnis und Unterstützung entgegenzubringen.

Die Tatsache, daß die sächsische Regierung für die Technische
Hochschule in Dresden einen besonderen Doktorat geschaffen hat,
der nur in Dresden erworben werden kann und den es nur in
Sachsen gibt, nämlich den Doktor der Kulturwissen-
schaften, spricht allerdings für die Annahme, daß die Dresdener
Doktorpatrioten ihren Einfluß auf die Regierung zur Be-
vorzugung der Hochschule in Dresden mit Erfolg geltend gemacht
haben. Dazu ist gerade der Kultusminister Dr. Kaiser
der richtige Mann, der sich bis in die letzte Zeit mit einem zehn-
Millionen-Projekt für Dresdener Museumsbauten trug, während
für Wohnungsbauten und für andere soziale Zwecke bekanntlich
kein Geld vorhanden ist.

Aenderung des sächlichen Stempelsteuergesetzes

Wie berichtet wird, hat die sächsische Regierung eine Vorlage
über Aenderung des Stempelsteuergesetzes ausgearbeitet. Die Vor-
lage soll in verschiedenen Punkten, namentlich bei Neuregelung
des Poststempelgesetzes und bei der Freistellung der Sicherstellungen
bei Liefertermingeschäften, den Wünschen der sächsischen
Wirtschaft entsprechen. Die sächsischen Handelskammern
haben die Regierung gebeten, die Tariffrage künftig weitgehend
denen der Vorkriegszeit anzupassen.

Kommunistische Kommunalpolitik

Mit der Beschreibung kommunistischer Helfden in den
großen und kleinen Gemeindeparsamenten könnte man täglich
Seiten füllen. Wir wollen heute nur wieder einmal ein besonders
charakteristisches Beispiel herausgreifen:

In Klefa erhielten schon seit vielen Jahren alle hilflosbedürftigen
Einwohner besondere Weihnachtsbeihilfen. Die Vorbereitungen
für die Ausschüttung dieser Beihilfen sind auch in diesem Jahre be-
reits in vollem Gange. Trotzdem brachten die Kommunisten aus
rein opportunistischen Gründen einen Antrag ein, wonach den Er-
werbslosen und den Krisenunterstützungsempfängern Weihnachts-
beihilfen ausgezahlt werden sollten. In ihrer Aufregung war es
ihnen ganz entgangen, daß bei Annahme ihres Antrages die
Sozial- und Kleinrentner, Arbeitsbeschäftigten, Kriegshinterbliebenen,
ausgescheuterten und nicht unterstützungsberechtigten Arbeits-
losen nichts bekommen hätten. Deshalb stellten die Sozialdemo-

krate einen Antrag, der all die genannten Gruppen mit einschloß
und dann auch einstimmig angenommen wurde. So müssen unsere
Genossen immer wieder die Fehler der Kommunisten wieder gut-
machen — nur daß das leider nicht immer möglich ist.

Zum Tode verurteilt

Der 20jährige Arbeiter Rudolf Ziemer hatte sich am Montag
vor dem Schwurgericht in Chemnitz wegen Mordes zu verant-
worten. Er wurde beschuldigt, am 4. Juni d. J. seine um sechs
Jahre ältere Ehefrau in dem Walde bei Geringswalde ermordet
zu haben. Ziemer behauptete in der Verhandlung, er habe seine
Frau umgebracht, weil sie ihre Kinder umgebracht habe. Un-
schuldig hat er die Tat begangen, um seine in Thüringen woh-
nende Geliebte zu heiraten.

Ziemer hatte, kaum 19 Jahre alt, geheiratet, war dann aber
sald von seiner Frau ausgezogen. Nach längerer Verhandlung
wurde der Angeklagte wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Unter furchtbaren Umständen ums Leben gekommen

Am Sonntag gegen 7 Uhr wurde auf der Staatsstraße
Oppau-Großpörschitz der Steinarbeiter Conze tot aufgefunden.
Der Hinterkopf der Leiche war völlig zertrümmert, das Gehirn
schlief und lag in Klumpen auf der Straße. Lange ist anzunehmen
auf der Straße geflürt, liegen geblieben und von einem Auto
überfahren worden. Der Führer hat den Unfall bemerkt, wie die
Autopuren beiseite, ist ein Stück weitergefahren und hat dann den
Toten, der mitgeschleift wurde, vom Wagen entfernt. Von dem
Auto sieht jede Spur.

Zwickau. Im Streit erstochen. In einer Wohnung kam
es zwischen dem 43 Jahre alten Schlosser Hermann Irtz und dem
28 Jahre alten Eisenarbeiter Wilhelm Braun zu einem Streit, der
in Tätlichkeiten ausartete. In ihrem Verkauf wurde Braun von
Irtz mit einem Messer in die Brust gestochen. Er konnte sich
nach seiner schweren Verletzung noch bis zur Volkshauskassiererin
stark aber kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der
Täter wurde verhaftet.

Zwickau. Nicht verloren, sondern veruntreut. Wie
berichtet wurde, hat das Bergarbeiterhepar Müdel gemeinsam
den Tod gesucht, weil die Ehefrau 5000 Mark verloren habe, die sie
für einen Sparverein zur Weihnachtsfeierleistung von der Staats-
bank abgehoben hatte. Tatsächlich soll aber der Bergarbeiter
Müdel, der Kassierer eines Sparvereins war, in den letzten Jahren
11 000 Mark veruntreut haben.

Saigolten. Unfall bei einer Afsandung. Kürzlich
mühte ein Flugzeug bei Saigolten eine Notlandung vornehmen.
Als es nach kurzer Zeit zum Weiterflug startete, kam einer der Zu-
schauern dem Apparat zu nahe, daß er von einer Tragfläche getroffen
wurde. Er trug eine schwere Körperverletzung davon.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht, Heute Pöcherndorbrust mit Meer-
rettich und klößen 20. — Morgen: Schmorbraten mit
Kumpolt 30. Schlichtest

Verkehrsunfälle vor Gericht

Die „Herrenfahrerin“.

Eine 24jährige, reiche Frau fährt mit ihrem Privatauto die Begauer Straße hinabwärts. Möglich kommt aus einer Querstraße von rechts eine Kraftdroschke. Das Tempo ist zu schnell, um abzubremsen, und schon stoßen beide Wagen zusammen. Beide Fahrer werden verletzt, schieben sich aber gegenseitig die Schuld zu. Das Gericht muß klären und legt die „Herrenfahrerin“ neben den Chauffeur der Kraftdroschke auf die Anklagebank.

Zeugen, von denen jeder den Unfall anders gesehen hat, werden vernommen. Sachverständige geben ihre Gutachten. Man hört von „Vorkasten“, „Vorfahrtrecht“, „Bremsen“ und „Schleudern“.

Dann ergreift der Staatsanwalt das Wort und verlangt Bestrafung beider Uebelthäter. Das Gericht zieht sich zurück, verurteilt nach Wiedererscheinen: Der Kraftwagenfahrer wird mit 100 Mark, die „Herrenfahrerin“ mit 50 Mark bestraft. Der Chauffeur zieht ein grimmes Gesicht, die „Dame“ lächelt. 50 Mark? Für sie ein Trintgeld. Die Verhandlung ist geschlossen! Der nächste Fall!

Er wollte gern Motorrad fahren.

Hans hat ein Motorrad. Fritz ist sein Freund und „Sozus“ aber Fritz möchte auch gern einmal alleine fahren. Hans, ein guter Kerl, leiht ihm das Rad. Also schwingt sich Fritz aufs Rad und fährt mit Vollgas los. 30 Meter geht's gut, doch dann kommt eine Kurve. Das Tempo ist zu schnell, die Straße schlecht und die Kurve wird „unvorschriftsmäßig“ zu groß genommen. In demselben Moment, wo unser Fritz um die Ecke fährt, will eine Frau die Straße überqueren. Ausweichen geht nicht. Die Frau kriegt einen Stoß vor die linke Seite, so daß sie Querschußungen und Prellungen davonträgt, die eine ärztliche Behandlung nach sich ziehen. Die Frau hat sich die Nummer des Motorrades gemerkt und erstattet Anzeige. Fritz bekommt eine Tagesstrafe über 30 Mark, erhebt aber dagegen, da ihm dies zu viel ist, Einspruch beim Amtsgericht. Verhandlung, Zeugen, Staatsanwalt, Richter, und es bleibt dabei: Entweder 30 Mark in bar oder 6 Tage Gefängnis für Fritz. Wo für man freigesprochen wird.

Am 9. Mai d. J. prallten zwischen 13 und 14 Uhr an der Straßenkreuzung Koch- und Kanitzstraße zwei „Herrenfahrer“ zusammen. Der Wagen des Kaufmanns Walter wird durch den Anprall auf den Fußweg geschleudert. Dabei wird ein dreijähriger Junge überschoben, der sich eine Gehirnerschütterung zuzieht, weswegen er fünf Wochen krank im Bett liegen muß. Außerdem wurde noch ein Knabe des Autos schwer verletzt.

Vor Gericht erzählt Walter, daß er ängstlich habe, der aus der Kochstraße kommende Wagen bremsen ab, um ihn vorbeizulassen. Der Führer des anderen Wagens, der Kaufmann Strauß, war der entsprechenden Meinung. Beide fahren also in alter Geschwindigkeit weiter. Da, ein Knall, Strauß fährt links und Walter rechts auf den Fußweg. Walter reißt dabei den dreijährigen Jungen um Hausen. Wer ist schuld?

Die Zeugen sagen verschiedenes aus. Der Sachverständige ist der Meinung, daß Strauß, der bereits in einer früheren Verhandlung freigesprochen wurde, die Schuld trägt. Der Staatsanwalt stellt die Bestrafung in das Ermessen des Gerichts. Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird kostenlos freigesprochen.

Wir haben ja nichts dagegen, wenn sich zwei Herrenfahrer gegenseitig die Köpfe einfahren. Aber warum muß auch gerade der kleine Junge dori stehen? Nun trägt er allein die Schuld!

Die verunglückte Pfingstfahrt.

Am 27. August 1928 verurteilte das gemeinsame Schöffengericht Leipzig den Geschäftsführer Kleppig wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis.

Kleppig war der Führer des Kohlenwagens, der am 2. Pfingstfesttag auf dem Waldweg zwischen Quasitz und Gundorf in einen Sumpf stürzte, wobei die Ehefrau Glad und der Kaiserarbeiter Schlegel unter dem Wagen zu liegen kamen und im Sumpf erstickten. Ein anderer Anasse des Wagens konnte sich nur mit Mühe retten. Obwohl die Schuld an dem Unglück die ganze Pfingstgesellschaft zum großen Teil selbst traf (alle waren mehr oder weniger angeheitert) wurde Kleppig verurteilt.

Gegen dieses Urteil hatte Kleppig Berufung eingelegt, die jetzt vor der Strafkammer verhandelt wurde. Entlastende Momente für Kleppig traten aber auch hier nicht zutage, und so wurde die Berufung verworfen. Doch soll Kleppig nach Verbüßung von 6 Monaten Gefängnis für den Rest der Strafe eine dreijährige Bewährungsfrist erhalten.

Die Interberga entläßt

ag. Vor dem Arbeitsgericht war in der vergangenen Woche so etwas wie eine Genation in Aussicht. Es war nicht allein die Laitsche, daß die Firma Interberga (zum wiewelken Male?) vor Gericht als Beklagte angetreten hatte, sondern die Aussicht, daß Herr Hehnel, bekannt durch den Schuß von Störmitz und durch seine sozialreaktionäre Gesinnung, in eigener Person vor dem Ar-

Die Verwaltungsposten der Reichsbahn

Und nichts verschweigen...

Wie ist es mit der Wahrheit, Herr Dr. Simons?

SPD Leipzig, 17. Dezember.

Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches hat zu dem Beschluß der Reichsregierung in Sachen der Vergabung von Verwaltungsposten der Reichsbahn folgende Erklärung veröffentlicht:

Ob die Gründe, die das Reichskabinett für seinen plötzlichen Entschluß vom 14. Dezember geltend macht, wirklich stichhaltig sind, kann jetzt dahingestellt bleiben. Dem Staatsgerichtshof sind sie vorzulegen worden, er hat sie erst durch die Presse erfahren. Sein Beschluß vom 15. Dezember ist in derselben öffentlichen Sitzung ergangen, in der das Publikum von der Behandlung des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung erfuhr. Diese war in der Sitzung durch einen Bevollmächtigten des Reichsverkehrsministers vertreten, an ihn mußte sie sich halten, wenn sie von dem verurteilten Beschluß erst durch die Presse Kenntnis erhielt. Daß der Beschluß seinem ganzen Inhalt nach verurteilt wurde, erklärt sich hinreichend in dem tiefgehenden Mangel an Achtung und Vertrauen, dem der Schritt der Reichsregierung dem Staatsgerichtshof gegenüber Ausdruck gab.

Wenn die hochverehrten Richter des Staatsgerichtshofes einen Zeugen zu vernehmen haben, dann lassen sie ihm mit besonderer Betonung die Eidesformel nachsprechen, wonach der ehrenwerte Zeuge „nichts hinzusehen“ und „nichts verschweigen“ darf. Der Präsident des Staatsgerichtshofes, also der höchste juristische Würdenträger des Reiches, Herr Dr. Simons, antwortete auf die Erklärung der Reichsregierung über die Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Mit seinem Appell an den Reichspräsidenten Hindenburg lehnte er sich kurzgehandelt über seine verfassungsgemäßen Befugnisse hinweg. In erster Linie, weil die Reichsregierung seine Verfügung, wonach die Besetzung vorläufig nicht erfolgen sollte, unbeachtet gelassen habe, ferner aber, weil die Reichsregierung den ehrenwerten Präsidenten des Staatsgerichtshofes von ihrem Beschluß nicht rechtzeitig unterrichtet hätte. In der Erklärung der Reichsregierung wird gesagt:

„Die Entschließung des Reichskabinetts über die Wiederbesetzung der Stellen ist dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes sofort telephonisch mitgeteilt und drathlos bestätigt worden.“

beitsgericht erscheinen sollte. Gemächlich schied nämlich der biedere Regelbruder einen seiner Angestellten als Vertreter und entschuldigt sich wegen seines „kranken Herzens“. Diesmal sollte es tatsächlich wahr werden, Herr Hehnel der Große, Oberst- und Höchstkommandierender der Interberga, sollte trotz seines überanstrengten Waidmannsherzens das Arbeitsgericht durch seine erlauchte Anwesenheit beschlüssen. Vor dessen Pforten war deswegen eine Ehrenkompanie Scharfschützen aufmarschiert, die ihn mit einer Salve begrüßen sollte, der Aufzug war frisch geölt worden, damit er die wertvolle Last sicher und geruchlos hinauftrage. Die Gänge waren mit Original-Interberga-Weibchen besetzt worden, auf daß kein Schall die Nerven des exquisiten Gastes verlehe, die Wände des Verhandlungsraumes waren für alle Fälle ausgepolstert worden und der Herr Arbeitsgerichtshof-Fingerling hatte zu Ehren seiner besten „Kundschaft“ einen dunklen Anzug angelegt; selbst der Protokollant hatte der Würde des Tages entsprechend einen dunkelgrünen Schilps umgebunden und der Pressevertreter hatte bereits ein kräftiges Weidmannsheil eingeläutet. Auch Kollege Müller, der Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten, hatte erwartungsvoll und festlich gestimmt seinen „großen Gegner“ erwartet. Es war eine Enttäuschung, er kam nicht, er blieb bescheiden im Hintergrund, leitete vom Tischplatz aus, dem Standort der Interberga, den Kampf, zielreicher bis zum Wechsler, vom Scheitel bis zur Ferse ein echter Nimrod. Aber die Enttäuschung war nicht ganz, er schickte seinen engsten Vertrauten, den Reden Goldammer, von Angesicht zu Angesicht ein germanischer Boten mit Jägerhorn und Lobenswörtern, aufrechtem Gang und gesuchter Stirne, Goldammer, der Adjutant des großen Nimrod. Und das Resultat? Die Interberga wurde mit Pauken und Trompeten (zum wiewelken Male?) verurteilt, bis zum nächsten Male... Goldammer aber hat ob seines Peches die Entlassung bekommen.

Der französische General Le Nord, dessen Besuche in den baltischen und baltischen Staaten so viel Aufsehen erregt haben, ist in Warschau eingetroffen. Er wurde vom Ministerpräsidenten Bariel empfangen, der gleich darauf eine Unterredung mit dem französischen Botschafter hatte.

Mit anderen Worten, Herr Dr. Simons ist rechtzeitig unterrichtet worden, und er hat die reichsamtlichen Informationen abendrein noch durch den Draht bestätigt. Trotzdem der Appell an den Reichspräsidenten, obwohl selbst die gelehrten Richter wissen mußten, daß bei der Ernennung gewisse zwangsläufige Notwendigkeiten vorhanden waren und daß das Reich bei den sonderbaren Rechtsprechungsmethoden des Staatsgerichtshofes nicht Gefahr laufen konnte, die Reichsbahn wieder den partikularistischen Interessen Badens, Württembergs, Bayerns und leider auch Sachsens auszuliefern.

Der Staatsgerichtshof schweigt gegenüber dieser entscheidenden Feststellung des Reichskabinetts. Würde ein gewöhnlicher Zeuge ohne gesetzliche Berechtigung die Anklage über eine derartig wichtige Frage unterlassen, dann dürfte etwa der Tatbestand des Meineides, zum mindesten aber der des Falschhabes gegeben sein. Also hat zunächst noch immer der Staatsgerichtshof das Wort.

Sachsen klagt

Die Eilenbahnabfindungsfrage vor dem Staatsgerichtshof

WTB Dresden, 17. Dezember.

Die sächsische Regierung hat sich, wie bekannt wird, entschlossen, die Eilenbahnabfindungsfrage vor den Staatsgerichtshof zu bringen. Dieser Schritt wird etwa in folgender Weise begründet: Bekanntlich war den Ländern, deren Staatsbahnen im Jahre 1920 auf das Reich übergingen, eine Abfindung zugesichert worden. Sachsen hat hieraus über 2 1/2 Milliarden Mark zu beanspruchen. Nach Anrechnung der übernommenen Schulden verbleibt noch ein Restausgeld von mindestens 865 000 Mark. Die wegen Befriedigung dieses Rechtsanspruchs seit Jahren geführten Verhandlungen haben bisher noch kein Ergebnis gehabt. Da Sachsen aber bei seiner Finanzlage nicht länger auf die ihm vertragsmäßig zu sichernden öffentlichen Einnahmen verzichten kann, so hat es nunmehr Klage auf Feststellung der Verpflichtung des Reichs gegenüber Sachsen erhoben und die Aufwertung des Restausgeldes verlangt. Weiter verlangt das Land Sachsen, daß dieses Forderung in 30 Jahren getilgt und bis dahin mit 4% v. H. verzinst wird.

Deutsche Gründlichkeit

Wir Deutsche sind nun einmal, das hat sich langsam herumgesprochen, eine ernsthafte und gründliche Menschensorte. Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun. In jedem richtigen deutschen Staatsbürger, selbst wenn er jählichen Glaubens ist, steckt ein Michael Kohlhaas, der bereit ist, aus prinzipiellen Gründen zu leben und zu sterben. Mit Prinzipien läßt sich zwar nicht so schön und unbesorgen, aber sicher gedreht, und Ordnung muß sein. Darüber sind sich alle guten Deutschen einig.

Da hat vor ein paar Tagen in der guten deutschen Stadt Magdeburg ein Statistiker stattgefunden. Auch das edle Statistpiel ist ein Vergnügen, das mit Ernst, nach Reglement, unter dem Schutz von Turniergerichten, und keinesfalls bloß zum Spaß gespielt werden darf. Wie das so vorkommt, hatte einer aus der Kundschaft gleich zu Anfang großes Pech; er verlor einen „bombensicheren“ Grand mit vieren. Diese Systemlosigkeit des Zufalls, diese böhmienhafte Laune des Glücks brachte den deutschen Ordnungsmann in Rage. Er regte sich furchtbar auf; weniger über den Verlust als über die Laitsche, daß etwas überhaupt möglich sei. Ein Unglück kommt selten allein; unmittelbar darauf verlor der gleiche Pechvogel wiederum ein noch sicherer scheinendes großes Spiel mit Pauken und Trompeten, mit Kontra und Refontra. Das war zuviel. Schließlich kann sich der Statist auch einmal vergessen und gegen alle Wahrscheinlichkeit verstoßen; aber gleich zweimal hintereinander — da hört der Glaube an die Weltordnung auf. Unser Statistiker überwand diesen Schlag gegen seine Weltanschauung nicht; er fiel auf der Stelle tot vom Stuhl; ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet.

Das ist in Magdeburg passiert; aber es hätte ebenso in Apolda, Landskron oder Pommern konstatieren gehen können. Denn überall, wo echte Deutsche leben und weben, spielen sie Stat mit seiner selbst willen.

Wenn sie in der Politik ebenso gründlich wären...? La.

Friedr. Grodzinski
 Petersstraße 30, I. gegenüber Anhalt

Qualitäts-Möbel

Ausstattungen
 Einzelmöbel
 Küchen
 Polstermöbel
 Matratzen
 Eisenmöbel
 Federbetten
 Dackon
 Sprachapparate
 Teppiche

Mit und ohne **ohne** Anzahlung

Vielmonatigen **Kredit**

Friedr. Grodzinski
 Petersstraße 30, I.

deutsche Heringe
 10 Stück 70 Pfennig

Konsumvereinen
 der Leipziger Einkaufsvereingung

Abgabe nur an Mitglieder

Total-Ausverkauf
 Brillanten, Uhren, Goldwaren, Bestecke und Geschenke aller Art werden sämtlich Geschäftsaufgabe **30% Rabatt**

Immerglück, Nordstr. 1
Trauringe
 noch in allen Größen vorrätig
 Anzahlte Waren werden zurückbezahlt
Sonntags geöffnet

UHREN
 Praktisches **Weihnachts-Geschenk**
 für Damen und Herren in jeder Ausführung in Qualität

Armband- und Taschenuhren
 Schweizer Werke, Wecker
 Küchen-, Wand- u. Standuhren

Günstige Zahlungsweise
 3 00 Mk. wöchentlich
 Sonntag geöffnet

Uhrenhandlung Wernicke
 Hauptstr. 196, Fahrstraße, UT-Passagen

Weihnachtsgeschenke von dauerndem Wert.
 Ca. 50 gerahmte Bilder aus Privat zum Ausleihen 1-10, darunter, Bebel u. Siebdruck, Kolor., alaragemat, mit hellem Eisenstirn, 30x42, für je 10,-, a. Spiegel, Dresden Str. 12, Tr. E III, I. Die Woche nur vorm. bis 1 Uhr, Sonnt. ganz. Tag.

Aut Kredit
 Co.oo
 Challeow.
 mit 5 Mark Abzahlung
 4800,- Wert - 2000,- Rest
Hans Hoffmann
 Poststraße 10, I. Etage

Pelze eigener Herstellung!
 Pelzmäntel in mod. Farb v. 85,- an
 Pelz-Auto-Deck, m. Muff v. 60,- an
 Pelz-Schals aus Soido v. 18,- an
 Besatz-olle v. 1,- an
 Neuankertigung u. Reparaturen
O. Beck, Katharinenstr. 17, Fahrstuhl

Die Leiter der
 Interate wissen welche Kaufleute oder Vorkaufbeiner Arbeiter in ihrem Betriebe leben wollen. Interate haben Erfolge in der **Volksgelung**

Sprechmaschinen
Arno Kunsmann
 Bayrischen Platz, Ecke Nürnbergg.
 BEQUEME TEILZAHLUNG.

Weihnachtsgeschenke!
 Grammophone, Gramow Doppelheber, wert. Anahlung 8 Mt
 Wringmaschinen (Selbstweller), Anahlung 2 Mt, Abzahlung 2 Mt moment.
Breiter, Kohlgrabenstr. 29, Gde

Variété
3 Linden
 Bis 21. Dezember
Geschlossen
 Vorverkauf für die Fest-
 tage an der Tageskasse von
 10-14 Uhr. Tagsüber Maß-
 amt, Althoff, Brühl, usw.
 Tel. 435 43/438 56

Go-Li-Pa
 Lindenthaler Str. 41 - Tel. 558 69
 Werkt. 10-12 Uhr, Sonnt. 10-12 Uhr
 Dienstag, d. 18. b. Donnerstag, d. 20. Dez.
**Die Flucht
 aus der Hölle**
 Fehlurteil - Deportation
 Flucht - Rehabilitation
 Dazu:
 Großes Lustspiel - Programm

**Modernes
 U.T.
 Kleinzschocher**
 Bes. M. Raschke. Tel. 409 60
 Dieskaustraße 79
 Das große Doppel-Programm!
Der Weibekrieg
 Ein justizier Kampf
 der Geschlechter
 aus dem bayrischen Hochland
 In den Hauptrollen:
 Llano Hald
 Fritz Kampers
 Dazu
Gärendes Blut
 Das Erwachen der Jugend
 von heute

Schauburg
 Kleinzschocher - Antonienstr.
 Von Dienstag bis Donnerstag
Belphegor
 Der König der Detektive
 Auf vielseitigen Wunsch:
Lya Mara
Harry Liedtke
 in:
An d. schönen blauen Donau
 Anfang: 600 Uhr und 830 Uhr

UFA-THEATER
Alberthalle
 6.00 Das Theater der 3000 8.30
 zeigt ab heute in Erstaufführung
 den großartigen Fox-Prunkfilm
Charles Farrell **Greta Nissen**
 Der Liebhaber Amerikas Die Königin der Blondinen
 in
**Hinter
 Harems-
 mauern**
 Der Kampf einer leichtlebigen Pariserin, die als Harem-
 schöne hinter den starren Mauern des Harems eines
 arabischen Fürsten gefangen gehalten wird. Eine
 Sittenstudie aus der erotisch parfümierten Atmosphäre
 eines orientalischen Frauenhauses - der schwüle
 Zauber des Morgenlandes, seine harten Gesetze, welche
 die Frau als Sklavin dem Mann bedingungslos ausliefert
 und auf der anderen Seite die freiheitliche Lebens-
 auffassung der modernen Europäerin!
 Ein gewagtes Sujet -
 aber
 herrlich gelungen!

Verkäufe
 Aut Kredit
Damengarderobe
 mit neuer Kleidung
 bei Frau Ernst von
Hans Hoffmann
 Kohlstr. 10, 1. Etage

Einige guterhaltene
Jackottanzüge
Smokinganzüge
 auf Größe fast neu,
 billig zu verkaufen.
 Nordstr. 54, pt. 1.
 Aut Kredit
**Bettfedern mit
 Watzen**
 mit 2 mit, Verpackung:
Scherbel
 Markt 2
 (Rathausseite)

Neue Federbett, 20,-
 Bettbezüge, 3,-
 fertige Innets, 7,-
 Gard.-stücken, 1,-
 Umwandeln, 1,-
 Etagegesch., 2,-
 Kohlgartenstraße 29, 1.

Möbel
 bequemste Teilschl
Möbelhaus Pöck
 Eutritzsch, Markt
 Straßenb. 11, 16, 21

John Chasol u. Bett-
 stellen mit Matratze
 Lind. Calvicus-
 straße 19, Hof. 801.

Möbeldesigner
 neu und gebraucht,
 gutgehend verkauft
 Moth. Frankfurter
 Straße 22, Möb-
 eldesignergeschäft

**Puppenwagen
 Schaukelpferde**
 Wehmüller, billig,
 F. Hochberg
 Eilenburger 104.

Puppenwagen
 Matensahl gebietet
Kinder-Tische
 Schaufelpferde
 Korbmöbel
W. M. Bannan
 W. M. Bannan
Rickmeyer, Münz-
 garten 3

Gut erhalt. Kinder-
 wagen, gr. Bett u. ar.
 Scharf wird zu off.
 Preis abg. Bunt-
 barmstraße 7, pt. 1.

Puppenstube
 Küche, Stamm, bill.
 Sordernstr. 8, pt. 1.

Gebrauchter **Wwe**
 3-4 Stühle, Emp-
 fänger m. Spulen
 und Glöden, Laut-
 sprecher of 1.70,-
 Sommerplatz 137, 1. r.

Eine gute alte beige
 bill. zu off. 2 W 33,
 Hohmarstr. 1a, pt. 1.

Puppenstube mit all.
 Zubehör bill. zu off.
 Eilenstr. 30, 1. l.

Puppenstube mit
 Möb. of bill. Schö.,
 Zittauer Str. 13, 1. r.
 Bettzimmerbeleg
 billig zu verkaufen.
 Bismarckstr. 47, 1. r.

Dampf-Lokomotive
 (Kuhlfour) w. neu of.
 Pfleinsstr. 18, 1. l.

Ordnung in jeden
 Haushalt bringen gute **Küchenuhren**

Mk. 5.50 Mk. 7.50 Mk. 7.50
 Mk. 11.- Mk. 11.- Mk. 15.-
 Viele Hunderte der schönsten Muster

Kann's
 schönere
 Geschenke
 geben?
 Jede Uhr mit
 Garantie-Urkunde

Schwarzwalduhren verbreiten
 Gemütlichkeit

Mk. 1.50 Mk. 3.50 Mk. 25.- Mk. 10.-
CARSTENSEN Köln
 LEIPZIG, Königsplatz 5 Leipzig

Kampf um die Nordatlantik-Fahrt

Verständigungsversuch Hapag-Lloyd gescheitert

Wir befinden uns seit Jahren in einer Weltwirtschaftskrise, die sich äußert in einem Ueberangebot von Schiffstonnage, außerordentlich tiefstehenden Schiffsraten und einer großen Zahl aufliegender Schiffe. Den Wirkungen der Krise vermochte sich auch das deutsche Reedergeschäft und die deutschen Werften nicht zu entziehen. Versuche, wenigstens die gegenseitige Konkurrenz der beiden größten deutschen Reedereien, Hapag und Lloyd, entweder ganz auszuschalten oder auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wurden schon mehrfach gemacht. Ja, in den letzten Monaten schien dieser gegenseitige Annäherungsversuch auch von Erfolg gekrönt zu sein.

Um so mehr muß jetzt die Mitteilung der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd überraschen, daß die Verhandlungen zur Schaffung einer Betriebs- und Interessen-gemeinschaft zwischen Lloyd und Hapag im beiderseitigen Einverständnis ergebnislos abgebrochen worden sind. Diese Tatsache hat entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung auf dem Weltschiffsmarkt. Die bürgerliche Presse betont zwar fast einstimmig, daß auch in Zukunft die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Großreedereien bestehen bleiben werden. Doch in Wirklichkeit sind diese Hoffnungen auf einen friedlichen Wettbewerb nicht weit her, denn man übersehen dabei wesentliche Zusammenhänge, die für die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung auf dem deutschen und auf dem Weltschiffsmarkt bedeutsam sind.

Mit dem Scheitern der Einigungsverhandlungen zwischen Lloyd-Hapag ist der Kampf um die Personen- und Frachtschiffahrt auf dem Nordatlantik in eine neue Phase getreten, damit verschärfen sich zugleich die Tendenzen zur Verflechtung der Weltschiffahrt.

Eröffnet wurde der Kampf durch den Lloyd, der mit dem Bau der beiden Ozeanriesen „Europa“ und „Bremen“ den Auftakt zu einem verstärkten Konkurrenzkampf um die Personenschiffahrt auf dem Nordatlantik gab. Gleichzeitig begann der Lloyd den Ausbau seiner Frachtschiffahrt durch den Bau von sechs neuen Frachtschiffen. Die Mittel zu diesen Bauten soll durch die kürzlich erfolgte starke Kapitalerhöhung aufgebracht werden. Diese Neubaupläne zusammen mit der Neuaufnahme von Kapital zeigten bereits eine ausgesprochene Spitze gegen die Hapag. Als Antwort auf die Expansionsbestrebungen des Lloyd kündigte zunächst die Cunard-Linie den Bau eines Riesenschiffes für den Personenverkehr an, der sich auch gegen die Konkurrenz des im Bau befindlichen Ozeanriesen der White Star-Linie wendet.

Das zweite Echo auf den Vorstoß des Lloyd ist der Abbruch der Verständigungsverhandlungen Hapag-Lloyd und eine — bestimmt nicht zufällig — zu gleicher Zeit gehaltenen Rede Geheimrat Cuno's vor der Hapag anlässlich der Probefahrt des Hapag-Motorschiffes „Magdalena“ in Danzig. Cuno wies zunächst auf die überragende Bedeutung der Hapag für die deutsche Volkswirtschaft hin und kündigte den Ausbau der Personenschiffahrt der Hapag auf dem Nordatlantik an, die auf eine der Frachtschiffahrt gleiche Höhe gebracht werden sollte. Der Zweck dieses Neubauprogramms ist offensichtlich: Mit dem Ausbau des Personenschiffes der Hapag soll der Vorprung, den der Lloyd durch den Bau der beiden Riesenschiffe erhalten hat, wieder eingeholt werden.

Die Wirkung dieses verstärkten Konkurrenzkampfes in der Personenschiffahrt und, wie das Frachtschiffbauprogramm des Lloyd erwarten läßt, auch in der Frachtschiffahrt wird sich in einem Sinne der ohnehin tiefstehenden Schiffsraten, besonders der Frachtschiffahrt, äußern. Damit erhebt der Ausbauplan innerhalb der Reedereien sowohl wie innerhalb des teilweise verarbeiteten Schiffbaus der Reedereien weitere starke Impulse. Vom Standpunkt der Weltschiffahrt aus gesehen führen die Neubauten der deutschen und der ausländischen Reedereien zur Steigerung des vorhandenen Ueberangebots an Schiffstonnage und damit zu einer Verflechtung der Weltschiffahrt.

Die Ausdehnungsbestrebungen der Hapag und des Norddeutschen Lloyd haben jedoch noch eine andere, viel zu wenig beachtete, prinzipielle Bedeutung. Die starke internationale Konkurrenz im Frachtschiffverkehr auf dem Atlantischen Ozean hat in letzter Zeit eine gewisse Witterung erfahren durch die Schaffung eines, am 15. November d. J. in Kraft getretenen Poolvertrages, dem angehören: die Lloyd Royal Beige, die Red Star-Linie, die Holland-Amerika-Linie und die Blue Diamond-Linie.

Zweck des Poolvertrages ist es, die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten dadurch, daß jeder dem Pool angehörende Reeder nur eine vorher festgelegte bestimmte Frachteinnahme erzielen darf, während die diese Grundzahl übersteigenden Einnahmen aus dem Frachtgeschäft dem Pool abgeteilt werden müssen, der sie dann nach dem Verhältnis von 3:1 an die amerikanischen und belgisch-holländischen Reedereien verteilt.

Wieder herrscht zwischen dieser sogenannten westlichen Gruppe, den amerikanischen Reedereien, und dem Lloyd und der Hapag ein erbitterter Konkurrenzkampf, der vor allen Dingen mit der Waffe der Kalenunterbietung geführt wurde. Die vor einiger Zeit angebahnten Verständigungsverhandlungen mit den sich belämpfenden Gruppen sowie dem Lloyd und der Hapag haben für die beiden deutschen Reedereien zu keinem Ergebnis geführt. Von der belgisch-holländischen Gruppe war als Berechnungsgrundlage für eine Teilnahme am Pool außer anderem, hier weniger interessierenden Bedingungen die in den letzten Jahren von den beiden deutschen Schiffahrtsgesellschaften beförderte Gütermenge vorgeschlagen worden. Für den Lloyd und die Hapag war das eine sehr ungünstige Berechnungsbasis, und so war es kein Wunder, daß sich die Einigungsverhandlungen mit der westlichen Gruppe zerstückelten. Die Ausdehnung der deutschen Großreedereien ist von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet nichts anderes als ein Kampf um den Anteil an dem Nordatlantik-Frachtenspool, dessen Höhe auch bei zukünftigen Verhandlungen bestimmt sein wird durch die vorhandene Verkehrs-kapazität der Reedereien.

Nur von diesen Gesichtspunkten aus bekommt der starke Ausbau der deutschen Personen- und Frachtschiffahrt Sinn: Denn unnützig ist es tatsächlich vom Standpunkt der Lage der Weltschiffahrt aus. Das heute noch bestehende starke Ueberangebot an Schiffstonnage und daraus resultierendes der Weltmarkt besonders der Frachtschiffahrt verarmt durch die Verflechtung der Reedereien hinsichtlich der Aufstellung von Schiffsaufträgen. Wenn wir trotzdem das Gegenteil zu verzeichnen haben, kommt darin eine der vernünftigen Untermotivierungen unserer heutigen Gesellschaftsordnung zum Ausdruck, die regiert wird vom nationalen und lokal begrenzten Profitinteresse der einzelnen Unternehmerrgruppen.

Neben diesen Konkurrenzkämpfen um die Nordatlantikfahrt, die sowohl zwischen den beiden deutschen Großreedereien wie auch auf internationalem Maßstab geführt werden, sind auch Differenzen in der Westafrikafahrt zwischen Lloyd-Hapag einerseits und den holländischen Reedereien zum anderen entstanden. Für die Westafrikafahrt besteht eine Schiffahrtskonvention, an der auch die genannten deutschen Reedereien beteiligt sind. Man hat nunmehr deutschseits angekündigt, im Zukunft bei den Kaufverpflichtungen auch Amsterdam, anzuschließen, um den Besitzungsanteil zu steigern. Obwohl durch den Vertrag nicht verboten, hat diese verstärkte deutsche Konkurrenz in den Kreisen der holländischen Reeder sehr verstimmt. Wo auch hier eine Anhäufung von Konfliktstoff, der eine baldige Lösung der Weltschiffahrt kaum erwarten läßt.

Stilllegungsgewinne

Ueber die Vorgänge im Burbachkonzern wird dem Sozialistenblatt von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

„Die in der verflochtenen Woche stattgefundenen Generalversammlungen der Werke des Burbachkonzerns verliefen sehr stürmisch. Die Verwaltung hatte einen Zusammenlegungsplan vorgelegt. Dieser Plan ist so ungeheuerlich, daß sich die Öffentlichkeit noch weiter damit beschäftigen muß. Die vorgenommene Erhöhung des Aktienkapitals für Krügerholl um 91 Millionen Mark auf 128 Millionen Mark entwirft jeder wirtschaftlichen Grundlage. Die Erhöhung wurde vorgeschlagen auf Grund der Beteiligungsgewinne der stillgelegten Kalkwerke. Werden diese in Abzug gebracht, dann ergibt sich für die 4 bis 5 in Betrieb befindlichen Werke die ungeheuerliche Ueberkapitalisierung.“

Wir glauben, daß sich der Gescheher sehr schnell und sehr eingehend mit diesen handlungsreichen Zuständen in der Kalkindustrie beschäftigen muß. Herr Korte, der Vorsitzende des Burbachkonzerns, verspricht den Augen- und Aktieninhabern der stillgelegten Kalkwerke bei schlechtem Geschäftsgang eine Dividende

von mehr als 10 Prozent. Da die Herrschaften nicht an Bescheidenheit leiden, erklärten sie sich nicht einmal mit diesem Bombengeschäft einverstanden, sondern gaben zum Teil noch Protest zu Protokoll. Das ist die vielgerühmte Wirtschaftlichkeit des Unternehmertums!“

Siebzig Käufer für zwei Güter

Nach den Darlegungen der Landwirte und nach Meinung ihrer Presse offenbare sich die Unrentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe auch darin, daß Käufer für diese Betriebe so gut wie nicht zu finden sind. Den gegenteiligen Beweis erbringt ein sehr bedeutendes Blatt der Landwirte, die Deutsche Tageszeitung nämlich. Im Inseratenverzeichnis Nummer 508 druckt sie zum Zwecke der Inseratenwerbung unter die Ueberschrift „Siebzig Käufer für zwei Güter“ einen Brief folgenden Wortlauts ab:

Hannover, den 10. August 1928.
An den Verlag der „Deutschen Tageszeitung“
Berlin SW 11, Dönhofsstraße 6/8.

Wie ich von jeher in meinem 45jährigen Geschäftsbetriebe als beidseitiger Auktionator und Makler für Grundbesitz und Hypotheken die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin für meine geschäftlichen Inserationen als erfolgreichste Zeitung vorzugsweise benutze, so erhielt ich auch wieder auf meine letzten zwei Güterverkaufsinsertate vom 28. Juli d. J. über 70 Offerten eingeleistet, was ich hiermit nur dankend bestätige.

Hochachtungsvoll
Gez. F. Cramer,
beid. Auktionator seit 1865.“

Wenn zwei Güter 70 Käufer finden, dann kann es mit der Unrentabilität nicht allzu weit her sein, es sei denn, die 70 Käufer sind insgesamt blind und gewillt, bewußt den Weg des Unter-ganges zu gehen.

Die Deutsche Tageszeitung darf damit rechnen, daß wir uns den von ihr für die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe erbrachten Beweis sehr genau merken werden.

Deute Inkassofreien des Zuderzolls

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: „Der Reichstag hat am 14. Dezember das Gesetz über Erhöhung des Zuderzolls ermächtigt angenommen. Das Gesetz sieht eine Erhöhung des Zuderzolls für Verbrauchszuder auf 25 RM. je 100 Kilogramm und für andern Zuder (insbesondere Rohzuder) auf 21 RM. je 100 Kilogramm vor. Gleichzeitig wird für die große Masse der Verbrauchszucker eine Preisbindung dadurch gegeben, daß der Zoll in erheblichem Umfang gesenkt wird, sobald die Magdeburger Zuderneuerung im Durchschnitt eines Monats 21 RM. für den Zentner übersteigen sollte. Mit Rücksicht auf die große Gefahr, die dem deutschen Zuderribsenbau durch die zur Zeit sehr erhebliche Einfuhr von Auslandszucker droht, tritt das Gesetz bereits am dritten Tage nach der Verkündung in Kraft. Da die betreffende Ausgabe des Reichsgesetzblattes am 15. Dezember ausgegeben ist, hat also der erhöhte Zoll mit Wirkung vom 18. Dezember ab Geltung. Die Zollstellen sind bereits entsprechend verständigt.“

Produktionsausfall durch die Ausperrung

Es liegen nunmehr erstmalig genaue statistische Angaben über den durch die Ausperrung in der westdeutschen Eisenindustrie verursachten Produktionsausfall vor, und zwar zunächst für Kohleisen. Die Kohleisenerzeugung betrug im November d. J. 267 000 Tonnen gegen 1 015 000 im Oktober und 1 085 000 im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres. Es ergibt sich hieraus, wie vorauszusetzen, ein geringer Ausfall des Produktionsausfalles im Ausperrungsgebiet durch erhöhte Erzeugung in den übrigen Bezirken. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres entfielen von der Gesamtproduktion 342 000 Tonnen auf Rheinland-Westfalen und 223 000 Tonnen auf die übrigen Gebiete. Im Oktober betrug das Verhältnis 307 000 Tonnen zu 208 000 Tonnen. Für die außerhalb des Ausperrungsgebietes gelegenen Werke kann im November eine Produktionssteigerung gegenüber dem Vormonat um mehr als 20 Prozent angenommen werden.

Haemorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Launsteins Haemorrhoidal-Salbe, Pillen und Tee. Postversand Allein echt: Köhler-Salomo-Apothek (Boko Nikolaistraße) Grimmelstraße 17

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Keuze
Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer.
Copyright by Wülfersche Buchverlag, Berlin.

10]

„Spielt alles keine Rolle,“ warf Chevillard ein, „er fährt trotzdem mit dem gelben Trikot weiter!“

„Mag ihn doch! Wir haben ja noch über 6000 Kilometer bis nach Paris!“

„Ich muß Ihnen noch erklären,“ sagte Ravenelle zu Mainung, „daß nach den Wettfahrtsbestimmungen der Tour de France“ der Fahrer, dessen Gesamtzeit niedriger als die aller andern ist, an der Spitze der Gesamtklassifizierung steht und als Spitzenreiter das gelbe Trikot trägt, durch das er überall die jubelnde Bewunderung der Massen erregt!“

„Nun will ich rasch vor dem Mittagbrot an meine Frau schreiben,“ sagte Laboureur „Auf Wiedersehen!“

Beim Hinausgehen streifte er zwei elegante Sportsleute, die ins Zimmer traten. Mainung erkannte sofort den Rennleiter Ballu und den Streckenkontrollleur Manabian.

Ballu trug einen blonden, sehr gepflegten Vollbart, der ihn gut klebete. Der etwas jüngere Manabian hatte Antilopenaugen, orangefarbene Leint und ausgesprochen orientalisches Aussehen. Er hatte seine Hände in den Taschen, trug den Kopf nach rückwärts geneigt und sah aus, als hörte er leinen eigenen Gedanken zu.

„Na, mein Junge!“ rief Ballu und streckte Blanc-Mesnil seine frauenhafte Hand hin. „Na, Kleiner?“

„Wie“ ergänzte Manabian, „ihre habt die Räder hier oben?“

„Bist du verrückt?“ sagte Ballu fort. „Du weißt doch, wieviel Arbeit die Mechaniker haben und wie sie gleich immer aufbegehren!“

„Dann bezahlt sie besser!“

„Über Roberten, darum dreht sich's doch gar nicht! Diese armen Teufel können doch wirklich keinen Augenblick verschlafen! Nachts liegen sie mit dreitausend Kilo Material auf der Eisenbahn und müssen sofort nach der Ankunft ihre Werkstatt herrichten, Handwerkszeug vorbereiten, alles in Schuß halten. Dann kommt ihr an, und sie haben gerade einen kurzen Tag, um die vielen Räder auseinanderzunehmen, nachzusehen und — besser als irgend ein Räder gepflegt wird — wieder instand zu setzen! Und du, Robert, du, ein erster Mensch, ein Klassefahrer, dessen berühmter Name in ganz Frankreich von Mund zu Mund fliegt, du...“

„Ich will nichts mehr hören!“

„Aber du erschwerst ihnen doch aus reinen Kinderleien die Arbeit!“

„Das ist richtig, Robert! Doch beruhige dich, dieser Fall wird aufgeklärt! Du weißt doch, daß ich die Interessen der Fahrer selbst gegen die Herren Unternehmer jederzeit verteidige, obwohl das, wie ich dir versichern kann, keinen Spaß macht! Das Renngericht hat deinen Fall aufgegriffen und wird rücksichtslos vorgehen! Wenn du aber meine ganz persönliche, kameradschaftliche Meinung, von Mensch zu Mensch, hören willst, und du weißt, wie ich dich liebe, wie ich gerade dir jede Sympathie bezeuge und dich, was ich eigentlich gar nicht sagen dürfte, obwohl's jeder weiß, fast bevorzuge, dann bist du das Opfer irgendwelcher Dummköpfe gewesen, wahrscheinlich von Radpostfeinden, die man leider fast überall trifft! Du aber glaubst schon wieder Gegenstand einer Verleumdung zu sein und machst dir blauen Dunst vor! Das kenne ich doch, verzeihst du! Seit zwanzig Jahren durchstöße ich als Oberleiter die Landstrassen, mein Junge! Du wirst deinen Irrtum bald einsehen, und damit basta! ... Reden wir auch nicht weiter über die Art und Weise, wie dich Bouarre nachts wieder ans Feld heranzoggen hat...“

„Wie? ... Was heißt — Art und Weise? —“

„Ja, ja,“ sagte nun Manabian vornehm und gelassen, „das war eine abgetarnte Sache, lieber Freund!“

„So? ... Na und ich sage Ihnen, daß mein Stallgefährte Bouarre zum Wissen abgestiegen ist, und das ist doch hoffentlich erlaubt? Oder muß man erst an den Oberleitungswagen heranfahren und wie in der Schule zwei Finger heben, wenn man austreten will?“

„Diesen alten Trick kennen wir zur Genüge! Wenn ich streng nach den Bestimmungen vorgehen wollte, könnte ich euch beide bestrafen!“

„Bitte! Geniert euch nicht! Nur los! Dann weiß man wenigstens in Paris, wo bis dato alle Bedürfnishäuser gratis zur Verfügung stehen, daß das Renngericht den Tour-de-France-Fahrern 50 oder 100 Frank fürs Wasserablagen abnimmt!“

„Mensch! ... Was kost' 'n dann 'n Wasserartanz?“ kicherte Chevillard, der sich eben ankleidete.

Manabian pfiff vornehm durch die Zähne und blidte zur Decke.

„Also, Robert,“ fuhr Ballu fort, „du wirst doch nicht verärgert weiterfahren wollen! Gestern warst du eben verärgert, und ich verstehe deine schlechte Laune; aber du siegst doch schließlich und endlich an vierter Stelle und bist nur mit zehn Minuten im Rückstand! Was kann das schon in einer Rundfahrt um ganz Frankreich bedeuten? ... Tampier ist hinter dir und Wasotte und Witalis und auch der kleine Chevillard! Sieh dir den doch mal an, wie er trotzdem aufgelaunt ist und lacht! Ueber die Nagelgeschäfte — Schwamm drüber, verzeihst du, und morgen ziehst du einmal der ganzen Bande eine nor und seht dich allein an die Spitze!“

Er streichelte seinen blonden Bart, schloß sekundenlang die Augen und fuhr dann fort:

„Aber, mein guter Junge, wir haben ja noch die Sache mit den Rädern in Ordnung zu bringen. Das ist wieder was anderes!“

Du scheinst die Mechaniker zu verdächtigen! Das sind aber sehr empfindliche Leute, die sofort, und mit Recht, protestieren! Damit machst du mir wieder einmal riesige Schwierigkeiten! Was tue ich, wenn die Mechaniker einfach streiken? Mich setzen lassen? Und wenn du daran schuld wärst, du, in der allerersten Etappe, du, mein alter Freund Blanc-Mesnil?“

„Ich verdächtige keinen Mechaniker, sondern verzahre mir mein Rad selbst! Keiner kann mir's übernehmen, wenn ich mein Handwerkszeug, das mir mein Brot einbringt, aus Vorsicht schütze!“

„Ich verstehe dich durchaus, und du hast auch in einem gewissen Sinne recht! Man kann nie genug vorsichtig sein! Doch du übersehst die Folgen deiner Handlungsweise nicht. Wer muß sie ausbaden? Etwa Herr Roncieres, der oberste Rennleiter? ... Oder Herr Le Gouster, der Chefredakteur des Sportblattes, das die Rundfahrt organisiert hat? ... Bestimmt nicht! ... Vielleicht Herr Ravenelle, der Spezialberichterstatter des „Stabion“? Keineswegs! Vielleicht gar Herr Ballu, der sportliche Oberleiter, der Freund der Fahrer, der sich vor Arbeit nicht mehr auskennt und sich den Schlaf abtrotzt, um es allen recht zu machen? Ah, siehst du, das riecht schon ganz anders! Nein, Robert, das ist nicht recht von dir! Ich hätte von deinem Verstand, von deiner Einsicht und von deiner Freundschaft wirklich mehr erwartet!“

„Na ja, aber lieber Herr Ballu, wenn man mir mein Rad kaputt macht, wollen Sie dann auf der Maschine das Rennen weiterfahren?“

„Und wenn ich nun die Verantwortung übernehme, daß meinem Rad nichts geschieht? Wenn ich selber zu euch Klassefahrern und Strahengiganten sage: Gute Räder, die mir heilig sind, werden jeden Abend eingeschlossen und versiegelt, und zwar von Ballu persönlich! Vertraut du mir wenigstens, oder verdächtigt du auch mich, daß ich keine Chancen in einem Rennen, das du gewinnen kannst, im größten Straßenrennen der Welt, aufs Spiel setze?“

„Ja, wenn Sie selbst die Verantwortung übernehmen, dann freilich...“

„Bravo, Robert! Gib mir die Hand! Ich wußte ja, daß man nicht vergeblich an deinen geraden Sinn und an dein gutes Herz appelliert! Also, abgemacht! ... Nun bringt aber die Räder rasch selbst hinunter, denn die Mechaniker werden sicher wieder zu meckern anfangen, du kennst sie doch! Und vor dem Mittagbrot trinkt ihr mit eurem Freund Ballu ein Schnäpschen, das wird euch schon nicht schlecht bekommen! Die beiden andern Herren sind auch eingeladen!“

Sie gingen in die Hotelhalle hinunter.

Im Vestibül spazierten viele Fahrer zwischen den Korbstühlen auf und ab. Solange sie Breches und lange Wollstrümpfe anhatzen, sahen sie wenigstens sportlich aus. Die aber kange Hosen trugen, bekamen sofort etwas Unbeholfenes und Ausgeborgtes Man dachte unwillkürlich an verweilichte Ordensprediger.

(Fortsetzung folgt.)

Stjonis Tod

Von Gunnar Gunnarsson.

In seinem in diesen Tagen im Verlag Albert Kanger, München, erscheinenden Buch „Schiffe am Himmel“ beschreibt Gunnar Gunnarsson seine eigene auf Island erlebte Kindheit. Mit Erlaubnis des Verlegers bringen wir den folgenden Abschnitt.

Mein Vater hat zwei Pferde aus dem Hof, die ihm gehören: eine kleine, junge Stute, Brunka, die nicht nahekommen ist, weil sie ihr erstes Füllen, ein schmalbeiniges, breitrückiges, rotes, weißes Ding, mit fast weißem Mantel, Beinen und Schwanz, zu füttern hat — sowie ein altes, schwarzweißes Reithierd aus seinen Jungweibchen, Stjoni, das schon reichlich abgedankt und in allen Gliedern trant und gichtig ist.

Gerade, als ich an der Hand meines Vaters aus der Haustür trete und ehe ich noch recht bei der ersten Vergnügung mit der Sonne genießt habe, kommt Stjoni auf den Hofplatz geritten.

Aus den Worten, die mein Vater mit Stjoni wechselt, verstehe ich, daß Stjoni vom frühen Morgen an draußen gewesen ist, um nach einigen fortgelaufenen Weisheiten zu sehen, daß er Stjoni zum Reiten genommen hat, weil er seines „von den Weiden des Pastors“ finden konnte, und daß er nichts von den Schafen gesehen hat. Ich mag nicht dorthin und ihre weißschweifigen Vermutungen mit anhören, wo die Schafe sich versteckt haben, und da es sich gerade so trifft, daß ich einen alten Ball in der Hand habe, werle ich ihn nach dem Giebel, um zu sehen, wie weit ich ihn springen lassen kann. Mein Vater und Stjoni stehen jeder auf einer Seite von Stjoni, beide an ihn geleitet. Das ist vielleicht der Grund, daß Stjoni die Ohren zurückzieht, die Leder Hals gesenkt hat und so mürrisch ist, daß er, als ich ihm ein Bündel Gras anbiete, nicht nach dem Gras, sondern nach mir schnappt — was ihm einen Klaps auf die Nase von meinem Vater, einen Klaps auf die Wange von Stjoni und große Worte von uns allen dreien einträgt. Da mein Vater und Stjoni noch bei weitem nicht alle Möglichkeiten bezüglich der verschwundenen Schafe erschöpft haben, überlasse ich den unerbittlichen Stjoni sich selbst und spiele weiter mit meinem Ball.

Stjoni scheint indessen nicht einzuweichen, wie lustig es ist, wenn einem ein Ball und ein Junge zwischen den Beinen trabeln und trabeln, und um mich das wissen zu lassen, gibt er mir, als ich mich einmal nach dem Ball bücke, einen tüchtigen Hufschlag in den Hintern — und das mit solcher Kraft, daß ich ein paar Ellen weit über den Hofplatz fliege. Noch im Fluge ist meine Nase ein hübsches Näschen — nach der Landung ist sie es nicht mehr, und es dauert übrigens eine ganze Weile, bis sie es wieder wird. Es wird mich kaum in den Augen eines Menschen verringern, daß ich mich nach der Luftreise nicht gleich erkühne zu konstatieren, wieviel von mir unbeschädigt geblieben ist, sondern sitzend bleibe und warte, bis mein Vater kommt und mich aufhebt, namentlich, da ich nicht lange zu warten brauche. Schreien tue ich nicht, nicht einmal, als mein Vater mich schnell und eifrig von oben bis unten bespült und mir, ohne es zu wollen, eine sehr deutliche Vorlesung davon beibringt, daß meiner Nase nicht allein etwas passiert ist. Genau soviel wie mein eigenes Fellchen beschädigt mich nämlich der fremde Schimmer, den ich in den Augen meines Vaters sehe, und der Umstand, daß ich seine Stimme nicht recht erkenne, als er mich hart und atemlos fragt:

„Wo tu es weh?“

„Nirgends“, glückselig es mir zwischen meinen klappernden Zähnen hervorzujauchern, eine Erklärung, die mehr tapfer als wahrheitsgetreu ist, da mein Kopf sich anfühlt, als wäre alles darin durch einandergeschüttelt, meine Nase, als wäre sie ein gut sortiertes Kabeckchen, mein Hinterer, als wäre er in Feuer getaucht, nicht zu vergessen, daß die Gefühle, die ich in meinen Fingern habe, mich an die rostigen verbogenen Nägel denken lassen, die Schmied Wiarni in einem Kasten neben der Esse aufbewahrt.

Mein Vater bespült mich wieder — diesmal mit etwas kühlerer Hand — dann sieht er erleichtert auf:

„Gebrochen hast du wohl nichts“, sagt er kurz und sieht mir scharf und mit gerunzelten Brauen in die Augen: „Aber es tut wohl sehr weh? Hast du Angst auszuatmen?“

„Nein“, antworte ich, obwohl ich meine klappernden Zähne mich fast verraten wollen — werde ich noch weiter gefragt, so beanworte ich mich wohl damit, zu nicken oder den Kopf zu schütteln, denke ich bei mir.

Mein Vater sieht mich ein Weilschen an — ich wage auf seine Weise seinem Blick zu begegnen — dann schüttelt er den Kopf und sagt mit einem Lächeln, das den Wert der Worte vervielfacht, zu Stjoni:

„Der reine Stahlhosen! ... Springt eher, als daß er nachgibt!“

Meine augenblickliche Freude über das Lob meines Vaters ist ziemlich matt und sehr kurz. Wie ich, das Talschloß gegen die Nase gepreßt, daselbst, während ich mich, müde gefant, nicht gut. Das Schlimmste von allem ist jedoch, daß ich mich überhaupt nicht zu rühren wage, denn selbst bei der geringsten Berührung reißt sich die Nase an meinem Hintern, und dem Gefühl, das ich dabei habe, vermähle meine Tapferkeit nicht standzuhalten.

Glucklicherweise scheint mein Vater zu sehr von seiner Auseinandersetzung mit Stjoni in Anspruch genommen zu sein, als daß er daran dächte, mich zu meiner Mutter zu schicken — daß das früher oder später das Ende der Geschichte sein wird, ist mir vollkommen klar. Daß mein Vater eine Auseinandersetzung, und zwar eine sehr ernste, mit Stjoni hat, schreie ich daraus, daß er seinen alten Vorderlader, eine furchtbare Waffe, geholt hat, deren Schloß nur wenige Handbreit fürer als ihr langer Lauf ist, und daß er sich zu Stjoni tritt, ihm Kenntnis Sattel abzuwaschen, den über den Feinsack schneidert und dann mit dem alten Vieh anzieht — es läßt sich so schwer ziehen wie ein Schiltan auf bloßer Erde.

Ehe mein Vater den Hofplatz verlassen hat, fällt ihm jedoch ein, was er vergessen hat, und er ruft Stjoni über die Schulter hinweg zu:

„Bring Mann zu seiner Mutter und bitte sie, ihn anzuziehen und auf nachzusehen.“

Stjoni ja fällt letzter aus als je, und in dem Blick, mit dem er meinen Vater trifft, als er seinen Bescheid entgegennimmt, ist ein unerbittlicher und abscheulich verlorener Schimmer.

Ich unterrichte Stjoni flüsternd, wie er mich anlassen muß, und er traut mich vorsichtig durch die Gänge des Hofes die Treppe hinauf nach dem „Boden“, dem ersten Stock in der roten Stube, dem Zimmer meiner Eltern. Dort legt er mich behutsam auf das Bett meines Vaters, das auch das meine ist, und eilt dann wieder hinunter, um meine Mutter zu rufen.

Ich verache ganz zu weinern, obwohl ich jetzt Ortskenntnis und Grund genug dazu habe. Ich liege da und lausche. Wie lange es noch dauert: wenn mein Vater sich doch bedenken möchte ... Armer Stjoni!

Meine Mutter kommt angeläuft, auch ihr Gesicht ist anders, als ich es je gesehen habe. Es wundert mich, daß sie mich nicht küßt wie sonst, wenn mir etwas ungestoßen ist und noch weit mehr bekrummt es mich, daß sie nicht ein Wort sagt, mich nur mit flinken schustelnden Händen entkleidet, während die Tränen Tropfen für Tropfen aus ihren grauen Augen fallen und wie kleine Wässerchen über ihre nicht im geringsten vergessenen Waden laufen.

Ronni, der sich ihr nachgeschlichen hat, steht mit geknicktem Kopf, stichenden Augen und etwas Abwartendem in seiner Haltung da. Sein Aussehen fällt mir auf, und plötzlich weiß ich es: er lauscht wie ich!

Jetzt ist mir so angst zumute, daß ich kaum noch auf das achte, was mit mir geschieht, und nur stichtig und, als täte ich es für einen anderen, sammere, wenn meine Mutter unversehens eine der schmerzenden Stellen berührt.

Als ich endlich den Knall höre, rade ich schnell auf Ronni und beugne einem eben so schnellen Blick von seiner Seite. Ronni ist ein wenig rot geworden. Ich fühle, daß auch mir die Wangen warm werden. Meiner Mutter sieht verwundert von mir auf Ronni — erst jetzt scheint sie zu merken, daß ein Schuß gefallen ist.

„Wer schließt?“ frage sie stichtig.

„Ich glaube ... ich glaube, es war ... war der Bauer“, antwortete Ronni kaum hörbar und ohne die Augen zu heben.

Leipziger Arbeiterjäger vor dem Phonographen

Der kleine Saal im Schloß Lindenfels draußen im Westen hat seine Achtung von dem historischen Augenblick. Er sieht so nüchtern wie gewöhnlich aus. Tische und Stühle häufen sich in den Winkeln und eine kleine Bühne steht mit einem vielleicht vor Neid grün gewordenen Vorhang auf die Männerdar, die augenblicklich ihre Rehelektion für die Mit- und Nachwelt festhält.

Das ist ein schweres Stück Arbeit. In der Mitte steht Meister Paul Michael auf einem Tisch und dirigiert seine Sänger vom Männerchor Leipzig-West. Einfache Volkslieder, die sie ohne den Notizen Pater im Schloß singen könnten. Zweimal, viermal, sechsmal wiederholen sie das gleiche Lied, gut, vorzüglich, ausgezeichnet — und doch nicht befriedigend. O, Paul Michael wäre mit ihm zufrieden und jeder Zuhörer würde ihnen Beifall klatschen. Aber zwei im Saale winzigen Wiederholung, weil sie noch unzufrieden sind: das Mikrophon nämlich, das im Rücken des Dirigenten steht, und Dr. Felix Glutner aus Berlin, dessen Ohren im Laufe der Jahre die Fähigkeit erlangt haben, wie ein Mikrophon zu hören. Denn er ist der künftige Aufnahmeleiter der Homophon-Company und die Sänger besingen Schallplatten der Marke „Homocord“. Und das Mikro-Öhr hat halt nicht so eine lange Leitung wie wir gewöhnlichen Menschen.

Oder wenigstens eine viel feinere, denn tatsächlich ist sie länger. Vom Mikrophon führt als elektrischer Draht eine Treppe tiefer, wo sie die aufgenommenen Schallwellen in eine weiche Wachsplatte einträgt. Dort sitzt der sehr geistreiche Aufnahmeleiter, gibt ein Klingelzeichen nach oben, und hier erstarrt alles zu pensivster Ruhe. Nur die Sänger folgen Michaels führender Hand. Kurz nach seinem finalen Taktschlag ertönt wieder die Klingel aus der Unterwelt und man darf wieder lauter atmen und den Stuhl rücken. Die Aufnahme ist beendet. Wenn sie nicht noch einmal wiederholt werden muß. Das erfährt man gleich. Der Aufnahmeleiter kommt schon von unten herauf. Er hat unten die Aufnahme nicht nur gleichzeitig mit abgehört und dabei manches anders vernommen als wir oben, sondern er bringt auch die aufgenommene Platte schon mit. Sie muß vorsichtig behandelt werden, denn sie ist empfindlich weich, aber mittels einer äußerst feinen Nadelnadel gibt sie das eben gesungene Lied schon wieder.

Und nach ihr nimmt der künftige Aufnahmeleiter die Korrekturen für eine nochmalige Aufnahme, hoffentlich die letzte, vor. Die zweiten Waffe werden lockerer aufgestellt, der erste Bah zur Dämpfung ermahnt, ein paar Tendre müssen austauschen, weil die Tonfälle des Tenors die andern Stimmen überträgt. Wieder das Klingelzeichen, wieder hebt Michael die Hand, wieder Gesang, wieder Probe — und diesmal sind alle befriedigt. Natürlich wird später unter allen Aufnahmen die beste ausgewählt und fabriziert. Nicht lange wird es dauern, und die rühmlichst bekannten Sänger von Leipzig-West unter dem Stabe Paul Michaels wandern auf vielen Tausenden schwarzer Platten mit dem Aufdruck „Homocord“ hinaus in die ganze Welt.

Das ist sehr wichtig. Die Platte mit dem geist- und sinnlosen Schloßzeug müßte durch bessere Chor- und Instrumentalmusik verdrängt werden. Die Schallplattenfabriken sind ja nicht allein Schuld an dem Schund, der die Welt überschwemmt. Aus den Statistiken, die sie führen und die sich auch auf die Aufträge beziehen, läßt sich nicht wegwischen, daß ein großer Teil der Rundschall direkt den Schund verlangt. Man kann darin nachlesen, wie gute Musik so wenig verlangt wird, daß sie oft nicht einmal die Herstellungskosten einbringt. Mit dem reichlichen Ueberschuß, den 20 Schundaufnahmen einbringen, finanziert die Schallplattenfabrik dann eine gute, aber wenig verlangte. Wir müssen uns da vor den Japanern scheimen, die überhaupt nur wertvolle Schallplattenmusik konsumieren. Die würden es ablehnen, in ihr Haus eine Platte zu nehmen, die z. B. die Naturlaute eines überfüllten Darmes als Ull wiedergibt, eine Platte, die hierzulande gern gekauft wird.

Tierischiale — Klassenischiale

Der Genosse aus dem Rheinland, der dem sächsischen Erzgebirge seine soziale Komödie geschenkt hat, ist nun schon beinahe ein Vierteljahrhundert tot. Emil Rosenow, der als Chemiker Parteiredakteur Mitglied des Reichstages für Zschopau-Marientberg wurde und am 7. Februar 1904 in Berlin, noch nicht 31 Jahre alt, gestorben ist, war seinerzeit das jüngste Mitglied des Parlaments. Vor seinen dramatischen Arbeiten wurde auch das Streildrama „Die im Schatten leben“ schon vor dem Kriege in Leipzig gespielt, ebenso wie sein berühmtes verworbenen Kater Lampe, den das Schauspielhaus jetzt noch längerer Pause wieder vorachelt hat. Es bestand nie ein Zweifel daran, daß Hauptmanns „Hörpel“ ihn hier für eine Anzahl von Situationen und Typen neben seinen eigenen Beobachtungen im Erzgebirge zum Vorbild diente. Um so rühmlicher war es, daß er sich immer neben dem Vorbild auf allerhand Bühnen behaupten konnte und um so interessanter ist es, gerade an diesem Beispiel die Unterschiede aufzuzeigen zwischen dem liberalen Bürger mit starkem sozialen Gefühl, der der junge Hauptmann war, und zwischen dem Sozialdemokraten, der der ebenso junge Rosenow gewesen ist.

Bei Hauptmann darf durch die alberne Willkür eines reaktionären Beamten eine menschlich nicht unempfindliche proletarische Dämon als ehrlöse Haut triumphieren, während ein paar liberale Bürger, ein paar Demokraten als gefährliche Staatsfeinde auf Grund der blühendsten Denunziation verfolgt werden. Also Wohlwollen und ein klein bißchen Ueberheblichkeit der Proletarier gegenüber, welche klaut, und als Kernproblem der aktuellen Satire: die Leiden des fortschrittlichen Demokraten unter der wilhelminischen Kera. Das ist nun gerade für eine soziale Komödie, mag sie übrigens immerhin ein Meisterwerk sein, am Ende doch ein bißchen komisch.

Wie steht es nun bei Rosenow? Wir wollen den Inhalt, den schon viele Genossen kennen und alle kennenlernen sollten, hier nicht wiedererzählen, es ist vielmehr das Schema, auf das es uns zum Vergleich antommen muß. Man könnte, um es ein bißchen auf die Spitze zu treiben, wohl sagen, daß hier die Klassenischiale eines Katers dargestellt werden, oder mindestens doch, daß am Katerischiale Klassenischiale nachgeprüft werden. Die Kake also, welche dem bukolischen Spielzeugfabrikanten Reumerkel wackelt, ist, weil sie ebenso hungrig und verlassen war, wie er selbst, und die selbsterlebevoll von ihm betreut wird, hat die kostbare Wäsche des reichen Spielzeugverlegers Reimerdts beschmutzt, die in einer

offenen Bodenkammer zum Trocknen hing. Deshalb wird sie von dem Wäscher, den das Vertrauen seiner wie er bestehenden dürftigen Wäsche zum Gemeindevorsteher gemacht hat, gefesselt beschlagnahmt mit Hilfe des klappten Dorfpoliziers und des imponierenden Gendarmen, der die Staatsgewalt und den Militarismus würdig vertritt, denn er kommandiert mit entschertem Gewehr „Strafe frei“, als er die beschlagnahmte Kake durch die johlende Dorjugend geleitet soll. Denn der Staat ist in Gefahr, weil die Kake die Wäsche der Frau Fabrikantin bespült hat.

Aber das Klassenischiale dieser proletarischen Kake führt nicht nur zur Einperung durch die dem Kapitalisten dienbare Staatsgewalt. Die Kake wird zum Blutzengen unserer sozialen Zustände. Der arme, verhungerte, läbliche Polizier schlachtet sie heimlich, weil man ihn um ihr Kostgeld pressen will und weil er Hunger auf Fleischernes hat. Aber fressen tun sie als „jugelosen“ Halsbretzen der würdigen Gendarm und der geschwähige Briefträger, während der verhungerte Polizier voller Gemütsnot nur zusehen darf.

Wenn dann alles durch eine winsige Erbschaft des armen Schneidergehilfen, der nun seine Kake gegen Kostgeld und Schadenersatz heraushaben möchte, durch ein rumliges Gesandnis des Vitenäters und eine Blamage des großmäuligen Gendarmen vor dem blöden Gemeindevorstand ein wirkungsvolles Ende nimmt, so dient das nur dem normalen Lustspielbedürfnisse und bedeutet keineswegs einen beständige Ausgang im Sinne irgendeiner besseren „höheren“ Gerechtigkeit. Es bietet sich vielmehr zum Schluß noch der Anlaß, den treuen Wäscherwiedel des zahlungsfähigen Kandidaten für den Gemeinderat, eben des Fabrikanten, vorzuführen, der natürlich alle Pressionsmittel gegen den armen Gesellen und seinen standhaften Meister angewendet hatte, der sich aber, um in den Gemeinderat zu gelangen, nun am liebsten auch bei diesen beiden noch wie bei dem letzten Wäscherarbeiter einschmeicheln möchte.

Diese wirklich soziale Komödie müßte viel härter und prägnanter gespielt werden, als das jetzt im Schauspielhaus unter Valquies Leitung geschieht, der selbst einen recht besagten Wert, aber auch zu schwammig unklarheiten Polizeier macht. Es steht hier nicht so sehr die Schen des Theaters im Wege, einem durchschnittlichen Bürgerpublikum etwa ärgerlich zu erscheinen, als vielmehr instinktive Konzeptionen an jenen Dudenbüchlein, dem man es nicht oft genug sagen kann und für den man jeden Witz am liebsten recht austütschen möchte.

Während man Rosenow, der am Ende ja noch kein Routinier der Bühne war, teils auf Magerkeit massieren und in beschleunigtes Tempo bringen müßte, dehnt man ihn lieber und mähet auf gut Glück. Wenn Briefträger Wäscherin jemanden auf die Folter spannen will, dann sträpelt man, daß der dabei einschlagen könnte, zumal wenn es der Gemeindevorsteher Braunstein ist, der sich selbst auch auf jeder Pointe niederlegen möchte.

Frau de Bruyn als Lady Macbeth in der Dorfpolizistenblüte und besonders Karl Walden als hüßiger Brigadeführer der Gesellschaft waren die wesentlichsten Gestalten. Waldens Schnitzwerkzeuge mit dem roten Haarstropf hat zwei Gesichter: dem Klassenfeind gegenüber hat er gelernt, sich durch heftiges Gelächter als Kranter seiner Haut zu wehren, aber unter seinesgleichen ist er ein ungemäßigter und vernünftiger Kamerad.

Mehr in die unteren Gesellschaften muß sich Otto Stockels Gendarm noch einspielen. Den gestaltigen Konvivant umwittert das unheimliche Monokel des Gendarmereisnants.

Was bedeuteten übrigens die verblissenen mittelalterlichen Malereien, die uns durch drei verschiedene Häuser eines erachtlichen Dorfes begleiteten? Tugendwie, legenden, ir... was muß man sich doch eigentlich dabei gedacht haben.

Leipziger Konzerte

Guglielmo Fazzini, Tenor von der Dresdner Staatsoper, wirkt im Konzertsaal, bei seinem Ariabend im Konservatorium, nicht so günstig wie auf der Bühne. Er verhält sich in den Stimmfächer für den kleinen Raum, die Unschonheiten seiner Stimme und ihrer Ausbildung werden von seinem Orchester und seinem Theaterzauber verdeckt. Das Singen in deutscher Sprache behindert ihn noch sehr, hier läßt seine allzu offene Tongebung oft empfindlich, die Uebergangstöne zur Höhe waren ganz planlos und fast klanglos. Es gab dabei auch heftige Trübungen in der Intonation. Dafür zeigte er dann alle Prachte seines Organs, besonders seiner Höhe, in einigen italienisch gesungenen Effektivliedern und wurde dafür auch mit Recht begeistert beifällig. In seiner Stimme sind zweifellos große Qualitäten und Hoffnungen enthalten, aber es fehlt Fazzini nicht nur an musikalischer Kultur, sondern auch noch vieles an vollendeter Singtechnik.

Stefl Geyer bezwingt mit ihrem großen dunklen Violintone, der warm und doch ohne alle Gefühligkeit eine eigenwillige Persönlichkeit verkündet, die mit Bach und Beethoven Beispiele einer bewundernswerten Gestaltungskraft gab. Ein Temperament, das mannigfachen Ausdrucks fähig und allem äußeren Effekt abhold ist. Max Wünsch begleitet manchmal etwas pedantisch.

Jan Dahmen ist seiner Kollegen in äußerem Glanz überlegen, er hat wohl auch die spätere Virtuosität, bleibt aber hinter der eigentümlichen Ausdruckskraft der Geyer zurück. Dabei ist auch Dahmen grundmüßig, und seine Interpretation des Doroas-Konzertes bedeutete eine meisterliche Leistung, groß im Aufbau, belebend im Ausdruck. Aber zwei Violinkonzerte mit trockenem Klavier-Ersatz an einem Abend: das ist schon ein derber Verstoß gegen die Grundzüge eines guten Programms. Dahmen suchte sie auszugleichen, indem er ein Klavierprogramm mühselos bewältigte. Hoffentlich kann man ihn bald einmal in Leipzig mit Orchester hören.

Händels „Zora in Ägypten“ ist mit seiner Fülle von achtstimmigen Chören eines der herrlichsten Werke der Chorliteratur, ein einzigartiges dramatisches Oratorium, in dem keine Note weh ist, in dem wirklich der Chor, das Volk, der eigentliche und einzige Held ist. Freute man sich schon über die Wahl des Liedervereins, so schaffte doch die Aufführung selber noch mehr Freude. Die Solisten spielen keine große Rolle. In dem einen Falle des Bassisten werden das viele mit mir bedauert haben. Denn Albert Fischer (Berlin) — derselbe, der auf dem Arbeiterlängerefest in Hannover in Verdis Requiem entzückte — hat eine der schönsten Bassstimmen, die es gibt, und eine vollendete Gesangs-kultur. Fischer ließ sich in seinem edlen Gesang auch nicht beirren, als im Duett Alfred Kake mit forcierten Tönen ihn zu überdecken versuchte. Dennoch gab ich immer während dieses berühmten Duetts der Wäsche gedacht: hoffentlich klatschen die Leute hinterher so, daß das Duett wiederholt wird. Aber die Leute von hier sind langweilig. Der Tenor Karl Bovenstepen behandelte seine Recitative intelligent und eindringlich, man vermehrte aber oft die Brustresonanz und in der Arie die große Atemführung. Elly Hartwig-Correns sang ihr Arioso sehr schön. Margarete Felleter Schmuehler war durch eine Indisposition etwas gehemmt. Der Chor, seiner anstrengenden Reiseaufgabe gewohnt, sang präzis und leicht im Einklang, bis auf wenig Ausnahmen von Trübungen frei, beweglich im Ausdruck. Am Klavier waltete zuverlässig Karl Hoyer, am Dirigentenpost Max Ludwig, dessen hingebungsvoller Vertiefung und temperamentvoller Führung dieser große Abend zu danken ist. Seine Ausbeutung wird weniger um die Monumentalität Händels als um seine dramatische Beweiskraft, lyrische Leppigkeit und prägnante charakteristische Situationen gebildegung.

H. W.